Nr. 104. 30. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 30. April 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das Spiel mit dem Völkerfrieden.

Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Verzweifeln wäre: König Nikita ist der Gebieter Europas, und in seinen Händen ruht die Entscheidung über Krieg und Frieden der Kulturnationen! Das ist das glorreiche Ergebnis der europäischen Diplomatenkunst, das ist vor allem das herrliche Ergebnis der österreichischen Politik. Vergebens wäre die Frage, was in aller Welt der Besitz Skutaris bedeute — die österreichischen Offiziösen selbst versichern uns, es handle sich gar nicht um Skutari, sondern um das Prestige, um die Ehre Oesterreichs. Als hätte eine Regierung nicht bereits die Ehre verloren, die einen Prestigekrieg, den ruchlosesten aller Kriege, begönne! Weil sich die österreichischen Diplomaten in ihrem Drange, Albanien zu katholizieren, in eine Sackgasse verrannt haben, soll Gut und Blut für eine Sache eingesetzt werden, von der die österreichische Regierung selbst erklären muß, sie sei an sich gleichgültig, berühre in keiner Weise ein Lebensinteresse des Staates. Es ist einfach toll.

Und dabei ist heute die albanische Politik Oesterreichs noch sinnloser geworden. Jener Essad Pascha, der uns als heldenmütiger Verteidiger Skutaris geschildert worden ist, dem der Orden pour le mérite beinahe sicher schien, der hat sich, wie man jetzt weiß, mit dem König Nikita verständigt, den früheren Kommandanten der Festung ermorden lassen, die Festung den Montenegrinern übergeben und sich dafür selbst zum König des von Oesterreich so heiß gewünschten autonomen Albaniens proklamiert. König Essad und König Nikita sind sicher ebenbürtige Herrscher, sie verstehen sich vortrefflich, und da ist es denn kein Wunder, daß der neue König auch seinen Beitritt zum Balkanbund verkündet, dem er als Morgengabe Skutari darbringt.

Doch was als Operette beginnt, droht tragisch zu enden, wenn die österreichischen Klerikalen dem mohammedanischen Prätendenten ihre künftige Missionsstätte gewaltsam entreißen wollen. Essad im Verein mit Dschawid Pascha verfügt über eine militärische Macht, die in dem zerklüfteten, weglosen Berglande einen nicht zu unterschätzenden Faktor bildet. Was der Guerillakrieg in Albanien bedeutet, das haben ja die Türken immer wieder erfahren, bis sie sich zuletzt an dem Versuch, die wilden Stämme zu unterwerfen, verblutet haben.

Aber nicht nur um das militärische Problem handelt es sich, das schließlich die Großmacht so oder so bewältigen würde. Jeder Versuch in Albanien vorzugehen, ruft sofort die Italiener auf den Plan. Schon erklärt Italien eine Sonderaktion Oesterreichs wegen Skutari nicht zugeben zu können; es will auch dabei sein, nicht um Skutari den Montenegrinern zu nehmen — Italien steht diesem Problem sehr gleichgültig gegenüber — sondern um Oesterreich zu beaufsichtigen; ein Bundesgenosse aus Mißtrauen heute, vielleicht morgen der Feind.

All diese Gefahren schrecken aber anscheinend die Wiener Regierung nicht mehr. Ihre Offiziösen versichern, daß Oesterreich nicht länger mehr warten, sondern handeln werde. Alle militärischen Maßnahmen zum Einmarsch seien getroffen, der Chef des Generalstabes zur Abreise nach Cattaro gerüstet.

Etwas ruhiger sieht man die Situation in andern Hauptstädten an. Für eine österreichische Separataktion herrscht ersichtlich nirgends Stimmung. Die Vermittelungsversuche dauern fort, man spricht noch immer von Kompensationen, von einer gemeinsamen militärischen Demonstration Oesterreichs, Italiens und Englands.

Rußland aber kündigt ernste Schwierigkeiten an, wenn Oesterreich sich von den übrigen Mächten trennt. Doch ob die Stimme der Vernunft in Wien noch Gehör findet, ob bis Donnerstag, wenn die Botschafterkonferenz wieder zusammenkommt, eine Lösung gefunden ist, oder ob vorher schon Unwiderrufliches geschieht, das weiß man nicht. Und daß man es nicht weiß, nicht weiß, ob wegen des Größenwahnsinns der kleinen serbischen Stämme, wegen Abenteurer wie Nikita und Essad, die verantwortlichen und unverantwortlichen Beherrscher der Wiener Hofburg das Signal geben, das den Stein ins Rollen bringt, das ist fürwahr eine Schande und eine Schmach für die, die heute noch die Geschicke der Völker in ihren unfähigen Händen halten.

Die internationale Situation.

London, 29. April. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die verschiedensten Gerüchte über die Vorgänge auf der gestrigen Gesandtenkonferenz sind im Umlauf. Während die einen die baldige Auflösung des europäischen Konzerts prophezeien, sind andere nicht geneigt, zu glauben, daß Oesterreich auf eigene Faust das durchsetzen will, was ihm von ganz Europa versprochen worden ist. Das Geschrei der Wiener offiziösen Presse scheint auch nicht im Einklang zu stehen mit dem Gebaren des österreichischen Gesandten in London. So schreibt die „Times" heute, daß man nach der letzten Botschafterkonferenz nicht den geringsten Grund hat, anzunehmen, daß der österreichisch-ungarische Gesandte von der bisher eingenommenen vernünftigen Haltung abweichen wird. Weiter meint das Blatt, daß sich Oesterreich das eigene Vorgehen in der albanischen Frage nur für den Fall vorbehalten habe, daß alle Mittel, das Urteil Europas zu erzwingen, fehlschlügen. Die nächste Aktion Europas, so meint das Organ des Auswärtigen Amtes, hänge notwendigerweise von der Antwort ab, die Montenegro auf die letzte Note der Mächte geben werde. Der dem Herrn Popowitsch von der montenegrinischen Regierung übersandte Protest wird als nichtssagend behandelt.

Preissturz an der Londoner Börse.

London, 29. April. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die Meldung aus Wien, daß Oesterreich beschlossen habe, selbständig gegen Montenegro vorzugehen, weil die von der gestrigen Botschafterkonferenz angenommene Resolution die Ehre und Interessen Oesterreichs nicht gewährleiste, hat auf der Börse großen Preissturz hervorgerufen.

Das Ergebnis der Botschafterkonferenz.

Rußland warnt vor ernsten Schwierigkeiten.

London, 29. April. Wie das Reutersche Bureau erfährt, war die gestrige Konferenz der Botschaftervereinigung die längste, welche bisher stattgefunden hat. Sie dauerte von 3½ Uhr bis 6¾ Uhr. Der Sitzung, bei der Staatssekretär Grey den Vorsitz führte, waren Besprechungen des österreichisch-ungarischen und des russischen Botschafters mit Grey vorausgegangen. Es ist ein beruhigendes Moment in der jetzigen Lage, daß für Donnerstagnachmittag eine weitere Konferenz angesetzt ist und daß, um einen Ausdruck von amtlicher Seite zu brauchen, „selbst jetzt kein Grund zum Pessimismus vorhanden ist". In Ermangelung einer bestimmten Information über die Entscheidungen der Konferenz, falls überhaupt entscheidende Beschlüsse gefaßt wurden, lassen Andeutungen aus gut informierten Kreisen die Annahme gerechtigt erscheinen, daß es, nachdem sich die Botschafter mit ihren Regierungen ins Einvernehmen gesetzt haben, bis zur nächsten Sitzung ermöglicht werden könnte, Oesterreich-Ungarn die von ihm gewünschten Mitteilungen über das zu machen, was die Mächte zunächst zu tun bereit sind. Man hat den Eindruck, daß der letzte Schritt Essad Paschas die Lage ernstlich verwickelt, aber doch gehen über die möglichen Folgen dieses Schrittes die Ansichten so sehr auseinander, daß es unmöglich ist, im allgemeinen zu sagen, wie er angesehen wird. Ueber einen Punkt freilich herrscht völliges Einverständnis, daß dieser Schritt nämlich das Ergebnis eines Uebereinkommens mit Montenegro war, ein Ausgang, der in diplomatischen Kreisen nicht allzu große Verwunderung erregte. In diesen Kreisen hatte man von Anfang an vermutet, daß hinter dem Einzug der Montenegriner in Skutari weit mehr stecke, als bekanntgegeben wurde.

In gut informierten österreichischen Kreisen wird hier kein Hehl daraus gemacht, daß das Widerstreben der Botschafter, weiteren Schritten gegen Montenegro zuzustimmen, ein Gefühl der Gereiztheit verursacht hat. Vor der Sitzung der Botschafter wurde geäußert, Oesterreich-Ungarn würde heute noch einmal fragen, welches die Entscheidung der Mächte sei. Wie erklärt wurde, teilt Oesterreich-Ungarn nicht die Ansicht anderer Mächte, daß durch Hinauszögern etwas zu gewinnen sei. Es ist im Gegenteil der Meinung, daß ein Aufschub irgendwelcher Schritte, für den sich Europa angesichts der Herausforderung Montenegros entschließt, die Lage nicht nur für Europa selbst, sondern auch für König Nikolaus noch schwieriger gestaltet. **Oesterreich-Ungarn kann daher einer Hinauszögerung auf unbestimmte Zeit nicht zustimmen.** Durch seine benachbarte Lage ist es unmittelbar interessiert und, obwohl es angesichts seiner Beziehungen zu Montenegro nicht zum Aeußersten zu gehen wünscht, ist es sich doch klar, daß etwas von bestimmter Art geschehen muß. Einfache Flottendemonstrationen haben sich als nutzlos erwiesen, und Montenegro wird, falls es Skutari nicht räumen will, dazu gezwungen werden müssen. Es wird indessen nicht angenommen, daß dies mit Waffengewalt geschehen müsse, doch würde jede militärische Aktion, die notwendig werden sollte, von solcher Art sein müssen, daß der Erfolg gesichert sein wird. Dies wäre in der Kürze der österreichisch-ungarische Standpunkt, wie er heute nachmittag dargelegt wurde.

Was **Rußland** anbetrifft, so wird erklärt, daß es notwendig sei, darauf zu sehen, daß die Entscheidungen Europas anerkannt würden, und es wird wiederholt, daß Rußland noch immer die Stellung beibehalte, welche es gemeinsam mit den anderen Mächten eingenommen habe, daß aber **ernste Schwierigkeiten entstehen würden, wenn Oesterreich allein vorgehen sollte.**

Die Nachricht, daß Erbprinz Danilo Skutari mit der Armee verlassen habe, wurde den Botschaftern kurz vor Beginn der Sitzung durch das Reutersche Bureau übermittelt. Zuerst wurde angenommen, diese Meldung könne bedeuten, daß König Nikolaus endlich doch im Begriffe sei, sich den Ansichten der Mächte anzuschließen, später aber war der allgemeine Eindruck der, daß die montenegrinischen Truppen entweder nach Centinje oder Antivari gingen, um einem etwaigen Vorrücken zu begegnen oder, was für wahrscheinlicher gehalten wurde, um den Tarabosch und die Gegend von Boyana zu besetzen, welche die Montenegriner letzthin als Entschädigung für den Verlust Skutaris gefordert haben.

Oesterreichs selbständiges Vorgehen.

Wien, 29. April. Die „Neue Wiener Abendzeitung" meldet: Bekanntlich hat sich Oesterreich-Ungarn freie Hand vorbehalten für den Fall, daß die Botschaftervereinigung nicht die Anträge Oesterreich-Ungarns genehmigen sollte. Dieser Fall ist jetzt eingetreten, nachdem in der gestrigen Botschaftervereinigung in London eine Einigung nicht erfolgt ist. Diese Feststellung kennzeichnet die Situation. Gegenwärtig findet ein sehr reger Meinungsaustausch zwischen Wien und Rom statt.

Ministerkonferenz in Wien.

Wien, 29. April. Heute mittag fand eine Konferenz der gemeinsamen Minister statt, an der auch der Generalstabschef Freiherr Konrad v. Hötzendorff teilnahm.

Ein österreichisches Ultimatum an Montenegro?

Wien, 29. April. **Von autoritativer Seite wird dem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung" mitgeteilt, daß Oesterreich-Ungarn ein Ultimatum morgen an Montenegro abgehen lassen wird. Die Botschafterreunion am Donnerstag müsse zeigen, welche Mächte sich dem Schritte Oesterreich-Ungarns anschließen werden.**

Die Botschafterkonferenz wird Donnerstag zur Entscheidung gezwungen.

Wien, 29. April. Die „Wiener Allgemeine Zeitung" meldet: In der am Donnerstag stattfindenden Sitzung der Botschaftervereinigung in London wird sich entscheiden, ob und welche Mächte an den von Oesterreich-Ungarn eventuell, nämlich für den Fall, daß der König von Montenegro nicht unbedingt nachgibt, zu unternehmenden Zwangsmaßregeln teilnehmen werden.

Italien gegen eine Separataktion Oesterreichs.

Wien, 29. April. Von besonderer Seite wird der „Neuen Freien Presse" aus Rom gemeldet: Die italienische Regierung wirkt mit allem Nachdruck für ein gemeinsames Vorgehen der Mächte und ist gegen die Uebertragung eines europäischen Mandates an eine einzige Macht. Ebenso sucht man mit aller Energie Montenegro zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Wie es heißt, hat der König von Italien selbst bei seinem Schwiegervater, König Nikita, dringliche Vorstellungen erhoben. Die Antwort der montenegrinischen Regierung wird für morgen erwartet. Sollte Montenegro sich weiter weigern, die Forderung der Mächte auf Räumung Skutaris zu erfüllen, so wird auf Grund eines europäischen Mandates eine Intervention durch Oesterreich-Ungarn, Italien und England erfolgen.

Montenegro und Serbien.

Wien, 29. April. In den Kreisen der Balkandiplomaten erklärt man, daß Serbien verpflichtet und bereit sein werde, Montenegro, sobald es von Oesterreich-Ungarn angegriffen werden sollte, diesem Waffenhilfe zu leisten. Man spricht sogar davon, daß auch die anderen Balkanstaaten dazu verpflichtet seien, doch wird in anderen Kreisen die entgegengesetzte Meinung ausgedrückt.

Der Streich Essad Paschas.

Konstantinopel, 29. April. Die Tatsache, daß Essad Pascha sich zum König von Albanien proklamieren konnte, wird als neuer Beweis der merkwürdigen Situation Europas angesehen. Daß Essad Pascha in vollständiger Uebereinstimmung mit Montenegro und Serbien vorgegangen ist, gilt hier als unumstößlich. Man versichert, daß Essad seinen Vorgänger Hassan Riza nur darum töten ließ, um seinen Plan durchzuführen. Es gilt als ausgeschlossen, daß die Albanier seine Proklamation zum König ratifizieren. (?) Die Pforte verhält sich dem Vorgehen Essads gegenüber äußerst skeptisch. Der Umstand, daß die serbischen Truppen in Alessio Essad Pascha begeistert empfingen und er mit seinem Heer sich auf dem Wege nach Durazzo befindet, zeigt zur Genüge, welche Kräfte hinter Essad Pascha stehen. Eine der markantesten Persönlichkeiten unter den Politikern Albaniens erblickt in dem Staatsstreich Essad Paschas ein Auseinanderfallen Nord- und Südalbaniens und den bevorstehenden albanischen Bürgerkrieg.

Rüstet zur Maifeier!
Demonstriert für Völkerfrieden und Völkerfreiheit!

Die Heeresvorlage in der Budgetkommission des Reichstages.

In der Dienstagssitzung war der Staatssekretär v. Jagow erschienen. Es wurde deshalb zunächst über die auswärtige politische Lage debattiert. Genosse Noske erörterte das deutsch-belgische Problem, die vielfach gehegte Annahme, daß Belgien im Kriegsfalle an der Seite Frankreichs fechten werde, bestreiten wir Sozialdemokraten; aber starke Besorgnisse sind in Belgien vorhanden, Deutschland werde gegebenenfalls angreifen. Die deutsch-belgischen Beziehungen könnten eine wesentliche Besserung erfahren, wenn die deutsche Regierung klipp und klar erklären würde, alle Befürchtungen in Belgien seien grundlos, solange auch andere Mächte die belgische Neutralität respektierten. Staatssekretär v. Jagow erklärte, Deutschland halte an der Neutralität Belgiens fest. Mehr habe er nicht zu sagen. — Genosse Ledebour erklärte, die Antwort des Staatssekretärs genüge nicht. Es sei zuzugeben, daß die Annahme in Belgien ganz falsch ist, aber der falsche Glaube wird genährt durch die alldeutschen Hetzereien. Wenn Deutschland keinen Angriff auf Belgien plant, muß doch die Annahme bestehen, Belgien schlage sich auf die Seite Frankreichs. Belgien würde einfach wirtschaftlich Selbstmord begehen, wenn es so verfahren wollte. 1870 habe Belgien vom deutsch-französischen Kriege infolge seiner Neutralität den größten Nutzen gehabt. Die Befürchtungen in Belgien müßten beseitigt werden.

Genosse Scheidemann: Das beredte Schweigen der bürgerlichen Parteien zeigt, daß die Verteidigung und Begründung der Militärvorlage nicht mit der auswärtigen politischen Lage geführt werden kann. Ist denn keine Möglichkeit für die Diplomatie vorhanden, Oesterreich zu einer verständigen Politik zu veranlassen? Oesterreich hat eine sehr törichte Politik getrieben. Allerdings, wenn man selbst so viele Fehler, besonders in der inneren Politik macht, wie Deutschland es tut, kann man anderen Staaten schlecht Vorhaltungen machen. Unsere Diplomatie muß Mittel und Wege finden, die Situation auf dem Balkan so zu gestalten, daß weitere Verwickelungen nicht entstehen. Früher hat man Rüstungsvorlagen mit dem Hinweis auf England begründet, jetzt sind wir in ein besseres Verhältnis zu England gekommen. Kann man dasselbe Verhältnis nicht auch mit Frankreich erzielen? Staatssekretär Jagow hat Gelegenheit, den Beweis zu liefern, daß er ein wirklich erstklassiger Staatsmann ist, wenn er auf das große Ziel einer deutsch-französischen Verständigung hinarbeitet. Er kann sich dabei auf 90 Prozent der Bevölkerung stützen. Wie denkt der Staatssekretär über die Verständigungskonferenz, die Pfingsten in Bern zusammentreten wird? Wenn durch solche Konferenzen nur eine einjährige Rüstungspause erreicht werden könnte, jubelt in Frankreich und Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung auf. — Staatssekretär v. Jagow: Viel Neues kan ich nicht sagen. Wir wünschen den Frieden und wollen auch mit Frankreich schiedlich und friedlich auskommen. Wir mußten aber doch mit der Möglichkeit eines Angriffes auf Deutschland rechnen. — Genosse Noske weist auf die hetzerische Tätigkeit einer gewissen Presse hin. Die werktätige Bevölkerung will keinen Krieg, sondern Ruhe, Arbeit und Erwerb. Die Wehrvorlagen bringen keine nennenswerten Verschiebungen der Wehrkraft, da hüben und drüben gerüstet wird. — Abg. Prinz Carolath begrüßt zwar die Berner Konferenz, aber was soll dort geschehen? Man wird schöne Reden halten und sich Selbstverständlichkeiten sagen. Die Konferenz halte ich für aussichtslos.

Genosse Frank: Aus Frankreich sind zur Konferenz 120 Parlamentarier angemeldet, von denen die Mehrheit bürgerlichen Parteien angehört. Eine solche Zusammenkunft ist von hohem moralischem Wert. Genosse Frank behandelte sodann die Skutarifrage. Wie kommt das Wolffsche Depeschenbureau gestern zu der Nachricht, die Montenegriner hätten mit ihrer Hauptmacht Skutari geräumt? Ferner will Oesterreich gegen Montenegro aggressiv vorgehen?

Staatssekretär v. Jagow: Der österreichisch-montenegrinische Konflikt geht deswegen Deutschland gar nichts an. — Genosse Haase: Daß die Balkankrise und speziell die Affäre mit Montenegro nichts mit den Beratungen über die Heeresvorlage zu tun haben soll, ist unrichtig. Die Art, wie der Staatssekretär die belgische Frage behandelt hat, kann keine Beruhigung schaffen. Prinz Carolath hat sonst immer die Verständigung zwischen den Nationen angestrebt. Warum jetzt nicht mehr? Fürchtet er für die Rüstungen?

Kriegsminister v. Heeringen betont, der Glaube an die deutsche Friedfertigkeit könne nicht erzwungen werden. Weiter gab der Minister vertrauliche Erklärungen ab. — Abg. Müller-Meiningen erörterte die Propaganda des Wehrvereins. Andere Generale urteilen z. B. ganz anders als der General Keim, aber sie trauen sich nicht, ihre Meinung zu sagen, weil sie Schwierigkeiten in gesellschaftlicher Beziehung fürchten.

Auf die Frage des Genossen Ledebour, welcher Art die neuesten Beschlüsse der Londoner Botschafterkonferenz in der Skutarifrage seien, antwortete Staatssekretär v. Jagow, er habe noch keine Nachricht aus London, worauf Ledebour antwortete, zur Zeit der Postkutsche wäre eine solche Antwort verständlich gewesen, nicht aber heute. Wie die Stellung Oesterreichs zur Skutarifrage sei, das zu wissen, sei notwendig. Ebenso müsse die Kommission erfahren, was die Regierung sich unter dem Begriff slawischer Gefahr vorstellt. Ist Herrn v. Jagow bekannt, daß zwischen Oesterreich und Bulgarien ein Vertrag abgeschlossen worden ist? Staatssekretär v. Jagow antwortete, von einem solchen Vertrage sei ihm nichts bekannt. Genosse Ledebour erklärte, diese Unkenntnis sei doch ganz erstaunlich. Wir müssen über die österreichische Politik schon deshalb unterrichtet werden, weil zwischen den beiden Staaten weitgehende Kriegsverpflichtungen bestehen. Entweder weiß der Staatssekretär Jagow wirklich nichts, oder er sagt nicht, was er weiß. — Genosse Südekum fordert als wichtige deutsche Aufgabe, mit Belgien ins Reine zu kommen. Das sei von größter Bedeutung für beide Länder. Deutschland müsse alles vermeiden, um die aus natürlichen Gründen in Belgien vorhandene Neigung zu Frankreich noch zu verstärken. Bei der gestrigen Depesche des Wolffschen Bureaus handele es sich entweder um ein Börsenmanöver, oder um den Versuch, zu verhindern, daß gestern noch im Reichstage die Regierung wegen der Skutarifrage zur Rede gestellt würde. Was gedenkt die deutsche Regierung zu tun, um zu einem besseren Verhältnis zu Frankreich zu gelangen? Als früher die Sozialdemokratie eine Verständigung mit England gefordert hatte, wurde ihr ablehnend geantwortet. Jetzt ist bereits eine wesentliche Verbesserung der Beziehungen eingetreten. — Staatssekretär v. Jagow schweigt. — Genosse Noske erklärt, es müsse den peinlichsten Eindruck erwecken, daß der Staatssekretär einfach immer nur sage: Ich weiß nichts! Mir ist nichts bekannt! Trotzdem müsse er die weitere Frage stellen: Sind Oesterreich und Italien verpflichtet, im Verhältnis ebenso ihr Heer zu verstärken wie Deutschland? Auf Kosten Deutschlands könne doch nicht die militärische Kraft des Dreibundes allein festgelegt werden. — Staatssekretär v. Jagow hüllte sich auch diesen Fragen gegenüber in Schweigen, so daß Genosse Ledebour die Frage aufwarf, ob denn die Regierung überhaupt Anfragen beantworten will? Eine Antwort erfolgte aber nicht.

Damit war die Debatte über die auswärtige Politik beendet, die allgemeine Beratung wurde wieder aufgenommen, die Genosse Noske einleitete: Wer wirkliche Reformen im deutschen Heerwesen will, muß sie in die Vorlage hineinarbeiten, nicht aber Resolutionen fassen. Die neue Vorlage schaffe wiederum Lücken, und es werde nicht lange dauern, bis die Regierung die Ausfüllung auch dieser Lücken fordere. Wenn der Kriegsminister sagt, man müßte auf alle Eventualitäten gefaßt sein, so stimme die Sozialdemokratie zu. Aber die neue Militärvorlage trage dem nicht Rechnung, sondern nur die

Allgemeine Wehrpflicht auf der Grundlage der Volkswehr.

Die Heeresvermehrung mit der langen Dienstzeit sei enormer Schaden für die Volkswirtschaft und habe auch zur Folge, daß die Zahl der ausländischen Arbeiter in Deutschland vermehrt werde, besonders in der Landwirtschaft. Ernstlich müsse überlegt werden, ob die deutsche Volkswirtschaft die Lasten ohne schweren Schaden ertragen kann. Mir ist von unterrichteter Seite gesagt worden, man werde in Zukunft den letzten tauglichen Mann auf dem Lande ausheben, dagegen sich einiger Reserve auferlegen, soweit die industrielle Bevölkerung in Betracht komme. Wie soll zwischen den einzelnen Landesteilen inbezug auf die Stellung von Rekruten ein Ausgleich stattfinden? Bestimmte Gebiete, wo die Heimarbeit vorherrscht, ist die Bevölkerung körperlich zurückgegangen. Diese Gebiete können nicht denselben Prozentsatz an Soldaten stellen, wie die Gebiete mit besseren Verhältnissen. Es ist doch Tatsache, daß die Anforderungen an die körperliche Beschaffenheit schon zweimal auch in Deutschland herabgesetzt worden sind.

General Wandel bestreitet, daß die ländlichen Bezirke bei der Rekrutenaushebung stärker herangezogen werden sollen. Es bestehe keine Sorge, daß Schwierigkeiten bei der Beschaffung des nötigen Menschenmaterials entstehen könnten. An der Körpergröße von 1,57 Meter festzuhalten, liegt kein Anlaß vor, weil auch die kleineren Leute sich als sehr brauchbar erwiesen haben. — Abg. Müller-Meiningen glaubt nicht, daß genügendes voll brauchbares Menschenmaterial vorhanden ist. Es scheint auch unwahrscheinlich, daß jetzt noch jährlich 63 000 taugliche Rekruten ausgehoben werden können. Statt 53,4 Prozent müssen wir in Zukunft 65,1 Prozent der militärpflichtigen Mannschaften ausheben und kommen damit französischen Verhältnissen nahe. Von Aerzten wird versichert, daß Augen- und Herzfehler heute nicht mehr in notwendigem Maße berücksichtigt werden. — General Wandel verteidigte die Art der Aushebungen gegen die Angriffe des Abg. Müller-Meiningen. — Gen. Scheidemann trägt eine ausführliche Statistik vor, aus der zu entnehmen ist, daß 63 000 wirklich taugliche Leute nicht zu finden sind. Zur Ueberweisung an die Ersatzreserve blieben dann nur noch einige Mannschaften übrig. Von 1875 bis 1910 hat sich die Bevölkerung über 51 Proz. vermehrt. Wenn auch die Sterblichkeit sich vermindert hat, so hat sich noch lange nicht die Militärtauglichkeit erhöht. — Generalarzt Schulz wendete sich in längeren Darlegungen gegen die Ausführungen Scheidemanns, ebenso General Wandel. — Gen. Noske: Bisher sind doch tatsächlich viele Leute mit körperlichen Mängeln eingestellt worden. Z. B. ist in Chemnitz ein Mann ausgehoben worden, dem die Berufsgenossenschaft Rente zahlt, weil der Mann verminderte Erwerbsfähigkeit hat. So werden geistig minderwertige Leute eingestellt. Wenn in Sachsen Tausende von Leuten mehr eingestellt werden sollen, wird der Ausfall sicher wieder

durch Ausländer gedeckt.

Das ist eine Schädigung unserer Volkswirtschaft. Wir unterschätzen die Gefahr nicht, die durch den Einbruch russischer Soldatenhorden im Osten Deutschlands entstehen könnte. Aber wir glauben, die von uns vorgeschlagene Wehrverfassung bedeutet den besten und größten Schutz gegen die russische Gefahr.

Der Kriegsminister erklärt, es werde unmöglich sein, den Sozialdemokraten die Notwendigkeit der Heeresvermehrung beizubringen, und wenn die Kommission noch zwei Jahre verhandele. — Abg. Gröber wirft die Frage auf: wie kommt es, daß trotz des angeblichen Ueberschusses an Tauglichen seit Ende der 80er Jahre eine hohe Zahl von Leuten eingestellt worden ist, deren Dienstuntauglichkeit dann beim Militär sich herausstellte? — Gen. Ledebour besprach die Ursachen der allgemeinen Erscheinung zunehmender Erkrankungen. Sie sind in der rapiden industriellen Entwicklung ohne genügenden sozialen und hygienischen Schutz zu suchen. Wenn der Kriegsminister erklärt, die Debatten hätten keinen Wert, weil man sich gegenseitig nicht überzeugen könne, so müsse doch betont werden, daß im Parlament vor dem deutschen Volke debattiert werden muß. Und auch die bürgerlichen Parteien nebst der Regierung haben die Verpflichtung, vor dem Volke im Meinungsaustausch und durch eine schlüssige Beweisführung die Heeresvorlage zu vertreten. — Gen. Südekum behandelte die Tauglichkeitsfrage nochmals eingehend, worauf der Schluß der Generaldebatte eintrat.

Die Vermehrung der Infanterie wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen und die des Elsässers Haegy angenommen.

Es folgte die Beratung der Kavallerievermehrung. Gen. Noske bekämpfte die Vermehrung, deren Notwendigkeit nicht nachgewiesen ist. Von den bürgerlichen Parteien nahm nicht ein

Krupp traktiert!

„Wer gut schmiert, der gut fährt", sagt ein altes Sprichwort, das heutzutage nirgendwo so sehr gilt, als bei der großen und kleinen Industrie. Man schmiert oder läßt sich schmieren, wie das Geschäft es verlangt! Vor wenigen Jahren noch wurde bei Krupp in Essen ein Beamter Knall und Fall entlassen, weil er sich von Lieferanten der Firma hatte schmieren lassen. Wie peinlich für die Herren, die damals so strenge Richter waren, daß sie „nun selbst der Sünde bloß sind"!

Freilich muß man mit dem Schmieren vorsichtig sein, denn nicht jeder läßt sich von einem Wohltäter bares Geld in die Hand drücken. Aber ein großer Herr hat viele Mittel, um wohlzutun. Wie heißt's doch im „Faust"? „. . . traktiert sie immer mit Pasteichen und Wein!" Das „Traktieren" ist wohl bei keinem Privatunternehmen der Welt zu solcher Vollkommenheit ausgebildet, wie gerade bei Krupp. Hunderte und Tausende besuchen alljährlich die Essener Fabrik, die meisten in amtlichem Auftrag. Da werden sie in einem eigenen Prachthotel der Firma, dem „Essener Hof", einquartiert und Ströme von Sekt ergießt der Himmel über sie und Scharen von gebratenen Tauben läßt er den Glücklichen in den Mund fliegen. Anderen Morgens werden sie dann in eleganten Zweispännern abgeholt und zur Fabrik gefahren. Oft sieht man ganze Trupps von Wagen die Straßen Essens durcheilen, beispielsweise, wenn eine Kriegsschule zur „Besichtigung" der Fabrik kommt, von Engers, von Hannover, von anderswo her — der Nachwuchs des deutschen Offizierkorps. Sehr hübsch ist es, zur Mittagsstunde solche Fremdenrundfahrten zu beobachten. Heitere Freude glänzt auf allen Gesichtern, denn die Arbeit ist getan, der Rundgang durch die Fabrik, an den glühenden Schmelzöfen vorbei, durch die Reihen der halbbekleideten, schweißtriefenden und sich abrackernden Feuerarbeiter, war anstrengend und so eigentlich gar nicht nach ihrem Geschmack. Aber jetzt geht die Fahrt zum „Essener Hof" und sie wissen: Krupp läßt sich nicht lumpen! Ein prächtiges Mittagsmahl ist bereit, der Sekt kaltgestellt, die Zigarrenkisten sind geöffnet und der Hausphotograph der Fabrik hat schon seinen Apparat vor der Gartenterrasse aufgebaut, um die übliche Erinnerungs-Gruppenaufnahme der Teilnehmer zu machen!

Ein eigenes „Fremdenführungs-Bureau" unterhält Krupp zur Führung und Unterhaltung seiner Gäste. Aber das sind beileibe keine gewöhnlichen Fremdenführer! Kavaliere sind's, zum großen Teil ehemalige Offiziere! Sie erhalten von der Kasse einen bestimmten Betriebsfond vorausbezahlt, von dem sie die kleinen, laufenden Traktierbeträge für die Gäste sofort auslegen können, und über dessen Verwendung sie allmonatlich abrechnen müssen. Größere Auslagen werden nachher „liquidiert" oder einfach auf Kruppsche Rechnung angekreidet! Es kommt vor, daß sich selbst hohe Offiziere von diesen „Fremdenführern" auf Krupps Kosten in den feinsten Weinrestaurants und — Bars der Stadt herumschleppen, oder zur Abwechselung auch mal nach Düsseldorf, Köln oder sogar nach Berlin mitnehmen lassen!

Der „Fremdenführer" hat dabei natürlich den versteckten Auftrag, seinen Schützling nach Möglichkeit auszuhorchen, über Vorgänge bei den Behörden, bei der Konkurrenz, kurz über alles, was die Firma Krupp irgendwie geschäftlich interessieren könnte. . . . Der Geheime Rat Hugenberg, Direktoriumsvorsitzender bei Krupp, hat diese Art von Betätigung in der „Kölnischen Zeitung" zwar als das „Sammeln von Informationen" bezeichnet — wie schön ist doch so ein Fremdwort, das klingt doch gleich viel anständiger! — Aber der Zweck hinter solchem Tun ist doch der gleiche! Wie leicht kann sich in vorgerückter Nachtstunde, bei den verführerischen Klängen der Barmusik einmal so ein Ahnungsloser verplappern, oder sogar seinem freigebigen Führer, der ja selbst Offizier, also „Kamerad" ist, einmal ein Schriftstück zeigen, das ihm zu vertraulicher Behandlung gegeben ward! Am anderen Tag schreibt dann der Fremdenführer einen geheimen Bericht an das Kruppsche Direktorium über das, was er am Abend zuvor erlauscht hat. . . . Der Geheime Rat Hugenberg aber verkündet stolz, daß er alle solchen Geheimberichte, die ja nur zum „Kleingeschäft" gehörten, überhaupt nie gelesen habe . . . und dabei gehört besagtes „Fremdenführungsbureau" sogar zum „Ressort" des besagten Geheimen Rates!

Noch schlemmerhaftier, als in dem „Bureau für Fremdenführung" geht es im „Abnahmebureau" zu. Hat irgendein Staat Geschütze bei Krupp bestellt, so entsendet er einen oder mehrere Beamte — meist wieder Offiziere —, die für längere Zeit ihren Aufenthalt in Essen nehmen und die Fabrikation des bestellten Materials überwachen, damit nicht etwa ein Teil, der aus Stahl gemacht werden sollte, aus plundrigem Gußeisen gefertigt wird, kurz, damit alle Teile die im Lieferungsvertrag geforderte Güte besitzen. Den Verkehr mit diesen fremden „Abnehmern" besorgen die Angestellten des Krupp'schen „Abnahmebureaus", die fast ohne Ausnahme ehemalige Offiziere sind. Auch Herr v. Dewitz gehörte zu diesem Bureau. Die Tätigkeit dieser Beamten besteht in der Hauptsache eben in dem „Verkehr" mit den Abnehmern, die sie zu der Werkstatt begleiten, wo das gerade zu besichtigende Material lagert, und denen sie auch sonst möglichst an die Hand gehen sollen. Das heißt also wieder nichts anderes als: „Pasteichen und Wein!" Glaubt so ein Abnehmer einmal etwas bemängeln zu müssen, dann läßt sich so was ja auch am besten mit einem „Kameraden", beim gemütlichen Glase Wein und der rauchenden Zigarre besprechen!

Traktieren — Schmieren — das wächst auf demselben Holz, wenn auch der Name etwas anders klingt! Der jährliche Etat der Traktiergelder geht bei Krupp in die Hunderttausende, wenn man alles in allem nimmt, mit den Gehältern für die Traktierbeamten, den Kosten des Hotels usw. Diese Traktierunkosten werden selbstredend auf die Geschützpreise aufgeschlagen, die die Steuerzahler nachher zu tragen haben.

Der Geist aber, der hinter diesem Tun lauert, das ist doch nichts anderes, als der Geist der Korruption! Ein preußischer Beamter oder Offizier, der dienstlich oder halbdienstlich bei Krupp zu tun hat, sollte sich doch schämen, auch nur eine Zigarre sich von diesen Geschäftsleuten schenken zu lassen! Da wäre doch wahrlich ein strenges Verbot aller in Betracht kommenden Militär- und Marinebehörden dringend notwendig! Die Gerechtigkeit gebietet allerdings, hier einzuschalten, daß schon mancher Besucher Krupps das aufdringliche Traktierwesen als unwürdig empfunden hat. Aber was will das besagen, wenn tausende Beamte und Offiziere der Versuchung weichen — in unwichtiger Sache scheinbar —, die aber doch den bösen Geist des Systems erfahren haben und später einmal, in einer ernsten Stunde, vielleicht gänzlich erliegen werden, wie eben der neueste „Fall Krupp" bewiesen hat! —

Der Geheime Rat aber, der nicht ein bißchen pharisäerhaft sein will, mag ruhig erklären, daß „traktieren" und „bestechen" zweierlei sei, und daß auch weiterhin „die Mittel der Firma Krupp, große und kleine, die zur Bestechung von höheren und mittleren Beamten verwandt sein sollen, nur in der Einbildung des Herrn Liebknecht vorhanden seien."

Redner das Wort, auch der Kriegsminister hielt es nicht für nötig, nur ein Wort zur Begründung zu sagen. — Selbst die Volksparteiler stimmten ohne Debatte der Kavallerievermehrung zu. Ohne Abstriche wurde auch die Vermehrung der Artillerie beschlossen, sowie der Pioniere, der Verkehrstruppen und des Trains.

Die Mehrheit beabsichtigt, wenn möglich, in dieser Woche noch die Heeresvorlage zu Ende zu beraten. Bei der weiteren Beratung sprach der Kriegsminister über die Kavallerie. Wenn auch recht vorsichtig, doch recht deutlich deutete der Kriegsminister eine spätere Kavallerievermehrung an. Um 6 Uhr, nach einer mehrmaligen lebhaften Geschäftsordnungsdebatte, in der Graf Westarp und Dr. Semler sogar anregten, eventuell am kommenden Freitag und Sonnabend noch zu tagen, trat Vertagung ein. Gegen die Pressionsversuche wendeten sich unsere Genossen energisch und betonten, es sei einfach unerhört, jetzt eine solche Durchpeitschungsmethode anzuwenden, die auch mit allen Abmachungen unter den Parteien in schroffem Widerspruch stehe und einen gröblichen Versuch darstelle, gegebene Abmachungen brutal zu brechen.

* * *

Zentrumsanträge zur Wehrvorlage.

Das Zentrum hat nun in der Budgetkommission des Reichstages ebenfalls eine Reihe von Anträgen gestellt. Die Mannschaften des Beurlaubtenstandes sollen möglichst nur in den Wintermonaten zu Uebungen einberufen werden. Ferner werden Anordnungen verlangt, wonach:

1. Die Soldaten mindestens durchschnittlich jährlich vier Wochen Urlaub erhalten können;
2. der Urlaub für die berittenen Waffen in erhöhtem Umfange gewährt wird;
3. diese Urlaubszeiten für die aus der Landwirtschaft stammenden Soldaten tunlichst in der Erntezeit erteilt werden.

Die Unteroffiziersprämie soll nach neunjähriger Dienstzeit 1000 M. betragen und nach 12jähriger Dienstzeit auf 1500 M. steigen. Außerdem werden Maßnahmen gefordert: 1. zur Verringerung der Burschen; 2. zur Beseitigung des strengen Arrestes als Disziplinarstrafe.

Familien, die mindestens drei Söhne beim Militär gehabt haben, sollen für jeden weiteren Sohn, der eingezogen wird, eine Aufwandsentschädigung von 240 M. pro Jahr erhalten. Jedem Soldaten soll jährlich einmal eine freie Reise aus der Garnison nach seiner Heimat zugestanden werden. Die entstehenden Kosten werden auf 1 600 000 M. veranschlagt. Größere Sparsamkeit und Beschränkung des Luxus in der Armee werden gefordert, und schließlich wird der Reichskanzler ersucht, Anordnungen zu treffen, nach welchen nur solche Unternehmer den Zuschlag auf Lieferung von Staatsaufträgen erhalten, die:

a) den Arbeitern das Koalitionsrecht unangetastet lassen;
b) bei Einsendung von Offerten gleichzeitig ein Verzeichnis der bei ihnen bezahlten Löhne mit einreichen;
c) keine geringeren Löhne bezahlen und keine schlechteren Arbeitsbedingungen stellen, wie in gleichartigen Staatsbetrieben oder gleichen privaten Unternehmungen, die nicht für Heer und Marine arbeiten;
d) eine Einigungs- und Schiedsinstanz schaffen, die berechtigt und verpflichtet ist, bei ausbrechenden Differenzen die Vermittlung zu übernehmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. April 1913.

Die Sekundärbahnvorlage.

Die Beratung der Sekundärbahnvorlage, mit der sich das Abgeordnetenhaus auch am Dienstag beschäftigte, ist für eine ganze Reihe von Abgeordneten die einzige Gelegenheit, einmal etwas von sich hören zu lassen. Mitglieder des Hauses, die die ganze Session durch Abwesenheit glänzen oder, wenn sie anwesend sind, den Geschäften kein Interesse entgegenbringen, erscheinen plötzlich auf der Bildfläche, um für ihren Wahlkreis diese oder jene Zugverbindung zu verlangen, die von ihnen oder ihren Vorgängern seit Jahren vergeblich gefordert sind. Es soll sogar Abgeordnete geben, die dieselbe Rede seit 25 Jahren halten, ohne das harte Herz des Ministers zu erweichen. Um so größer ist der Eindruck, den sie damit auf ihre Wähler erzielen, die, wenn die betreffende Bahn nach weiteren 25 Jahren doch noch gebaut wird, dem inzwischen längst verstorbenen Abgeordneten noch im Tode ihren Dank abstatten.

Wie alljährlich, so wurde auch diesmal wieder in ödem Einerlei die endlose Reihe von Wünschen vorgetragen. Die Vertreter der Regierung müssen all die Reden geduldig über sich ergehen lassen. Da haben es die Abgeordneten doch besser. Wer nicht gerade selbst spricht oder als nächster Redner zu Worte kommt, flüchtet aus dem Sitzungssaal, der denn auch einen recht öden Eindruck macht — das getreue Spiegelbild der Debatten.

Am Mittwoch soll die Beratung beendet werden.

Die Erlauchten und Edlen.

Das Herrenhaus hatte heute eine lange Debatte über Jugenderziehung. Man weiß, was das bedeutet: Oede Schimpferei auf den Umsturz und auf die Jugendverführung der Sozialdemokratie. Zugrunde lag der Unterhaltung ein Antrag des Grafen Kanitzan, der die Ausdehnung der Schulpflicht bis zum sechzehnten Lebensjahr fordert und ernste Erwägungen darüber verlangt, wie die Jugend länger als heute einer heilsamen Zucht und Ordnung unterworfen werden kann. Der Kultusminister von Trott zu Solz zeigte viel Sympathie für den Antrag, soweit man sich von seiner Durchführung eine Bekämpfung der Sozialdemokratie verspricht. Er machte nur gehorsamst darauf aufmerksam, daß Preußen schon jetzt außerordentliche hohe Mittel aufwendet, um die „patriotische" Jugendpflege in die Hand zu nehmen. Die Ausdehnung der Schulpflicht auf das 16. Lebensjahr ist ihm aber vorläufig zu teuer. Das Herrenhaus lehnte darauf hin den Antrag, soweit er die Ausdehnung der Schulpflicht fordert, ab, nahm aber den ersten Teil, der die kräftigere Anwendung des Gesetzes verlangt (im Antrage heißt das: „heilsame Zucht und Ordnung) an:

Dieser Debatte voraus ging eine längere Erklärung des Kultusministers über den Fall Anton von Werner. Herr Werner, der Fabrikant patriotischer Schlachtenschinken, hatte bekanntlich behauptet, daß die Regierung aus Rücksicht auf Frankreich gegen die Ausstellung einiger Schlachtenbilder Werners aus dem deutsch-französischen Kriege politische Bedenken erhoben habe. Das scheint nun nach der Darstellung des Kultusministers in der Tat nicht der Fall gewesen zu sein.

Nach ausgiebigen Verhandlungen über die Universität Münster wurde dann auch noch einiges über die Volksschulen gesagt. Ein echter preußischer Landjunker, Herr v. Klitzing, beschwerte sich über die hohen Unterhaltungskosten, die er als Schulpatron zu zahlen hat. Er jammerte über die Schulpaläste auf dem Lande und über die viel zu nobel und geräumig ausgestatteten Klassenzimmer. In später Stunde wurde noch der Etat des Ministeriums des Innern in Angriff genommen. Der neue Berliner Oberbürgermeister Wermuth hielt dabei seine Jungfernrede und forderte im Interesse der Verwaltung städtischer Irrenhäuser nach verschiedenen Richtungen eine Reform des Irrenrechts. Der sattsam bekannte Graf Mirbach belobte in den höchsten Tönen die Scharfmacher- und Antiwahlreformrede, die der Minister v. Dallwitz unlängst im Abgeordnetenhaus gehalten hat, und die ganz aus der Seele des edlen Grafen gesprochen war. Die weitere Etatsberatung wurde auf Mittwoch vertagt.

Ein Großherzogtum als Morgengabe?

Dem „Berl. Tagebl." wird aus Gmunden, dem Sitz des Herzogs von Cumberland, gemeldet:

„Aus hiesigen unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Thronbesteigung des Prinzen Ernst August von Braunschweig im Bundesrat eine gesicherte Sache sei, daß ferner die bereits erwähnte Erweiterung Lüneburgs aus hannoverschem Gebiet der Wirklichkeit entspreche und der Prinz den Titel „Herzog zu Braunschweig und Großherzog von Lüneburg" führen werde."

Preußen ist zwar ein höchst seltsamer Kulturstaat und sein Parlament steht vielleicht, was moderne Kulturanschauungen anbetrifft, noch unter der russischen Duma; aber dennoch vermögen wir kaum zu glauben, daß ein großer Landfetzen von Preußen losgerissen und dem Prinzen Ernst August geschenkt werden soll — nur weil er die Tochter des preußischen Königs heiratet. Im Mittelalter war es allerdings Sitte, daß die deutschen Fürsten ihre Staaten als Privatbesitz betrachteten und davon ihren Schwiegersöhnen, natürlichen und unnatürlichen Söhnen, manchmal auch ihren Günstlingen männlichen und weiblichen Geschlechts, größere oder kleinere Ländereien zuteilten; doch so viele Ueberreste sich aus mittelalterlicher Zeit im Preußenstaat erhalten haben, ganz ohne Einfluß sind doch auch auf ihn die modernen Staatsauffassungen nicht geblieben. Zudem hat bei der Landverschenkung auch der preußische Landtag und ferner, da doch jedenfalls der neue Bundesstaat „Lüneburg" Sitz und Stimme im Bundesrat haben soll, auch dieser und der Reichstag ein Wort bei diesem Geschäft mitzureden.

Deutscher Handelstag und Deckungsvorlage.

Der Ausschuß des Deutschen Handelstags hat sich mit den Gesetzentwürfen zur Deckung der Wehrvorlage beschäftigt und, wie selbstverständlich ist, zu den Deckungsvorschlägen fast dieselbe Stellung eingenommen wie der Hansabund. In der Besprechung wurde dem einmaligen Wehrbeitrag als einer außergewöhnlichen Maßregel grundsätzlich zugestimmt. In bezug auf die Heraufsetzung der unteren Vermögensgrenze von 10 000 auf 20 000 M. gingen die Meinungen auseinander. In bezug auf die Heranziehung der Einkommen zu dem Wehrbeitrag sprach sich der Ausschuß mit großer Mehrheit für eine Herabsetzung der Grenze von 50 000 auf 20 000 M. aus.

Weiter war der Ausschuß der Ansicht, daß die Heranziehung der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien als einzige der nicht physischen juristischen Personen nicht gerechtfertigt und die darin liegende Doppelbesteuerung mit Entschiedenheit zurückzuweisen sei.

Ueber den Kopf des Reichstages.

Man schreibt uns:

Der „Vorwärts" hat in seiner Nr. 98 darauf hingewiesen, daß anscheinend schon jetzt Offiziere für Stellen, die die neue Militärvorlage erst schaffen soll, ernannt werden, obwohl die Vorlage vom Reichstage noch nicht durchberaten, geschweige denn genehmigt ist. Wie steht es nun mit den Mannschaften? Bekanntlich sollen schon im nächsten Herbst 63 000 Rekruten mehr in die Armee eingestellt werden. Sie müssen vorher gemustert und ausgehoben werden. Nun fand aber auch in diesem Jahre die Musterung der Rekruten im März und April statt, und die Aushebung wird in der Zeit zwischen Ende Mai und Anfang Juni vor sich gehen. Man darf wohl mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die Ersatzkommissionen und Oberersatzkommissionen angewiesen werden, auch die vom Reichstage noch gar nicht genehmigten 63 000 Rekruten mit zu mustern bezw. mit auszuheben. Wäre es anders, so müßten im August und September nochmals Musterungen und Aushebungen stattfinden. Davon wird man aber nichts hören. So ist es gekommen, daß zur nämlichen Zeit, in der die neue Militärvorlage erst offiziell bekannt gemacht wurde — es war am 28. März — die Bezirkskommandeure und die Zivilvorsitzenden der Ersatzkommissionen schon ihre Koffer packten, um die 63 000 Rekruten mustern zu können, über die der Reichstag noch nicht ein einziges Mal beraten hatte. Und wenn der Reichstag die Vorlage bis Ende Mai nicht bewilligt hat, so kann es geschehen, daß 63 000 Rekruten ausgehoben, also auf die Truppen verteilt werden, noch ehe der Reichstag sie bewilligte. Diese Situation wäre dem Kriegsministerium vielleicht doch nicht ganz angenehm. Und darum soll der Reichstag die Vorlage durchpeitschen.

Es ist ja sehr charakteristisch, daß dem Reichstag auch bei dieser einzig dastehenden Militärvorlage zugemutet wird, daß er sie schon am 1. Oktober des Jahres, in dem sie ihm vorgelegt wurde, in Kraft treten lassen soll. Da sie ihm erst Ende März zuging, bleiben für die Beratungen des Parlaments und für die militärischen Vorbereitungen, die die Durchführung der Vorlage erheischt, nur sechs Monate.

Rüstungskapital und Zentrum.

Der badische Zentrumsführer Geistlicher Rat Wacker bedauerte dieser Tage in einer Versammlung, daß die Machinationen der Armeelieferanten nicht von einem bürgerlichen Reichstagsabgeordneten aufgedeckt wurden. Warum mußte es gerade wieder ein Sozialdemokrat sein? so fragte bekümmert dieser fanatische Feind der Sozialdemokratie.

Nun, die Giesberts und Genossen, die sich der Kanonenfirma Krupp als Verteidiger förmlich an den Hals warfen, waren sicherlich nicht die Berufenen, um das lichtscheue Gebaren der Rüstungsfabrikanten an den Pranger zu stellen. Man hätte sich in ihren Kreisen vielleicht besonnen, ob nicht die Kenntnis der Praktiken der Militärlieferanten gegen ein paar Jesuiten eingehandelt werden könnten.

Vom braven Freisinn.

Die Parteileitung der Breslauer Freisinnigen gibt in der dortigen bürgerlichen Presse diese Erklärung ab:

„Gegenüber den von gegnerischer Seite zu durchsichtigem Zwecke verbreiteten Gerüchten erklären wir nochmals und endgültig, daß den für die Liberalen gewählten Wahlmännern von uns unter keinen Umständen das Ansinnen gestellt werden wird, für einen Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei zu stimmen.

Das liberale Zentral-Wahlkomitee."

Tiefer kann sich wohl kaum eine Partei in Furcht und Feigheit demütigen, als es hier der Freisinn vor den Konservativen tut.

Gott verläßt die Seinen nicht.

Der bisherige Chefredakteur des „Reichsboten", der, wie wir meldeten, vom Verwaltungsausschuß dieses Blattes wegen seiner Haltung zu der sogen. liberalen Richtung im Evangelischen Bund und zu der konservativ-klerikalen Blockpolitik abgesägt worden ist, wurde vom Evangelisch-lutherischen Schulverein für das Königreich Sachsen zum Generalsekretär gewählt und hat die Wahl angenommen.

Die Wahrheit über die Geraer Kommunalpolitik.

Im Oktober 1911 wurden von dem verantwortlichen Redakteur des „Geraischen Tageblatts", Dombrowski, eine ganze Reihe Unwahrheiten über die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit in die „Liberale Korrespondenz" lanciert, die seither trotz aller Richtigstellungen vielfach bei Kommunalwahlen gegen die Sozialdemokratie ausgebeutet werden. Von diesen Unwahrheiten sind bereits einige amtlich widerlegt worden. So wurde auch in der letzten Gemeinderatssitzung wieder ein solcher Fall erledigt.

In der „Liberalen Korrespondenz" war damals folgende Wendung zu lesen:

„. . . Ein besonderes Kapitel beansprucht die Beamtenpolitik der Sozialdemokratie. Hier tritt das Bestreben ziemlich klar zutage, sich einen gefügigen Apparat zu schaffen. Sie sägte zunächst einen ihr unbequemen Baurat ab (was ihr aber nicht zum Vorwurf gemacht werden soll) . . ."

Von unserem Geraer Parteiblatt, der „Reußischen Tribüne", wurde schon damals festgestellt, daß die Wiederwahl des Baurates abgelehnt worden sei, weil u. a. auch ein Führer der Liberalen schwerwiegende Bedenken gegen seine Wiederwahl vorgebracht hätte. Der Fall ging dann auch in die Reichsverbandspresse, die ihn zu einem „Schandblatt sozialdemokratischer Parteigeschichte" stempelte.

Nun hat sich der Gemeinderat zum wiederholten Male mit den „Verdiensten des unbequemen Baurates" befaßt. Beim Umbau des Schlachthofes, den jener Baurat noch vorbereitete und zum Teil auch noch leitete, werden jetzt Nachbewilligungen in Höhe von 189 000 M. gefordert, die größtenteils auf die ganz mangelhafte Bauleitung jenes Baurates zurückgeführt werden. In der letzten Gemeinderatssitzung wurden diese Nachforderungen bewilligt und nicht nur von unseren Genossen, sondern auch von bürgerlichen Gemeinderatsmitgliedern schärfste Kritik an dem System des Baurats Marsch geübt. Alle bürgerlichen Redner waren mit unseren Genossen darin einig, daß der „abgesägte, unbequeme Baurat" die Hauptschuld an diesen Vorkommnissen trage. Ein bürgerliches Gemeinderatsmitglied, zudem Fachmann, stellte fest, daß die Kostenvoranschläge zum Schlachthofumbau in einer ganz traurigen Verfassung herausgegeben worden seien. Es sei doch sicherlich verwerflich, wenn nach dem Skizzenbuch, statt nach ordentlichen Plänen gearbeitet worden sei.

Darauf wurde eine sozialdemokratische Resolution mit allen gegen nur zwei bürgerliche Stimmen (Mittelständler) angenommen, in der bedauert wird, daß vom Stadtrat, der mit dem Baurat verantwortlich für die Ueberschreitungen ist, gesunde Verwaltungsgrundsätze vielfach außer acht gelassen worden seien und für die Zukunft sich solche Vorkommnisse nicht wiederholen dürften. Der Stadtrat hatte vorher erklärt, daß „es nicht wieder vorkommen solle". —

Erwähnt sei noch, daß derselbe Stadtrat gegen unser Parteiblatt Strafantrag gestellt und auch eine Geldstrafe von 30 M. gegen den Verantwortlichen erzielt hat, weil dieser dem Baurat u. a. „Saumseligkeiten" vorgeworfen hatte.

Portugal.

Eine Regierungserklärung.

Lissabon, 29. April. In der Abgeordnetenkammer hat der Ministerpräsident folgende Erklärung abgegeben: Die Regierung hat alle Anstifter der Bewegung und ihre Pläne gekannt. Sie hätte einschreiten können, bevor irgend eine Handlung zur Ausführung gekommen war, aber sie hat es nicht getan, damit jedermann die verbrecherischen, dem Vaterland und der Republik feindlichen Absichten klar sehen könnte. Die Regierung hatte gehofft, daß die Agitatoren eine angreifende Haltung einnehmen würden, die energische Maßnahmen gerechtfertigt hätten, aber sie haben sich vollständig feige gezeigt. Alle militärischen und polizeilichen Organe haben in patriotischer Weise mit der Regierung zusammengearbeitet. Die Regierung hat den Herd der Bewegung erstickt und angeordnet, das Prozeßverfahren zu eröffnen. — Die Kammer nahm darauf einstimmig eine Tagesordnung an, in welcher der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird. — Der Senat hat die in der Kammer abgegebene Erklärung der Regierung ebenfalls angenommen.

Den Blättern zufolge hatten die Anstifter der Bewegung gegen die Regierung die Liste eines neuen Ministeriums vorbereitet, dessen Vorsitz Magalhaes Lima übernehmen sollte. Es wurden neue Verhaftungen vorgenommen.

Lissabon, 29. April. In der verflossenen Nacht wurden vor der Kaserne des 13. Infanterieregiments zwei Bomben geschleudert, die Materialschaden anrichteten. — Dreizehn Arbeiter, die Soldaten für die Bewegung zu gewinnen suchten, sind verhaftet worden.

Asien.

Die Gärung in Indochina.

Paris, 29. April. Der bekannte Forschungsreisende Bonvalot erklärte einem Mitarbeiter des „Echo de Paris": Dieses Komplott des anamitischen Thronprätendenten ist nur ein Vorwand. Die tiefere Ursache der Unzufriedenheit, von der Indochina erfüllt ist, ist darin zu suchen, daß wir seit 20 Jahren alles tun, um uns die Sympathien der Eingeborenen zu entfremden. So hat die kürzlich erfolgte Erneuerung des Alkoholmonopols große Entrüstung hervorgerufen. Ich will nicht behaupten, daß dieses Monopol in einem Zusammenhang mit dem Anschlag von Hanoi steht, aber es ist eine von den vielen Ursachen des Hasses der Eingeborenen gegen uns. Das französische Volk weiß nicht, was in den meisten unserer Kolonien vor sich geht. Es ist nicht sehr erbaulich.

Zu dem in Hanoi verübten Bombenattentat wird von mehreren Blättern bemerkt, daß die vor einiger Zeit von einem französischen Kolonialbeamten vorgenommenen Ausgrabungen in dem Grabtempel des anamitischen Kaisers Tüdük zweifellos viel dazu beigetragen haben, den Haß der Eingeborenen gegen die Franzosen zu steigern. Der Führer der zweifellos gegen die Franzosen gerichteten Aufstandsbewegung, Prinz Schüong-de, ist ein Abkömmling des Kaisers Tüdük.

China.

Der Anleihekonflikt.

Peking, 28. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Senat wurde die Unterzeichnung der Fünfmächteanleihe einer weitgehenden Kritik unterworfen, da der Vertrag dem Senat nicht vorgelegt worden sei. Eine Kommission zur Prüfung der Angelegenheit ist eingesetzt worden. Die Kuomintangpartei erklärte, die Annahme ausländischer Ratgeber bedeute eine ausländische Kontrolle. Die Kuomintangpartei vertritt vermutlich etwa ein Prozent der gesamten Bevölkerung, während die Anhänger Yuanschikais einschließlich seiner Armee etwa zehn Prozent der Bevölkerung repräsentieren. Der übrige Teil der Nation, dessen Interesse an der Regierung auf der Höhe der Steuer und auf der Erhaltung der Ordnung beruhe, würde zweifellos Yuanschikai unterstützen, falls es zu einer Krisis käme. Die Regierung wartet die Entwickelung mit Ruhe ab.

Gewerkschaftliches.

Streikbrecher sind keine „Herren"!

Der Genosse Brenner vom Braunschweiger „Volksfreund" war wegen Beleidigung von acht Straßenbahnangestellten angeklagt, die im vorigen Jahre bei dem Straßenbahnerstreik in Königsberg von Braunschweig kamen, um Streikbrecherdienste zu verrichten. Das Schöffengericht und auch die Strafkammer hatten auf Freisprechung erkannt, mit der Begründung, daß in den beanstandeten Ausdrücken „Ausreißer" und „verwerflicher Verrat" nicht Beleidigungen, sondern sachdienliche Bezeichnungen erblickt werden müssen. Das Oberlandesgericht hingegen deduzierte, daß eine beleidigende Absicht in dem fraglichen Artikel enthalten sei und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. In der erneuten Verhandlung kam die Strafkammer dann zu einer Verurteilung; es verhängte die verhältnismäßig sehr hohe Geldstrafe von 200 M. über den Genossen Brenner. Aus der Urteilsbegründung verdient erwähnt zu werden, daß auch der wiederholte Gebrauch des Prädikates „Herr" oder die „Herren" als beleidigend erachtet wurde. Das Gericht vertrat die Ansicht, daß es sonst nicht üblich sei, unter solchen Umständen die Leute mit „Herr" anzureden.

Die gerichtlichen Auffassungen über Streikbrecherbeleidigungen werden immer sonderbarer. Werden die Herrschaften ihrer Tätigkeit entsprechend, beim richtigen Namen genannt, so läuft jemand Gefahr, wegen Beleidigung bestraft zu werden. Werden sie als „Herren" bezeichnet, so empfindet das Gericht selbst, daß dieser Titel wohl doch nicht die Qualität dieser dem Staate nützlichen Elemente und auch sonst wohl nicht ihrer Würde entspricht. Denn es ist „nicht üblich", unter solchen Umständen einen solchen Menschen mit Herr zu titulieren — so in diesem Falle das Gericht.

Im Rechtsstaate Preußen ist kein Mensch so leicht zu beleidigen, wie die geheiligte Person des Streikbrechers.

Berlin und Umgegend.

Nach dem Streik in der Berliner Herrenkonfektion.

Am Montagabend fand im „Elysium", Landsberger Allee, eine zahlreich besuchte Versammlung der Herrenkonfektionsschneider statt. In derselben sollte festgestellt werden, inwieweit die Arbeitgeber die getroffenen Vereinbarungen einhalten. Eine große Anzahl Beschwerden wurde vorgebracht, wonach einige Firmen die tarifliche Bezahlung nicht geleistet haben oder sonst Differenzen vorlagen. Wegen der Durchführung des neuen Lohntarifs waren schon eine Anzahl Streitfälle seitens der Ortsverwaltung mit den Arbeitgebern erledigt worden. Mit wenigen Ausnahmen erhielten am Tage der Arbeitsaufnahme alle Arbeiter und Arbeiterinnen wieder Arbeit zugeteilt. Noch nicht wieder beschäftigt werden bei der Firma Peek u. Cloppenburg 5 Arbeiter, bei der Firma Adalbert Stier eine Arbeiterin und bei Leineweber 15 Arbeiter. Auf der Werkstätte der Firma Peek und Cloppenburg werden nach den Darlegungen der dort Beschäftigten zurzeit an die im Zeitlohn Beschäftigten sehr hohe Anforderungen gestellt. Die hieraus insbesondere in der Hosenabteilung sich ergebenden Differenzen werden von den Angestellten der genannten Firma ganz allgemein durch die Entlassung der betreffenden Arbeiterinnen erledigt. Die Arbeiter der Firma Stier geben ebenfalls den Angestellten die Schuld wegen der Beschwerden bezüglich der Nichtbezahlung des Tarifs sowie der Weigerung, die eine Arbeiterin zu beschäftigen. Wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, haben in den letzten Tagen noch weitere Verhandlungen mit der Firma Peek u. Cloppenburg wegen der Gewährung von Ferien stattgefunden. Die Geschäftsinhaber haben dabei einen ablehnenden Standpunkt eingenommen und dies damit begründet, daß sie nicht nur den Werkstattarbeitern Ferien gewähren könnten, während die Heimarbeiter davon ausgeschlossen sein sollten. Die Heimarbeiter erhalten bei einigen anderen Firmen bereits Ferien, so bei Herpich Söhne und Leineweber. Die letztere Firma weigert sich dagegen überhaupt, den Tarif anzuerkennen und tarifliche Löhne zu zahlen. Sie ist im Gegenteil der Ansicht, daß sie die Schneiderei auch mit ungelernten Arbeitern betreiben kann. Dieses Verfahren der Firma Leineweber ist als Lohndruck anzusehen, da sie ungelernten Arbeitern niedrigere als die tariflichen Lohnsätze zahlt.

Die Versammlung beauftragte die Verwaltung, geeignete Schritte zur Abstellung der Beschwerden zu unternehmen. Ueber den Erfolg der zu diesem Zwecke gefaßten Maßnahmen soll demnächst in den Geschäftssitzungen Bericht erstattet werden.

Achtung, Töpfer! Wegen Beschäftigung von Unorganisierten und Nichteinhaltung des Tarifs sperren wir hiermit die Firma Hermann Franke, Wilmersdorf. In Frage kommt zurzeit der Bau in der Franz-Josefstraße, Weißensee.

Die Verbandsleitung.

Die Metallarbeiter der Deutschen Post- und Eisenbahn-Verkehrswesen A.-G. Staaken bei Spandau befinden sich, wie schon mitgeteilt, im Streik. Die Firma versucht nun alle möglichen Elemente als Arbeitswillige heranzuziehen. Deren Tätigkeit bei der Firma kann die Interessen der Streikenden jedoch in keiner Weise schädigen. Außer den hinlänglich bekannten „Kaczmareks" und „Hinzegardisten" arbeitet die Firma mit dem gelben Werkverein. So ist man schon zur Gründung einer gelben Sumpfpflanze gekommen, deren Gedeihen sich die Direktion angelegen sein läßt.

Zur Leitung dieses gelben Vereins hat man einen Arbeitswilligen berufen, dessen früheres Verhalten denselben schon sehr stark mit dem Strafgesetz in Konflikt gebracht hat. So ist er mit zwei Jahren Gefängnis sowie einem Jahr Arbeitshaus wegen Zuhälterei vorbestraft. Ferner beschäftigt die Firma Elemente, die wegen Messerstecherei sowie Einbruchsdiebstahl mehrere Male bestraft sind. Zur Bewachung dieser Leute stellt der Staat dem Unternehmen fünf Gendarmen unter Aufsicht eines Wachtmeisters, welche aus der Umgegend herangezogen worden sind, zur Verfügung. Ueber das so ruhige Dörfchen ist eine Art Belagerungszustand verhängt worden.

Die Streikposten verhalten sich ruhig und selbstbewußt. Sie lassen sich von den Arbeitswilligen nicht provozieren und auch durch die Anwesenheit der fünf Gendarmen nicht stören. Der Streik steht für die Arbeiterschaft günstig. Jeder Zuzug ist daher fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Streikleitung.

Deutsches Reich.

Zentrale Verhandlungen im Baugewerbe.

Die Verhandlungen, die seit dem 27. April in Berlin im Reichstagsgebäude fortgeführt und voraussichtlich die ganze Woche dauern werden, haben für eine ziemliche Anzahl von Tarifgebieten eine Einigung zwischen den Parteien gebracht. So sind völlig geregelt die Tarifgebiete in Ostpreußen. In Westpreußen ist die Regelung bis auf ganz unbedeutende Gebiete ebenfalls erfolgt, in der Hauptsache auch in Posen und Pommern, und im Königreich Sachsen überall bis auf Leipzig und Vororte. In der Provinz Sachsen und in Anhalt liegt für 16 Tarifgebiete eine Einigung vor. Leider sind die Versuche, zu einer Einigung zu kommen für beide Mecklenburg, für Thüringen, Schlesien und Brandenburg auch diesmal ohne Erfolg geblieben. Für diese Provinzen resp. Landesteile sowie für alle anderen Tarifgebiete, in denen eine Einigung nicht erfolgte, werden voraussichtlich zum Schluß der Woche Schiedssprüche der Unparteiischen zu erwarten sein. Ueber die Annahme resp. Ablehnung der Schiedssprüche haben dann die Organisationen zu entscheiden. Zu diesem Zwecke haben der Deutsche Bauarbeiterverband und auch der Zimmererverband für die kommende Woche ihre Generalversammlungen in Berlin einberufen, so daß mit Bestimmtheit damit zu rechnen ist, daß die Entscheidung über Krieg oder Frieden im Baugewerbe noch vor den Pfingstfeiertagen fallen wird.

Der Verband der Steinsetzer im Jahre 1912.

Das Jahr 1912 war für den Verband der Steinsetzer ein Jubiläumsjahr. Auf einem Kongreß im Jahre 1886 beschlossen, ist der Verband im Jahre 1887 ins Leben getreten — allerdings nicht als eine auf der Klassenerkenntnis ihrer Mitglieder beruhende Organisation, sondern als ein zünftiger „Gesellenschaftsverband", dessen vornehmste Aufgabe sein sollte, „das Strolchwesen, das sich Steinsetzgeselle nennt und unser Gewerbe so sehr in Mißkredit bringt, zu beseitigen" und „ein geregeltes Gesellenwesen über ganz Deutschland zu schaffen". Erst fünf Jahre später erklärte sich der Verband offiziell als eine auf dem Boden des wirtschaftlichen Kampfes stehende gewerkschaftliche Organisation, wenn auch damit der Zunftgeist noch lange nicht überwunden war. Welcher Kämpfe es bedurfte, diesen Geist — besonders in der Zentrale des Verbandes: Berlin — zu beseitigen, das ist anschaulich geschildert in der kürzlich im Verlage des Verbandes erschienenen Geschichte der Berliner Steinsetzer-Gesellenschaft.

Der Verband hat nach seiner Reorganisation im Jahre 1892 dann allerdings in wirtschaftlicher Beziehung glänzend nachgeholt, was er vorher versäumt hatte. Und auch der Bericht für 1912 beweist, daß der Verband ein würdiges Glied der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist. Es kam ihm dabei zustatten, daß — mit Ausnahme von Groß-Berlin — das Jahr 1912 ein für das Steinsetzergewerbe außerordentlich günstiges war. Der Jahresbericht verweist u. a. darauf, daß nach den Berichten der deutschen Steinindustriebetriebe, soweit sie sich in Händen von Aktiengesellschaften befinden, die Steinbrüche, die sich mit der Herstellung von Pflastersteinen befassen, vielfach gar nicht in der Lage waren, die angeforderten Mengen rechtzeitig liefern zu können. Beiläufig eine treffliche Illustration zu der angeblichen Notlage der deutschen Steinindustrie, in der sie sich durch das Nichtvorhandensein eines Zollschutzes gegenüber der schwedischen Pflastersteineinfuhr befindet. Gegen den Pflastersteinzoll führt der Verband der Steinsetzer seit Bestehen des Zolltarifes einen energischen Kampf, weil durch einen solchen das Steinsetzgewerbe ruiniert würde.

Der Verband führte im Berichtsjahre nicht so umfangreiche Kämpfe wie in den früheren Jahren. Bei einer Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt von 10 939 (Vorjahr 10 706) führte der Verband insgesamt 68 Bewegungen mit 3008 Beteiligten, von denen nur zwei mit 52 Beteiligten ergebnislos verliefen und zwar je ein Angriffs- und Abwehrstreik. Erreicht wurde durch die Bewegungen und Lohnkämpfe: Arbeitszeitverkürzung für 671 Beteiligte 1142 Stunden pro Woche, Lohnerhöhung für 2903 Beteiligte 9935 M. pro Woche. Von den Bewegungen waren 9 Angriffs- und 7 Abwehrstreiks. 52 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung verliefen mit Erfolg. Tarifverträge bestanden am Jahresschluß 121 für 1239 Betriebe mit 12 604 Beschäftigten, wovon 10 117 Verbandsmitglieder waren. Es sind demnach durch den Verband die Lohn- und Arbeitsbedingungen für nahezu drei Viertel aller Berufsangehörigen (mit Ausnahme der Hilfsarbeiter) tariflich geregelt. Unter den Tarifverträgen befinden sich zahlreiche, die ganze Provinzen oder größere zusammenhängende Wirtschaftsgebiete umfassen. Die stetige Entwickelung des Tarifwesens im Steinsetzgewerbe hat dazu geführt, daß im Jahre 1912 die Verhandlungen zur Anbahnung eines Reichstarifs, die schon seit Jahren geführt worden sind, zu einem gewissen Abschluß gelangt sind. Vermerkt muß werden, daß es hier die Arbeiter gewesen sind, die zuerst und zwar schon vor 12 Jahren, den Gedanken des Reichstarifs aufgeworfen haben. Der Verbandstag hat dem beiderseitig vereinbarten Vertrage gegen eine kleine Minderheit zugestimmt.

Zwei statistische Erhebungen über den Stand des sanitären Arbeiterschutzes in den Jahren 1910 und 1912 beweisen, daß in dieser Hinsicht noch mancherlei zu wünschen übrig ist — aber auch, daß der Stand des Arbeiterschutzes durchweg da am besten ist, wo es auch um die Organisation am besten bestellt ist. Eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Bereiche des gesamten Verbandes, die auch die Regiebetriebe umfaßt, beweist, daß mit ganz vereinzelten Ausnahmen die Regiebetriebe noch immer hinter den meisten Privatbetrieben zurückstehen und daher immer noch nur als „Musterbetriebe" wie sie nicht sein sollen, ausgesprochen werden können.

Die Finanzlage des Verbandes hat sich in vorzüglicher Weise gehoben. Das gesamte Vermögen des Verbandes belief sich am Jahresschluß auf 356 351 M. Verausgabt wurde u. a. für Streiks 48 885 M., Gemaßregeltenunterstützung 1927 M., Fachorgan mit fachtechnischer Beilage „Die Straße" (die bei den Mitgliedern sich einer großen Beliebtheit erfreut) 21 000 M., Agitation 47 570 M., Reiseunterstützung 2098 M., Notfallunterstützung 4366 M., Rechtsschutz und Gerichtskosten 2819 M., Krankenunterstützung 21 807 M., Sterbeunterstützung 11 950 M.

Ein neues Heim der Bielefelder Metallarbeiter.

Die Verwaltungsstelle Bielefeld des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat vor einiger Zeit ihr neues Heim, „die Eisenhütte", dem öffentlichen Verkehr übergeben. Die Bielefelder Verwaltungsstelle der Metallarbeiter zählt gegenwärtig 8500 Mitglieder. Von den ca. 18 000 im Gewerkschaftskartell vereinigten organisierten Arbeitern stellt sie allein ungefähr fünfzig Prozent. Ihre Entwickelung ist mit Riesenschritten vorwärts gegangen. Im Jahre 1902 kaum 1000, heute 8500 Mitglieder, von dem einen Gedanken der Zusammengehörigkeit und Solidarität beseelt. Die Bureauräume waren bis zum Jahre 1906 in einem Mietshause untergebracht, doch erforderte die immer steigende Mitgliederziffer eine Vergrößerung, die dadurch erzielt wurde, daß ein in der Marktstraße gelegenes Haus erstanden und entsprechend eingerichtet wurde. Auch diese Räumlichkeiten konnten den gesteigerten Anforderungen nicht standhalten und so entschloß sich die Verwaltung im Jahre 1912, einen Neubau zu errichten. Dieser Bau ist jetzt fertiggestellt, und es darf von ihm behauptet werden, daß er in bezug auf Schönheit der Linienführung und inneren Ausgestaltung jedenfalls eines der schönsten Gebäude darstellt, welches von Arbeitern für Arbeiter errichtet wurde.

Die Tuffsteinfassade macht in ihrer Länge von nahezu 29 Metern und ihrer ruhigen Durchführung einen geradezu imposanten Eindruck. An den etwas hervortretenden Pfeilern des Erdgeschosses sind rechts und links in künstlerischer Ausführung verschiedene Embleme plastisch herausgearbeitet, die auf die verschiedenen Berufe der Metallarbeiter hinweisen. Die übrigen vier Pfeiler versinnbildlichen die Solidarität der Arbeiterschaft, Frohsinn und Unterhaltung, das eifrige Streben nach Wissen und Erkenntnis und schließlich den Kampf der Arbeiterschaft im allgemeinen.

Die im Erdgeschoß befindlichen Räume dienen Restaurations- und Versammlungszwecken. Im ersten Stockwerk befinden sich die Geschäftsräume des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Hohe Glasschalter gestatten den mit der Auszahlung der Unterstützung und Abfertigung der Arbeitslosen betrauten Beamten ein ungestörtes und sicheres Arbeiten.

Im zweiten Stockwerk sind die Bureaus des Verbandes der Brauereiarbeiter, des Textilarbeiter-Verbandes, des Handlungsgehilfen-Verbandes, sowie des Arbeiter- und Gewerkschaftssekretariats untergebracht. Die Zentral-Arbeiterbibliothek mit angrenzendem Lesezimmer und das a. 150 Personen fassende Jugendheim befinden sich ebenfalls hier. Im Dachgeschoß sind zwei Wohnungen für den Wirt und den Hausmeister, sowie einige andere Zimmer eingerichtet. In jedem Stockwerk stehen Sitzungszimmer für die einzelnen Korporationen zur Verfügung.

Alles in allem hat Herr Architekt Alwin Hans ein Kunstwerk von hohem architektonischen Wert geschaffen.

Stukkateure und Putzer! In Schlawe in Pommern stehen die Bauarbeiter im Streik. — Von den Unternehmern wird nun versucht, die Putzarbeit von Stukkateuren und Putzern fertigstellen zu lassen. Wir warnen hiermit unsere Kollegen davor, Arbeitsangebote nach Schlawe anzunehmen, da die nach dort Angeworbenen nur als Verräter an ihren Klassengenossen dienen sollen.

Die Sektionsleitung. J. A.: August Dieterich.

Der Streik in Oberschlesien dauert unverändert fort. Die Polnische Berufsvereinigung hielt dieser Tage 21 Versammlungen ab. Die Versammlungen waren meistens unter freiem Himmel und jede von über 2000 Personen besucht. Ueberall wurde beschlossen, weiter im Ausstand zu bleiben, und besonders die in den Maschinenbetrieben Beschäftigten wurden aufgefordert, mitzustreiken. Auch kommen täglich neue Meldungen, daß Maschinisten in den Streik treten. Die Zahl der streikenden Maschinisten soll 3200 betragen. In den Huldschinskyschen Werken und in der Oberschlesischen Eisenindustrie, Ober- und Unterwerk, sind in einigen Abteilungen Feierschichten wegen Kohlenmangel eingelegt worden. Die Streikbewegung wird immer stärker. Am Sonnabend sind auf Delbrückschacht in Makoschau 720 Mann von 833 nicht eingefahren. Auf Brandenburggrube streiken 84 Prozent, auf Wolfganggrube 57 Prozent, auf Graf Franzgrube 76 Prozent, auf Castellengrube 81 Prozent. In Kattowitz ist heute die Zahl der Streikenden um 4—500 Mann größer. Auf der Concordiagrube fehlten 378 Mann. Die Kaufleute sammeln für die Streikenden. Es sollen schon größere Beträge zusammengekommen sein.

Je ruhiger die Bergleute den Kampf durchführen, desto mehr Schutzleute werden nach Oberschlesien geschickt. Aus Danzig, Hamburg, Breslau sind wiederum Schutzleute in Kattowitz eingetroffen.

Der Streik in der Höcherlbrauerei zu Culm in Westpreußen dauert unverändert fort. Alle Bemühungen der Streikleitung, mit der Direktion zu verhandeln, scheiterten. Auch eine Kommission der Arbeiter wurde abgewiesen. Die Direktion verlangt, daß jeder einzelne Arbeiter bei ihr um Wiedereinstellung bittet. Das lehnen die Arbeiter natürlich ab. Am Sonntag, den 27. April, kam ein Streikbrecheragent mit 24 Mann aus Hamburg. Als diese Nachricht im Orte bekannt wurde, war eine Völkerwanderung nach dem Bahnhof zu beobachten. Diese Streikbrecher, die von Polizei und Gendarmerie in Empfang genommen wurden, empörten die Bevölkerung, besonders auch die Frauen. Es kam zu einigen Zusammenstößen; schließlich wurde sogar Militär zum Schutze der lieben Arbeitswilligen mobil gemacht. Bedenkt man, daß die Brauerei diesen Arbeitswilligen 27 M. pro Woche und freie Verpflegung gewährt, so ist es unverständlich, daß sie den streikenden Arbeitern nicht einmal 20 M. bewilligen will. — Zuzug ist von Culm fernzuhalten.

Letzte Nachrichten.

Die Friedensverhandlungen.

London, 29. April. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau erfährt: Mit Rücksicht auf die in Balkankreisen geäußerte Befürchtung, daß die Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen zwischen den Verbündeten und der Türkei eine Verzögerung erleiden werde, sind gegenwärtig zwischen den Regierungen der Großmächte Verhandlungen im Gange, um die Friedensgrundlagen vorzubereiten, die dann der Billigung der Kriegführenden unterbreite werden sollen.

Desavouierung Essad Paschas.

Konstantinopel, 29. April. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Amtliche, der Pforte nahestehende Kreise erklären, keine Kenntnis von dem Schritt Essad Paschas zu haben, den sie offen mißbilligten. Die Pforte hat an ihre Botschafter ein Zirkularschreiben gerichtet, in welchem sie in aller Form die Gerüchte dementiert, daß Essad Pascha in Uebereinstimmung mit der türkischen Regierung gehandelt habe und erklärt, daß sie sein Vorgehen lebhaft tadele.

Gefährliche Marschleistungen.

Straßburg i. E., 29. April. (W. T. B.) Ueber den Ausgang eines heute vom Infanterieregiment Nr. 132 unternommenen Uebungsmarsches Straßburg-Wanzenau-Hoerdt und zurück (45 Kilometer) waren heute in der Stadt übertriebene Gerüchte verbreitet. Danach sollten über 100 Mann auf der letzten Marschstrecke innerhalb der Stadt marschunfähig geworden sein. Man sprach sogar von acht Toten. Tatsächlich sind einige 40 Mann infolge der großen Hitze schlapp geworden, von denen mehrere, wie verlautet, wegen Hitzschlagverdachts in das Lazarett eingeliefert wurden. Zu bemerken ist, daß die Leute gegen Mittag in Biwakstellung abgekocht hatten.

Wie Deutschenhetzen entstehen.

Stuttgart, 29. April. (W. T. B.) Die „Württemberger Zeitung" meldet aus Paris: Vor der neunten Strafkammer hatte sich heute der an der Pariser Universität immatrikulierte deutsche Student Karl Haag aus Stuttgart zu verantworten, dem zur Last gelegt wurde, in der Nacht vom 25. auf den 26. April in einem Boulevard-Café beleidigende Aeußerungen über Frankreich getan und dadurch eine allgemeine Prügelei veranlaßt zu haben. Besonders streng wurde ihm vorgehalten, daß er gesagt habe: Von Euch niederträchtigen Franzosen stecke ich sechs auf mein Bajonett und röste sie lebendig. Obgleich Haag sich mit Trunkenheit, die auch von Augenzeugen bestätigt wurde, entschuldigte, hielt das Gericht es für angemessen, ihn zu zwei Monaten Gefängnis und 100 Francs Geldstrafe zu verurteilen.

Die genasführte Polizei in Indochina.

Paris, 29. April. (W. T. B.) Zu dem Bombenanschlag von Hanoi wird gemeldet, daß der Kolonialminister den Oberresidenten von Annam, Mahe, welcher die Ausgrabungen im Grabtempel des Kaisers Tüdük angeordnet und dadurch unter den Eingeborenen Erbitterung hervorgerufen habe, abberufen hat. Als bemerkenswert wird weiter berichtet, daß die französische Polizei in Indochina, welche über zahlreiche eingeborene Angeber verfügt, über das von langer Hand vorbereitete Komplott nicht unterrichtet war. Es scheint, daß die Angeber für die Sache der Verschwörer gewonnen sind.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Zum Landtagswahlkampf.

Bodenwucher in Preußen.

Riesenhafte Mehreinnahmen, Steigerung der Grundstückspreise und Wachsen der Hypothekenlasten, das ist das Resultat unserer Junkerpolitik. Angeblich um einen Notstand der Landwirtschaft zu mildern, schanzen sich die Junker bei allen möglichen Gelegenheiten Liebesgaben auf Kosten der Allgemeinheit zu. Die Mehreinnahmen erlauben dann eine Steigerung der Bodenpreise. Die Beutepolitiker verkaufen die vaterländische Scholle, sacken Riesengewinne ein. Der nächste Besitzer muß ein größeres Anlagekapital verzinsen, die Hypothekenlasten wachsen, die Not der Landwirtschaft ist dauernd. Nach einer Berechnung von Walter Rotkegel stiegen in dem Zeitraum von 1895 bis 1909 die Preise der Güter in der Größe

bis 20 Hektar	um	11—13 Prozent
von 20 „ 100 „	„	23 „
über 100 „	„	34—36 „

Noch viel tollere Preissteigerungen, bei denen die Junker viele Millionen „verdienten", kommen in den Käufen der Königlichen Ansiedelungskommission für Westpreußen zum Ausdruck. Die von der Kommission erworbenen Güter kosteten:

	insgesamt M.	pro Hektar M.
1886	4 835 846	601
1896	1 934 610	673
1906	7 446 482	1 257
1909	18 044 564	1 324
1910	10 627 769	**1 349**

Seit 1886 — bis 1910 — hat die Ansiedelungskommission für insgesamt **262 265 377 M.** Güter erworben. Den Durchschnittspreis, der 1886 erst 601 M. betrug — 1888 sogar nur 589 M. —, hat das planmäßige Hinauftreiben der Preise durch die patriotischen Junker auf einen Durchschnittssatz von **994 M.** pro Hektar für das gesamte in den 25 Jahren erworbene Terrain hinaufgetrieben. Unter dem Deckmantel der Stärkung des Deutschtums im Osten machen die Junker genau solche patriotischen Geschäfte wie die Panzerplattennationalen mit dem Rüstungsrummel.

Die agrarische Politik kann natürlich zu keiner „Entschuldung der Landwirtschaft" führen, sie läßt die Hypotheken immer mehr anwachsen. Die Mehreintragungen waren größer als die Löschungen:

im Jahre	1903	um 396	Millionen Mark
„ „	1904	„ 407	„ „
„ „	1905	„ 460	„ „
„ „	1906	„ 515	„ „
„ „	1907	„ 556	„ „
„ „	1908	„ 584	„ „
„ „	1909	„ **640**	„ „

Wenn die Liebesgabenpolitiker eine ordentliche Steigerung der Bodenpreise durchgesetzt haben, dann verkloppen sie die „heimatliche" Scholle und der nächste Besitzer kämpft wieder für neue Liebesgaben zur „Erhaltung der nationalen Landwirtschaft". Allein im Jahre 1909 wechselten 65 924 Güter oder Teile davon den Besitzer — nur in Preußen! Bei 6459 Besitzveränderungen war das Terrain über 20 Hektar groß. Es gibt keine gemeinere und frechere Plünderung des Volkes als durch die Junkersippe, die mit dem Dreiklassenwahlrecht ihre Herrschaft dauernd zu erhalten sucht.

Von den Verschrobenheiten des Dreiklassenwahlrechts.

Die Wahlbezirke für die Wahl der Wahlmänner zur preußischen Landtagswahl werden bekanntlich nach der „Seelenzahl" gebildet. Bei Feststellung der Seelenzahl werden natürlich auch die Nichtwahlberechtigten mitgezählt. Auf je 250 Seelen muß ein Wahlmann kommen, ganz gleich, ob unter diesen Seelen viele oder wenige Wahlberechtigte sind. Die wenigen Wahlberechtigten, die in Bezirken mit einer großen Zahl Nichtwahlberechtigter wohnen, erlangen hierdurch eine Verstärkung ihres Wahlrechts. In Frankfurt a. M. ist bei der diesmaligen Wahl ein Bezirk gebildet, der 1717 Seelen zählt, aber nur 47 Wähler aufweist. Es ist der Bezirk, in dem das städtische Krankenhaus liegt. Außer dem Krankenhause gehören noch acht Häuser, durchweg mit wenigen Einwohnern zu dem Bezirk. Diese 47 Wähler wählen in drei Klassen sechs Wahlmänner. Wie man das Dreiklassenwahlrecht betrachtet, immer ist es vollendeter Unsinn.

Eisenbahner und Landtagswahlen.

Die bevorstehenden Landtagswahlen wecken überall von neuem den Ingrimm des Proletariats über ein Wahlrecht, dessen Nichtswürdigkeit zu kennzeichnen beinahe Wortverschwendung wäre. Keine Arbeitergruppe hat aber wohl mehr Ursache als die Eisenbahner, den schimpflichen Terrorismus zu verwünschen, der mit dem elendesten aller Wahlsysteme unlöslich verbunden ist. Die Eisenbahner sind bei diesen Wahlen dazu auserkoren, die Schutztruppe der „Ordnungsparteien" zu bilden und durch die Wahl eines staatserhaltenden Wahlmannes noch der Regierung dafür zu danken, daß diese sie ihrer gesetzlichen Rechte beraubt hat und sie ungenügend entlohnt.

Die Regierung weiß sehr wohl, was sie bei den öffentlichen Wahlen an den Eisenbahnbediensteten hat und mit einer erfrischenden Naivität ist ihnen die Abhängigkeit, in der sie die Oeffentlichkeit der Abstimmung hält, durch jenen Ministererlaß vom 13. Februar 1894 zu Gemüte geführt worden, der ausdrücklich bestimmte, daß nur bei den genau kontrollierbaren Landtagswahlen für die versäumte Arbeitszeit eine Lohnvergütung gewährt werden solle, daß aber für die Reichstagswahlen mit geheimer Abstimmung zum Erlaß einer solchen Anordnung kein Bedürfnis bestehe.

Dieser Erlaß soll ja nun später geändert worden sein; geblieben und verschärft worden ist aber der wirtschaftliche Zwang im Eisenbahnbetriebe, an den hier unter Hervorhebung der wichtigsten Daten erinnert werden soll. Als Mitte der neunziger Jahre auch die Eisenbahner sich gewerkschaftlich zu organisieren suchten, griff sofort die Eisenbahnbehörde mit einer vom 14. Juni 1897 datierten Verfügung ein, die sämtlichen Angestellten und Arbeitern im Betriebe der Staatseisenbahnverwaltung die Mitgliedschaft im Verbande der Eisenbahner Deutschlands verbot mit der Androhung, daß jede Zuwiderhandlung gegen diese Androhung sowie jede Unterstützung der Bestrebungen des Verbandes, die auch in dem Halten des „Weckrufs der Eisenbahner" zu sehen sei, unnachsichtlich Entlassung im Kündigungswege zur Folge haben werde.

Die Eisenbahnbehörde machte sich bei dieser Gelegenheit den Scherz, zu betonen, daß das Verbot im „wohlverstandenen Interesse" der Angestellten und Arbeiter verfügt worden sei. Sollte diese Begründung überhaupt einen Sinn haben, dann konnte es nur der sein, daß die Behörde als Arbeitgeber freiwillig ihren Untergebenen die Vorteile zukommen lassen werde, die organisierte Arbeiter sich mit Hilfe ihrer Organisation zu erringen suchen. Prüfen wir an der Hand der Tatsachen, auf welche Weise dies geschehen ist.

Zunächst machte der Eisenbahnminister — Thielen hieß er damals — sich durch eine große nationale Tat einen Namen. Er gab im Mai 1898 einen Erlaß heraus, wonach bei den im Eisenbahnbetriebe notwendigen Arbeiten deutsche Arbeiter bevorzugt? — ei, bewahre! — wonach deutsche Arbeiter im Gegenteil nach Möglichkeit nicht beschäftigt werden sollten. Die wesentliche Stelle dieses, den Agrariern zuliebe kundgegebenen Aktenstückes lautet:

„Zur Milderung des in der Landwirtschaft herrschenden Arbeitermangels würde es beitragen, wenn zu den Eisenbahnneubauten, bei denen die Arbeitsgelegenheit naturgemäß nur eine vorübergehende ist, wenigstens in gewissen Landesteilen in größerem Umfange als bisher ausländische Arbeiter herangezogen werden könnten."

Natürlich nutzten die unteren Regierungsorgane in ihrer Junkerfreundlichkeit diesen Erlaß sofort aus, und so ordnete der Landrat v. Hirschhausen durch öffentliche Bekanntgabe an, daß bei den im Kreise notwendigen Eisenbahnneubauten ortsansässige Arbeiter nicht angenommen würden.

Handelt es sich bei dem hier erwähnten Erlaß des Eisenbahnministers im allgemeinen um eine drastische Art des Schutzes der deutschen Arbeit in Stadt und Land, so sorgte Herr Thielen in einer weiteren Kundgebung an die Eisenbahndirektionen, die vom 4. März 1899 datiert war, dafür, daß den Eisenbahnangestellten beileibe nicht durch Gewährung von zu viel freier Zeit Gelegenheit zum Nachdenken über ihre Lage gegeben werde. Der Erlaß bezweckte „die wirtschaftliche Regelung des Dienstes des Betriebspersonals" und gab Anweisung, wie für den Fall, daß ein Dienst ohne Ueberanstrengung nicht mehr geleistet werden könne, die notwendige Diensterleichterung nicht ohne weiteres durch Herabsetzung der Dauer der Dienstschicht herbeigeführt zu werden brauche. Im Gegenteil. Es stehe „nichts entgegen, des Nachts längere Dienstschichten einzulegen". „Hierdurch wird auch die Möglichkeit geboten, den Dienst, wie dies von einer königlichen Eisenbahndirektion in Anregung gebracht worden ist, an den Wechseltagen ohne Einstellung von Ablösern in der Weise zu regeln, daß beim Dienstwechsel ein beispielsweise sonst achtstündiger Dienst auf zehn oder zwölf Stunden verlängert wird."

Diese Anordnung, die entsprechend abgeändert auch für weitere Dienstzweige erlassen wurde, erregte besonders um deswillen Befremden, weil zu jener Zeit sich mehrere Eisenbahnunfälle ereignet hatten, deren Ursache mit hoher Wahrscheinlichkeit auf eine Ueberbürdung des Personals zurückzuführen war. Natürlich stellten die sozialdemokratischen Abgeordneten die Ausbeuterpolitik im preußischen Eisenbahnbetriebe gebührend an den Pranger. U. a. geschah dies in der Reichstagssitzung vom 12. März 1901. Ein höherer Eisenbahnbeamter quälte sich daraufhin vom Bundesratstisch aus um den Nachweis, daß gerade in den späteren Dienststunden des Betriebspersonals am wenigsten Unfälle sich ereigneten.

Mittlerweile mühte sich der Eisenbahnminister weiter um die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Untergebenen. Ein Erlaß vom Sommer 1901 verfügte, daß zur Verminderung der Betriebsausgaben der preußischen Eisenbahnen das Personal verringert werden müsse, und daß sei es durch Lohnreduktion, durch Einführung des Stücklohnes anstelle des Tage- und Stundenlohnes oder durch Ersetzung männlicher Arbeitskräfte durch billigere weibliche ebenfalls gespart werden müsse.

Die sozialdemokratische Presse, die wie die vorhergehenden Dokumente, so auch diesen Erlaß dem Urteil der Oeffentlichkeit preisgab, nahm natürlich wiederum pflichtgemäß die Interessen der bedrängten Eisenbahnarbeiter wahr. Dafür wurde ihr in einer offiziösen Kundgebung vom 23. September 1901 die folgende volkswirtschaftliche Weisheit entgegen gehalten:

Kleines Feuilleton.

Feste Justav, Deutschlands Eiche! Das Profil Erich Schmidts, des Berliner Literaturprofessors, hat für dieses Semester abgesagt. Vertreter: Roethe, Gustav. Professor und Damenfresser. Da das Kolleg Schmidts den Anschein eines Mädchenpensionats hatte, so fragt sich, was tut der andere mit den Jungfrauen. Wird er sie hinauswerfen oder wird er sie nicht hinauswerfen? Dies die große Frage.

In diesem Falle ist nichts verloren. Beide Professores sind keine Leuchten, sondern Nachtlichter, und ob die jungen Damen, — die weniger Studentinnen sind als eben . . . junge Damen, — den Zuckerseim des einen und den Bierbaß des anderen genießen, kann uns gleich sein.

Was uns aber nicht gleich sein kann, ist, daß es im Belieben des einzelnen Universitätsprofessors steht, Damen zum Kolleg zuzulassen. Der Professor wird vom Staat bezahlt und hat seine Arbeit zu leisten. Wer da im Auditorium sitzt, hat ihn nicht zu kümmern, denn alle seine Zuhörer sind von der Universität ausdrücklich zugelassen. Niemand ist von der Straße hereingelaufen, er kann sich also nicht beschweren, vor Laien lesen zu müssen.

Frauen sind zum Studium zugelassen. Wenn man sie aber zuläßt, wenn man ihnen das Geld abnimmt, dann sorge man dafür, daß bezahlte Lehrkräfte das tun, wofür sie ihr Geld bekommen.

Die Damen und Mädchen aber sollte man nicht so lange warten lassen, bis auch Roethe, Gustav den Zug der Zeit begriffen hat. Denn das dauert bei dieser Sorte immer ein bißchen lange.

Die neue französische Polarexpedition. Noch in diesem Sommer soll eine Polarexpedition Frankreich verlassen, die unter der Führung von Julius v. Payer, dem Sohn des berühmten Polarforschers, stehen und von der französischen Regierung und verschiedenen Gesellschaften unterstützt werden wird. Das Ziel ist Franz-Joseph-Land, dessen Entdeckung Julius v. Payer dem Aelteren zu danken ist. Die neue Expedition will insbesondere den Rand des Polarbeckens im Nordosten von Franz-Joseph-Land erkunden und dann genauere Ermittelungen über die Ausdehnung dieses Becken und den Kontinentalsockel in diesem Teil des arktischen Meeres erzielen. Ein Besuch des Nordpols wird nicht mit Bestimmtheit geplant, gilt aber als Nebenzweck. Drahtlose Telegraphie und zwei Aeroplane werden den Forschern zur Verfügung stehen.

Der Baukünstler des Bierpalastes. Gabriel Seidl, der am Sonntag gestorbene Münchner Architekt, ist, wie alle seine Zeitgenossen, aus der Schule der historischen Stile hervorgegangen. Die Renaissance war der eigentliche Nährboden seiner architektonischen Phantasie, aber er hat sich aus allem angeeignet, was ihm brauchbar erschien. Er war also, wenn man will, ein Eklektiker. Aber seine ganze Baukunst atmet eine so natürliche Gesundheit, Heiterkeit, Formen- und Lebensfreude, sie geht so instinktiv auf das Zweckmäßige zu und versteht die Baumassen so genial zu organisieren, daß seine Schöpfungen einen reinen Genuß bereiten. Die Bewegung unserer Architektur, die auf die deutsche Renaissance zurückgriff, setzte anfangs der siebziger Jahre ein. Die Münchner deutsche Kunstgewerbe-Ausstellung von 1876 stellt ihren Markstein dar. Der damals noch nicht dreißigjährige Seidl erschien dort mit einer Inneneinrichtung, einem „deutschen Zimmer", das im Renaissancestil gehalten war. Er war selbst so etwas wie eine deutsche Renaissancenatur, unerschöpflich reich an Erfindung, von heiterer Lebensfreude erfüllt und beherrscht von einer natürlichen und unbändigen Lust, alles zu beleben und künstlerisch zu bewegen. Diese Eigenschaften befähigten ihn, einer der Führer der neuen Münchener Baukunst zu werden. Neu-München und Gabriel Seidl sind untrennlich miteinander verbunden. Seidl schuf das als Baugruppe außerordentlich geschickt angelegte Künstlerhaus und schließlich das riesige Nationalmuseum, und er war der Schöpfer jener modernen Münchener Keller, die im Leben der Isarstadt eine so erhebliche Rolle spielen! Er hat als erster jene großen Wirtsräume zu schaffen verstanden, die der moderne Bierpalastbetrieb brauchte. Durch die geschickteste Raumeinteilung, durch die glänzende Verwendung von Farbe und Ornament verstand er, diese Räume so fein und so behaglich zu gliedern, daß ein ganz neuer, moderner Wirtshaustypus sich daraus bildete.

Die gemeingefährlichen Wolkenkratzer. Nach stadtamtlicher Zählung giebt es im Innern der Stadt New York, auf der Insel Manhattan nämlich, gegenwärtig neun Häuser mit mehr als dreißig Stockwerken, sechzig, die über zwanzig Geschosse zählen, und 1160 von mehr als zehn Stockwerken. Ein Mitglied des Ausschusses erklärt hierzu in dem amtlichen Berichte, daß diese als feuersicher bezeichneten Bauwerke mit ihren Treppen und Aufzugschächten als wahre Feuerherde zu betrachten seien, die nur auf das Streichholz warten, um in Flammen aufzugehen, so sehr sind ihre Räume mit brennbaren Stoffen vollgepfropft! Diese Teufelsösen dankt die Bevölkerung von New York der Profitgier des Bodenkapitals. Die Wolkenkratzer sind eine Wirkung der dauernd steigenden riesigen Grundstückspreise. Preise von sieben- bis zehntausend Mark für den Quadratfuß sind in den Hauptgeschäftsgebieten New Yorks keine Seltenheit; die Preise gehen sogar noch darüber hinaus. So treibt der Bodenwucher die Technik zu ihren Luftbauten, die mit 55 Stockwerken bereits bis zu 280 Meter aufwärts gelangt sind.

Ein französisches Weiberdorf. In der Gemeinde Froissy im Departement Oise übertrifft die Zahl der Frauen die der Männer so sehr, daß hier fast alle Aemter in den Händen von Frauen liegen, vom Stadtsekretär bis hinab zum Briefträger. Die Inhaberin des Postamtes von Froissy beschäftigt drei Telegraphistinnen; Briefträger ist ein junges Mädchen. Dasselbe Bild begegnet dem Besucher am Bahnhof, auch hier ist das Amt des Stationsvorstehers in den Händen einer Frau, die dabei zugleich als Billettverkäuferin und als Bahnsteigschaffnerin tätig ist. Eine andere Frau wirkt als Feldhüterin, und sogar die Pflichten des Standesamtes sind in diesem französischen Weiberdorfe einer Frau übertragen, die nach altem Brauche an Heiratstagen mit der Trommel durch die Straßen des Dorfes zieht und an jeder Ecke die neue Eheschließung verliest. Vor kurzem wurde auch ein neuer Stadtrat gewählt, dessen Mitglieder nur aus Frauen bestanden hätte, wenn der Präfekt die Wahl nicht auf Grund der bestehenden Gesetze als ungültig erklärt hätte. Die Männer des Dorfes sind mit der Tätigkeit ihrer Frauen sehr zufrieden, wenn auch hin und wieder kleine Reibereien nicht ausbleiben. So protestierten sie einmal gegen die Frau, die in dem Dorfe das Rasiermesser handhabt; aber als man daraufhin einen Gesellen anstellte, der die Herren der Schöpfung mehr schnitt als rasierte, opferte man alle Vorurteile und ließ sich künftig wieder von der „Friseuse" von Froissy rasieren und den Bart scheren.

Humor und Satire.

Der Pascha von Januschau mit dem Roßschweif. Herr v. Oldenburg-Januschau hat jüngst in einer Wählerversammlung erzählt, er habe seinerzeit Bülow zur Reichstagsauflösung mit den Worten gratuliert: „Wenn der Preuße einen Ruck in die Kandare kriegt, dann geht der Schwanz in die Höhe!" Als der Erfolg da war, habe Bülow gesagt: „Sie hatten recht, der Schwanz ist in die Höhe gegangen." In der „Jugend" wird dieses Wort folgendermaßen besungen, nach der Melodie: „Wenn der Bräutjam mit de Braut in de Wälder jeht . . ."

Wenn der Preuße eenen Ruck in de Kandare kriegt,
Und der Januschauer seine Mauldiarrhoe kriegt,
Ja! — Dann jeht der Köh (queue)
Mächtich in de Höh!
Und der Schwanz, der hinten mächtig in de Höhe jeht,
Zeigt am besten, ob der Kopp de rechten Weje jeht:
Stramm durch dinn und dick,
Det is hechster Schick,
Det is Oldenburger Ferde-Politik!

Wenn der Preuße aber stutzt und jar de Ohren spitzt,
Denn nur feste uff de Weste mit de Sporenspitz'
Und 'n Ruck durchs Maul!
Dann pariert der Jaul!
Und dann wird och eenem Dämelack, wie Bielow war,
Mit der Zeit sojar der richtje Ferde-Standpunkt klar,
Und er sagt am End:
„Donnerjappement,
Dieser Oldenburjer Schwanztrick is patent!"

Notizen.

— Eine Meistersinger-Aufführung ohne Eintrittspreise, die der ganzen Form nach als Volksvorstellung gedacht ist, veranstaltet das Magdeburger Stadttheater. Diese Wagner-Ehrung wird sich sehr vorteilhaft von dem großen Trubel der übrigen Feiern abheben. Sie sollte vorbildlich wirken.

— Das Frankfurter Heine-Denkmal, das in den Friedberger Anlagen auf städtischem Grunde stehen soll, wird, wie gestern entschieden wurde, ein Werk des Berliner Bildhauers Georg Kolbe sein.

— Papyrus-Forschung. Der Plan, ein wissenschaftliches Wörterbuch zu den Papyrus-Urkunden zu schaffen, wird verwirklicht werden. Wissenschaftliche Körperschaften in Heidelberg und Straßburg haben ihn im Verein mit privater Hilfe durch größere Geldspenden gesichert.

— Neuer Sprengstoff. Professor d'Arsonval in Paris teilte in einem Vortrage über flüssige Gase mit, daß es ihm gelungen sei, einen neuen Sprengstoff herzustellen, indem er Ruß mit flüssigem Gas durchtränkte. Die Sprengkraft dieses Stoffes, mit dem jüngst in einem Steinbruch Versuche vorgenommen wurden, übertreffe die des Dynamits um das Zehnfache.

— Ausgrabungen in Mesopotamien. Die Oppenheimsche Expedition in Zentral-Mesopotamien hat die Ausgrabung des Tell Halaf, dieses für die noch wenig bekannte hettitische Kulturperiode wichtigen Ruinenhügels, erfolgreich fortgesetzt. Ein neuer Palast von riesigen Dimensionen wurde bloßgelegt. Der Innenhof allein mißt über 30 Meter im Geviert und ist von mehreren Zimmerreihen umgeben. In einem gewaltigen zähfesten Lehmziegelmassiv, das aufgebrochen wurde, fand man große Frauenstatuen aus Basalt.

„Die Aufrechterhaltung durch die gesamte wirtschaftliche Lage nicht mehr berechtigter hoher Arbeitslöhne für eine geringe Zahl von Arbeitern auf Kosten der Allgemeinheit würde für die Mehrzahl der Arbeiter die Verlängerung eines wirtschaftlichen Zustandes bedeuten, bei dem Arbeitsgelegenheit und Arbeitsverdienst sich stetig mindern müssen."

Im Sommer 1902 machte Herr Thielen seinem Nachfolger Budde Platz. Eine bittere Enttäuschung überkam den Teil der Eisenbahnarbeiter, der von dem Ministerwechsel auch einen Systemwechsel erhofft hatte. Nicht nur, daß der Kampf gegen die Organisationsbestrebungen unentwegt weiterging, wurde dieser Kampf auch vom politischen und gewerkschaftlichen auf das genossenschaftliche Gebiet übertragen. Ein neuer Erlaß legte den Angestellten nahe, von der Beteiligung an Konsumvereinen die Hand zu lassen. Mit dieser Maßnahme sollte den Innungsbrüdern und Mittelstandsretttern eine Freude bereitet werden, doch wirkte die Drangsalierung derart verbitternd, daß selbst die hochkonservative „Kreuzzeitung" am 25. Juli 1904 meinte, sie könne sich nicht damit befreunden, daß die Beamten, die doch auch zum Mittelstande gehörten, plötzlich nicht mehr das Recht haben sollten, „sich ebenso zum gemeinschaftlichen Einkauf ihrer Lebensbedürfnisse zu organisieren, wie die Detaillisten sich zum gemeinsamen Einkauf ihrer Waren organisieren".

Die weitere Sozialpolitik des preußischen Eisenbahnministeriums bestand darin, daß in der hier gekennzeichneten Weise die Freiheit der Eisenbahner immer mehr unterbunden wurde. Neue Erlasse kamen, die sich abermals gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, gegen die Beteiligung an Konsumvereinen, gegen die Mitgliedschaft an als ordnungsfeindlich markierten Organisationen richteten. Daß diese Maßnahmen die Gesinnung der Beamten im staatstreuen Sinne geändert hätten, werden die Interessenten der heutigen Ordnung um so weniger behaupten wollen, als erwiesen ist, daß die Lohnverhältnisse der Eisenbahner in Preußen um ein gutes Stück schlechter sind, als in anderen deutschen Staaten.

Während 1911 in Württemberg die Bahnunterhaltungsarbeiter 1037 M., die Arbeiter im Abfertigungsdienst 1401 M. und die Arbeiter im Werkstättendienst 1607 M. Jahresarbeitsverdienst hatten, stellte sich dieser Verdienst bei den in Betracht kommenden Arbeiterkategorien in Preußen nur auf 853, 1285 und 1407 M.

Unter Würdigung der hier wieder in Erinnerung gebrachten Tatsachen, werden die Eisenbahner von neuem bei den Landtagswahlen zwangsweise die Sozialdemokratie niederzustimmen haben. Mit welchen Gefühlen die Unglücklichen an den Wahltisch treten, braucht hier nicht geschildert zu werden. Nur die Hoffnung bleibt, daß die bevorstehenden Wahlen die letzten sind, bei denen ein unhaltbares, verrottetes Wahlsystem Hunderttausende von Wählern zur Gesinnungsheuchelei verurteilt.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Eine Konferenz für den Wahlkreis Düsseldorf tagte am 27. April in Düsseldorf. Aus dem erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verein jetzt 7388 Mitglieder zählt, davon 1495 weibliche. Die Mitgliederzahl stieg im letzten Geschäftsjahre (9 Monate) um 272. — Zur Landtagswahl wurden von der Kreiskonferenz die Genossen Peter Berten, Redakteur, und Heinrich Jäker, Gewerkschaftsangestellter, einstimmig als Kandidaten für den Landtagswahlkreis Düsseldorf aufgestellt. — Ferner nahm die Kreiskonferenz Stellung zur Behandlung der Heeresvorlage im Reichstage und stimmte einer Resolution einmütig zu, in welcher der Reichstagsfraktion Anerkennung für ihre schneidige Bekämpfung der Heeresvorlage ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß die Fraktion auch scharfe Waffen zur Anwendung bringt, um die Vorlage zu Fall zu bringen, und dabei auch nicht vor der parlamentarischen Obstruktion zurückschreckt.

Im ersten sächsischen Wahlkreise (Zittau-Ostritz) stieg die Mitgliederzahl im letzten Geschäftsjahre von 1877 auf 1949. Darunter befinden sich 155 Genossinnen. 1570 Genossen und Genossinnen sind auch gewerkschaftlich organisiert. In 32 Orten gibt es 95 sozialdemokratische Gemeindevertreter. Ein Bildungsausschuß besteht seit längerem für den Kreis, und ein Kreisjugendausschuß wurde gegründet. Die Zahl der Leser der „Arbeiter-Jugend" stieg von 194 auf 262. Eine Zentralbibliothek, die neben einigen örtlichen besteht, wurde erweitert auf 1710 Bände.

Der zweite sächsische Reichstagswahlkreis (Löbau-Bernstadt) zählte am Schlusse des Geschäftsjahres 2238 Mitglieder; davon sind 161 weiblich. Die Zunahme beträgt 152 Mitglieder. Der Wahlkreis hat sechs Jugendausschüsse. Die Zahl der „Arbeiter-Jugend"-Abonnenten stieg von 250 auf 325. 79 sozialdemokratische Gemeinderatsmitglieder wirken im Kreise; 15 mehr als im Vorjahre. Die Bibliotheken wurden allenthalben erweitert. Zwei Unterrichtskurse wurden abgehalten.

An die Bildungsausschüsse

richtet der Zentralbildungsausschuß (Berlin SW. 68, Lindenstr. 3) hierdurch die dringende Bitte, die Fragebogen über die örtliche Bildungsarbeit umgehend an ihn einzusenden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der gepfändete Grabstein.

Der Nürnberger Rechtsanwalt und Zentrumsabgeordnete Graf Pestalozza fühlte sich durch einen Artikel der „Fränkischen Tagespost" in Nürnberg beleidigt und stellte gegen den verantwortlichen Redakteur Gen. Schneider Beleidigungsklage. In dem Artikel war geschildert, wie ein frommer Nürnberger Rechtsanwalt (der Name des Zentrumsgrafen war gar nicht genannt) einen Grabstein pfänden ließ und wie sich der Gerichtsvollzieher weigerte, die Pfändung durchzuführen. Es war ferner geschildert, wie sich der fromme Rechtsanwalt über den pietätvollen Gerichtsvollzieher beschwerte, jedoch in allen Instanzen abgewiesen wurde. An diesen Sachverhalt war eine Reihe Bemerkungen geknüpft, die als eine formale Beleidigung angesehen wurden. Genosse Schneider wurde deshalb zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Der Zentrumsgraf konnte aber nicht hindern, daß aktenmäßig festgestellt wurde, daß ein frommer Zentrumsanwalt alles daran setzt, um im Auftrage eines Gläubigers auf dem Kirchhof einen Grabstein zu pfänden.

Beleidigte Duellfexe.

Vom Chemnitzer Schöffengericht wurde der Verantwortliche der „Volksstimme" zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Die freie Studentenschaft der Technischen Hochschule in Dresden ist in einen Konflikt mit den korporierten Studenten geraten, der sogar zur Relegation des Vorsitzenden der Freien Studenten, des Grafen Wedel, führte. Letzterer sprach in einer Studentenversammlung, wo sich die korporierten derart benahmen, daß Wedel an das Sprichwort vom vielen Lachen erinnerte. Der Student Mühlig und zwei andere Studenten forderten Wedel auf Säbel, was dieser als prinzipieller Gegner des Duells ablehnte. Die „Volksstimme" gebrauchte nun in einer Notiz den Ausdruck „Bildungslümmel", worauf Mühlig klagte. Das Gericht kam zur Vermutung, daß es der „Volksstimme" nur darum zu tun gewesen sei, den Klassenhaß zu schüren!

Die Polizei pfeift auf das Gesetz.

Ueber das Dreiklassenrecht in Preußen wollten die polnischen Genossen in einer öffentlichen Versammlung ihre in Breslau wohnenden Landsleute in ihrer Muttersprache unterrichten. Nach § 12 des Reichsvereinsgesetzes ist der Gebrauch einer fremden Sprache nach Ausschreibung eines Wahltermins zu den gesetzgebenden Körperschaften überall gestattet, nur in Breslau nicht. Hier hatten die polnischen Genossen die Rechnung ohne die Polizei gemacht. Gleich nach Eröffnung der Versammlung verbot der überwachende Kommissar, polnisch zu sprechen. Er habe vom Präsidenten den Befehl, die Versammlung sofort aufzulösen, wenn auch nur ein Wort polnisch gesprochen werde.

Gegen das Verbot der polnischen Sprache wird natürlich Beschwerde eingelegt werden. Bevor diese aber erledigt ist, sind die Landtagswahlen längst vorüber. Aber schließlich ist das Vorgehen des Polizeipräsidenten auch nur ein Stück Agitationsarbeit, sehen die Polen doch daraus, wie es in Preußen mit „Recht und Gesetz" bestellt ist. Ein solcher Anschauungsunterricht tut im Wahlkampfe auch seine Dienste.

Vom Polizeikampfe gegen die Maifeier.

Die Arbeiterschaft von Mülheim am Rhein beabsichtigte zur Feier des ersten Mai einen Umzug durch die Straßen Mülheims. Das Kartell der Gewerkschaften wurde beauftragt, bei der Polizei die notwendige Genehmigung nachzusuchen. Jetzt langte beim Kartellvorsitzenden diese Antwort der Mülheimer Polizeiverwaltung ein:

Mülheim a. Rh., den 23. April 1913.

Auf das gefällige Schreiben vom 17. d. M. teile ich Ihnen mit, daß die Erlaubnis zu dem Umzug am 1. Mai aus folgenden Gründen versagt werden muß: Der 1. Mai fällt in diesem Jahre auf einen Feiertag (Christi Himmelfahrt) und ist deshalb bei dem geplanten Maiumzug eine besonders große Beteiligung unter Zuzug aus den benachbarten Orten zu erwarten. Unter Berücksichtigung der hier bestehenden politischen Gegensätze und des demonstrativen Charakters eines Maiumzuges ist dabei eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten — vgl. § 7 des Reichsvereinsgesetzes. gez. Dr. Löhe.

Die Mülheimer Arbeiterschaft wird alles tun, daß die polizeiliche Prophezeihung einer „besonders großen Beteiligung" eintreffe.

*

Von der Polizeibehörde des Thüringer Arbeiterstädtchens Schmalkalden ist das Maifest der organisierten Arbeiterschaft mit folgenden kleinlichen Einschränkungen genehmigt worden: „Es dürfen keine politischen Fragen besprochen werden, auch über die Landtagswahl darf nicht geredet werden. Ferner darf kein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht werden."

Raubbau an der Arbeitskraft.

Das Alter der Fabrikarbeiter.

Ueber das Alter der männlichen Fabrikarbeiter haben die preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten im vergangenen Jahre Erhebungen veranstaltet. Leider erfolgen sie nicht nach ganz einheitlichen Gesichtspunkten und es fehlen systematische Zusammenstellungen. Immerhin erlauben die Darstellungen, nach Industriegruppen in den einzelnen Aufsichtsbezirken, gewisse Rückschlüsse.

Im allgemeinen zeigt sich, daß die Altersklassen von 20 bis 40 Jahren den größten Anteil an der Gesamtzahl stellen; er schwankt, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, zwischen 50 bis 72 Prozent. Die höheren Altersklassen sind in der Textilindustrie verhältnismäßig am stärksten vertreten. Der Beamte von Aachen führt die Erscheinung darauf zurück, daß die Arbeit in den Tuchfabriken so leicht sei, daß sie „auch von älteren Leuten noch bequem geleistet werden kann" und andererseits die Eisengroß- und Maschinenindustrie mit ihrer flotten Beschäftigung die „Abwanderung junger kräftiger Leute" zur Folge hatte. Die Erklärung hat mindestens noch ein Manko. Sie muß ergänzt werden durch die Feststellung, daß die niedrige Entlohnung in der Textilindustrie zu der Abwanderung reizt, die älteren Leute von der Großindustrie aber nicht eingestellt werden. Diese verfügt über einen Stamm an die Scholle gefesselter Arbeiter. Werkswohnungen und Pensionskassen bilden den Knebel. Wie diese den Arbeiter wehrlos und unterwürfig machen, ist ja sattsam bekannt. Trotz der Hörigkeitsfesseln ist in der Großindustrie der Anteil der höheren Altersgruppen an der Gesamtarbeiterschaft gering. Die Wohlfahrtseinrichtungen sollen die Arbeiter an die Werke binden, diese selbst aber betreiben die Abstoßung von verbrauchten Kräften in ganz systematischer Weise. Das und ein verhältnismäßig niedriges Durchschnittsalter der Stahlarbeiter enthüllen die Darstellungen der königlichen Aufsichtbeamten. Wir geben zunächst eine Uebersicht, die das Alter der Arbeiter in den Bezirken Arnsberg, Düsseldorf und Oppeln veranschaulicht. Die in Betracht kommenden Werke der Großindustrie umfassen rund 163000 Arbeiter. Von je 100 der Beschäftigten gehören zu den Altersgruppen:

	Arnsberg	Düsseldorf	Oppeln
bis 20 Jahre	19,2	17,4	25,8
von 20—45 „	65,8	71,2	60,0
über 45 „	15,5	11,4	14,2
„ 55 „	5,8	2,7	8,8

Die Altersgruppen bis 45 Jahren stellen demnach 83 bis 90 Prozent der Gesamarbeiterschaft. Die älteren Personen sind wohl in der Hauptsache noch mit Arbeiten beschäftigt, die keine volle Arbeitskraft verlangen — Portiers, Wächter usw. — und niedriger entlohnt werden. Die Feststellungen sagen noch gar nichts über die Ursachen der typischen Erscheinungen. Wirklich wertvolles Material bedingt die Erweiterung der Untersuchung auf den Umfang des Arbeiterwechsels und über das Alter der Entlassenen. Zweifellos schiebt man in vielen Betrieben, in denen die Arbeitskraft schnell verbraucht wird, die Leute nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder ab, verjüngt planmäßig das Durchschnittsalter der Gesamtarbeiterschaft. Die Ausgemergelten können sehen, wo sie bleiben. Von erheblichem Einflusse ist auf jeden Fall die Gesundheitsgefährlichkeit des Betriebes für das Alter der in ihm beschäftigten Personen. Für den großen Anteil der Jugendlichen gibt der Beamte von Oppeln folgende bemerkenswerte Erklärung: „Nach dem 16. Lebensjahr wenden sich die jungen Leute in großer Zahl der Eisenindustrie zu, die sie um so lieber aufnimmt, als diese Arbeiter nicht mehr den verschärften Schutzbestimmungen unterworfen sind." Weniger umschrieben soll das heißen: weil die jungen Leute fast unbeschränkt ausgebeutet werden dürfen, sind sie begehrte Objekte. Die Altersgruppe von 16 bis 20 Jahren ist denn auch mit dem höchsten Anteil, 19,51 Proz., an der Gesamtzahl beteiligt.

Daß die raubbauartige Ausnutzung der Arbeitskraft in der Eisengroßindustrie — mit ihren „normalen" Arbeitsschichten von 12 Stunden und einem ausschweifenden Ueberschichtenunwesen — die älteren Jahrgänge ausmerzt, bestätigt ganz offen der Beamte von Düsseldorf. „Zweifellos stellt ein großer Teil der in der Großindustrie vorkommenden Arbeiten an die Körperkraft der Arbeiter so hohe Anforderungen, daß nur in der Vollkraft der Jahre stehende Leute sie überhaupt und auch diese sie nicht für lange Dauer zu leisten vermögen. Ein erheblicher Prozentsatz der Arbeiter ist daher schon aus diesem Grunde nach verhältnismäßig kurzer Zeit genötigt, zu einer anderen weniger anstrengenden Tätigkeit überzugehen." — Nach Ansicht des Beamten werden Arbeiter, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, in der Großindustrie nicht eingestellt. Wo die Abgeschobenen bleiben, darüber liegen Angaben nicht vor. Der Beamte meint, ein großer Teil suche später ein Fortkommen als Wirte, Grünkramhändler und dergleichen.

Aus den Zusammenstellungen des Arnsberger Beamten sind noch folgende Resultate von Interesse: Den größten Anteil der Jugendlichen, bis 16 Jahren, weisen die Glashütten mit 13,1 Proz. und die Maschinenfabriken mit 10 Proz. auf; auch die Gruppe — 16 bis 20 Jahre — ist hier am stärksten, und zwar mit 18,2 resp. 19,7 Proz., vertreten. In den Kalk- und Zementwerken weisen diese Altersklassen nur 1,5 Proz. für die unter 16 Jahre alten und 15,4 Proz. für die 16 bis 20 Jahre alten Arbeiter auf. In den Nähnadelfabriken machen diese Gruppen 3,6 und 11,5 Proz. der Gesamtheit aus. Hier sind 43,8 Proz. aller Tätigen über 40 Jahre alt, in den Kalk- und Zementwerken nur 21,8 Proz., in den Maschinenfabriken und Eisengießereien sogar nur 18,6 Proz. In den letzten Berufszweigen sind demnach die Arbeiter früh verbraucht und ältere Personen stellt man nicht ein.

Die Ergebnisse der Erhebung, so wenig vollkommen sie sind, ein schwer ins Gewicht fallendes Argument für den von den Unternehmern wütend bekämpften Hüttenarbeiterschutz — der noch fehlt — stellen sie zweifellos dar. Eine Bestätigung der Eingangs konstatierten Tatsache des starken Anteils der älteren Jahrgänge an der Textilindustrie finden wir in den Feststellungen des Beamten von Liegnitz. Das Gleiche gilt von Breslau. Von den Handwebern waren 66,72 Proz. über 50 Jahre, 15,54 Proz. sogar über 70 Jahre alt. Von den Fabrikarbeitern im Regierungsbezirk Breslau waren nur 16 Proz. über 45 Jahre alt, nur 3,4 Proz. hatten das 60. Lebensjahr überschritten. Die Textilarbeiter vegetieren länger; der bis zum äußersten angestrengte Hüttenarbeiter sinkt trotz höherer Löhne und besserer Lebenshaltung früher in die Grube. Diese augenscheinliche Tatsache zeigt sehr deutlich das Mörderische der Arbeitsverhältnisse in den Eisenwerken.

Auffällig gering sind die höheren Altersklassen in einzelnen Bezirken in den Buchdruckereien vertreten. Im Bezirk Marienwerder waren nur 11,6 Proz. der Buchdrucker über 40 Jahe alt; im Bezirk Hildesheim 12,8 Proz., in Berlin, bei den Handsetzern, aber 30,1 Proz.

Eine sehr interessante Uebersicht gibt der Beamte von Minden. Sie betrifft Zigarrenarbeiter, nach Fabrikbetrieben und Heimindustrie gesondert. In den Fabriken sind die Altersstufen bis 29 Jahre mit 67,5 Proz. von der Gesamtzahl der Beschäftigten vertreten; in der Heimindustrie sind es nur 33,5 Proz. Hier überwiegen dann die Altersgruppen von 30 bis 40 Jahre mit 34,6 Proz., die in den Fabriken nur 17,7 Proz. ausmachen. 9,6 Proz. sind hier über 45 Jahre alt, in der Heimindustrie 22,2 Proz.

Für die Altersgruppierung in den verschiedenen Berufen und für das statistische Durchschnittsalter sind selbstverständlich verschiedene Umstände bestimmend. In der Eisengroß-, Maschinen-, Zement- und der chemischen Industrie stellt man im allgemeinen nur unter 40 Jahre alte Leute ein und bei der Einstellung wird noch gut nach der Konstitution und dem Gesundheitszustande der Bewerber ausgewählt. Aber auch in anderen Fabriken bezeugt man für ältere Leute keine Vorliebe; sie werden, wie in der Tabakindustrie, in die Heimarbeit abgeschoben. Was die Abgeschobenen an eigene Arbeitskraft schon eingebüßt haben, das muß in der Heimarbeit durch die Heranziehung der Familienangehörigen wieder ersetzt werden.

Das gewonnene Gesamtbild läßt erkennen, daß die Fabrikarbeit die Menschen schnell verbraucht. Das Bestreben der Unternehmer, sich der abgearbeiteten Kräfte zu entledigen, gibt anderen Gewerben, in denen an die Körperkräfte nicht so hohe Anforderungen gestellt werden, die willkommene Gelegenheit, über einen großen Stamm von Arbeitern zu verfügen, den man mit geringen Löhnen abspeist.

Die Feststellungen der Gewerbeinspektoren verdienen auch im Hinblick auf die neue Wehrvorlage eine besondere Beachtung. Die Fabriken bevorzugen gerade die Arbeitskräfte mit dem dienstfähigen und noch nicht dienstfähigen Alter. Nun sollen 130000 Mann aus der am meisten begehrten Altersgruppe alljährlich mehr eingestellt werden. Im Bezirk Düsseldorf stehen in der Großindustrie den 17,4 Proz. der noch nicht Zwanzigjährigen 18,61 Proz. der Altersklasse von 20—25 Jahre gegenüber, im Arnsberger Bezirk gehören dieser Gruppe 16 Proz. aller Beschäftigten an. Die Großindustriellen treten aber doch mit großer Energie und noch größerer Hoffnung auf Profit aus den Militärlieferungen für die Heeresverstärkung ein. Ihre Durchführung muß die Nachfrage nach jungen Arbeitskräften steigern. Da die Kopfzahl nicht mehr ausreicht, wird man das Manko durch noch schrankenlosere Ausbeutung der vorhandenen Kräfte auszugleichen suchen. Der Widerstand gegen den so dringend notwendigen Arbeiterschutz findet einen neuen Impuls. Jetzt schon treibt man in der Eisengroßindustrie einen gefährlichen Raubbau; die Wehrvorlage steigert die Gefahr der Degeneration des Fabrikproletariats. Das Wettrüsten hilft die Volkskraft verwüsten. Offiziell und rüstungsbegeisterungsvoll nennt man's: Stärkung und Wehrhaftmachung!

Aus Industrie und Handel.

Politische Verstimmung

ist seit einigen Tagen wieder das Kennzeichen der Börse. In den Monaten des ersten Quartals hatte das Wirtschaftsleben infolge der beruhigenden Nachrichten über den Ausgang des Balkankrieges eine Besserung erfahren. Die erneute Gefahr kriegerischer Verwickelungen legt sich jetzt wieder lähmend auf das Geschäftsleben. Die Folge dieser Zurückhaltung sind Kursrückgänge an den Börsen. Im Ultimoverkehr gaben gestern an der Berliner Börse Montanaktien bis drei Prozent nach. Nicht viel geringer waren die Rückgänge in Aktien von Transportgesellschaften. Auch die Aktien der Elektrizitätsgesellschaften sanken im Kurse. Staatsanleihen, sowohl heimische wie die der Balkanstaaten, wurden ebenfalls von Kursrückgängen betroffen. Am Kassamarkt waren die Kursabschläge erheblicher. Nur die Aktien der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken stiegen um fünf Prozent auf das Gerücht hin, daß eine Kapitalserhöhung dieses Unternehmens geplant sei.

Pulver.

Die Hochkonjunktur der Waffenindustrie ist den Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken, die in enger Interessengemeinschaft mit den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken stehen, im vergangenen Jahre sehr zugute gekommen. Der Umsatz der Gesellschaft stieg in einem Jahre um 6 Millionen, von 19,73 auf 27,79 Millionen. Diese Steigerung ist durch den vermehrten Bedarf für Kriegszwecke verursacht worden; sie stammt im wesentlichen aus Lieferungen rauchlosen Pulvers für das Ausland. Der Absatz in Jagd- und Sprengpulver und ähnlichen Fabrikaten hielt sich dagegen in den Grenzen des Vorjahres. Die Fabrikanlagen in Düneberg und Rottweil mußten infolge der Mehranforderungen erweitert werden. Trotz des Mehrumsatzes wird unter Fabrikationsgewinn nur eine Steigerung um 466000 M. ausgewiesen. Offenbar sind hohe innere Rückstellungen vorgenommen worden. Trotzdem erfuhr der Reingewinn eine Steigerung um 1 Million auf 3,68 Millionen. An Dividende werden 3,3 Millionen oder 20 Proz. ausgeschüttet (2 Proz. mehr als im Vorjahre), ferner an Tantiemen 263000 M. In der Bilanz ist nach Angabe der Verwaltung die Bewertung der Bestände und Vorräte in gewohnter vorsichtiger Weise vorgenommen worden. Trotzdem weist das Effektenbeteiligungskonto eine Erhöhung um 3,2 Millionen auf. Solcher Zuwachs ist nach dem Bericht in der Hauptsache auf den in Gemeinschaft mit Kartellfreunden unternommenen Erwerb von neuen verschiedenen Sprengstoffgesellschaften zurückzuführen. Köln-Rottweil gehört bekanntlich dem internationalen Kartell von Pulver- und Sprengstoffen an, deren Satzungen den gemeinsamen Ankauf von Fabriken der gleichen Branche durch die Kartellmitglieder vorschreibt.

Die Ausdehnung der großen Montankonzerne

ist keineswegs abgeschlossen. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit wird dabei von Rheinland-Westfalen nach dem Saar- und Moselgebiet und Luxemburg verlegt, die sich durch großen Erzreichtum auszeichnen. Auch Krupp erwirbt dort Gelände für neue Anlagen. Ueber die Bedeutung dieser Ausdehnungen für den Eisenmarkt äußert sich die „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" in ihrer letzten Wochenübersicht recht pessimistisch:

Die Produktionsvermehrung in Lothringen scheint mit den letzterrichteten großen Anlagen von Thyssen in Hagendingen und Gelsenkirchen in Esch keinesfalls abgeschlossen zu sein, sondern noch lustig weiter zu gehen. Der Gutehoffnungshütte ist jetzt für ihr Gelände bei Diedenhofen der Eisenbahnanschluß bewilligt worden und damit der erste greifbare Schritt für die Errichtung eines weiteren großen Werkes erfolgt. Ebenso besteht kein Zweifel mehr, daß die Firma Krupp sich zwischen Maizières und Woippy ein größeres Gelände gesichert hat, zweifellos auch für industrielle Anlagen. Pessimistisch angelegte Geister in der Industrie prophezeien speziell für lothringisch-luxemburgisches Eisen in der kommenden Periode einen starken Preisfall, da mit einer Mehrproduktion von rund 150 000 Tonnen im Monat nach Inbetriebnahme des Burbach-Eich-Düdelinger Werkes gerechnet werden muß. Gelsenkirchen wird sich in Esch auf A-Produkte im wesentlichen beschränken, vielleicht auch schwere Stabeisendimensionen herstellen. Das Stahlwerk Thyssen dagegen hat neben seinen Walzwerken für A-Produkte seit drei Wochen bereits ein Feineisenwalzwerk in Betrieb. Bei der Leistungsfähigkeit der Anlagen ist mit einer erheblichen Produktion zu rechnen, die Aufnahme am Markt sucht und dies nur mit entsprechend billigen Preisen bewirken kann. Auch die älteren Werke im Minette-Revier erweitern unaufhörlich ihre Produktion und errichten neue Hochöfen. Wenn alle die bis jetzt geplanten Neuanlagen (wobei übrigens auch der Ausbau von Jules Collart u. Cie. in Steinfort zu einem gemischten Werk nicht vergessen werden darf, dessen Verwirklichung von den Felten u. Guillaume Lahmeyer-Werken betrieben wird), wenn alle diese Projekte in die Tat umgesetzt sind, so kann es gar nicht ausbleiben, daß eine wesentliche Verschiebung in den Wettbewerbsverhältnissen des Minette-Reviers eintritt, und die mit weniger guten Erzen arbeitenden Werke alsdann gegenüber den günstig gestellten einen schweren Stand haben werden.

Die gegenwärtige Lage des Eisenmarktes faßt die „Rhein.-Westf. Ztg." in folgendes Urteil zusammen:

„Die Beschäftigung ist noch gut, die Verkaufstätigkeit ist seit Monaten gleich Null, die Zukunftsaussichten wenig hoffnungsvoll, wenn auch nicht ganz aussichtslos.

Gerichts-Zeitung.

Der Hausarztverein unter Anklage.

§ 367, Ziffer 3 des Strafgesetzbuchs bedroht den mit Strafe, der ohne polizeiliche Erlaubnis Gifte oder Arzneien, **soweit der Handel damit nicht freigegeben ist**, zubereitet, feilhält, verkauft oder sonst **„an andere überläßt"**. Diese Bestimmung sollte der **Eisendreher Hagen** als erster Vorsitzender des 2000 Mitglieder umfassenden Bezirksvereins Moabit des **Verbandes der Hausarztvereine**, Sitz Berlin, übertreten haben. Der Bezirksverein bezweckt gleich dem ganzen Verbande, für die Familienangehörigen der krankenversicherungspflichtigen Vereinsmitglieder unter anderem Nährpräparate und in den Apotheken erhältliche Fertigpräparate möglichst engros zu beschaffen und sie den Mitgliedern zum Selbstkostenpreis abzugeben. Für den Verein aus den Mitteln des Vereins (aus den Mitgliederbeiträgen) hat nun Hagen an 100 verschiedene Sorten solcher Präparate aus Apotheken, chemischen Fabriken und Drogerien beschafft und er hält in seiner Wohnung von jeder Sorte 10 bis 15 Stück vorrätig. Die Mitglieder des Vereins erhalten dort, was sie brauchen, zum Selbstkostenpreis mit einem kleinen Prozentaufschlag, der als Ersatz dient für die Mehraufwendungen, die dem Vorsitzenden aus der Besorgung und Auslieferung der Präparate, der Beleuchtung und Reinigung der Wohnung und dergleichen erwachsen.

Das **Landgericht I verurteilte**, wie unseren Lesern erinnerlich, den Angeklagten **wegen Uebertretung des § 367, Ziffer 3, des Strafgesetzbuchs**, unter der Feststellung, der Angeklagte habe die vier Arzneimittel, die für den Handel nicht freigegeben seien, an „andere überlassen". Das Landgericht stellte sich im Gegensatz zu Entscheidungen des Kammergerichts aus den Jahren 1884 und 1896 auf den Standpunkt, daß als ein Ueberlassen an andere ganz allgemein die Uebertragung der **Verfügungsgewalt** zu verstehen sei. Darum sei es, meinte das Landgericht, ganz gleichgültig, ob die Mitglieder etwa einen privatrechtlichen Anspruch auf die für den Verein aus ihren Beiträgen beschafften Mittel hätten.

Das **Kammergericht**, bei dem Hagen **Revision** einlegte, **hob am Montag das Urteil des Landgerichts auf** und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. **Gründe**: Das Kammergericht sei von seiner **früheren Auffassung**, wonach eine derartige Mittelabgabe durch einen Verein an seine Mitglieder kein Ablassen an andere im Sinne von § 367, Ziffer 3, wäre, **abgegangen**. Das Kammergericht nehme jetzt an, daß unter einem Ueberlassen an andere jedes Inverkehrbringen solcher Mittel zu verstehen sei. Und unter einem Inverkehrbringen sei, wie aus § 367, Ziffer 3, hervorgehe, ein Abgeben im Handel oder **im handelsähnlichen Verkehr** zu verstehen. Darunter würde nicht fallen, wenn ein Hausherr Mittel an seine Familienmitglieder oder an seine Dienstboten abgebe. Aber **es falle darunter**, wenn ein **Verein**, wie hier, solche, im großen angekaufte Medikamente an seine Mitglieder abgebe, **mit Ausnahme des Falles**, daß der Vorsitzende von vornherein **durch einzelne bestimmte Mitglieder den Auftrag** erhalten hätte, bestimmte Mittel in der Apotheke usw. anzuschaffen und ihnen zu übergeben. In diesem Falle wäre von einem „Ueberlassen an andere" gemäß § 367, Ziffer 3, **nicht** die Rede. Erwerbe aber der Vorsitzende Präparate **für den Verein** und lasse er sie dann nachher erst auf Bestellung an die einzelnen Mitglieder ab, die sie brauchen, **dann liege ein „Ueberlassen an andere" vor**. Das scheine hier der Fall zu sein. Das Landgericht müsse sich aber nochmal mit der Sache beschäftigen. Zunächst habe es die Verjährungsfrage nachzuprüfen. — Ferner habe das Landgericht unterlassen, näher darzulegen, weshalb die von ihm angeführten vier Präparate solche Arzeneien seien, die dem freien Handel entzogen wären. Das müsse nachgeholt werden, indem festzustellen sei, ob sie unter das Verzeichnis A der Bundesratsverordnung über das Arzneiwesen fielen.

In Preußen ist doch gar zu schön dafür gesorgt, daß die Konsumenten hohe Preise zahlen. Erst allerlei Abmachungen, die ja vielleicht der Verein wird treffen können, soll es bedürfen, um Arzneimittel billiger zu erhalten. Steht die Hochhaltung von Arzneimittelpreisen höher als die Erhaltung der Gesundheit?

In der Uhrmacher-Zwangsinnung,

die im April 1912 sich für Groß-Berlin auftat, gärt Unzufriedenheit. Ein Streit, der um die **Höhe der Mitgliedsbeiträge** entstanden ist, wurde gestern vor dem **Amtsgericht Berlin-Mitte** (Abteilung 29) verhandelt. Der Beitrag war durch das beschlossene und genehmigte Innungsstatut auf 10 M. pro Jahr bemessen worden, hinterher ermäßigte aber eine Innungsversammlung den Beitrag pro 1912 auf 4 M., also für die neun Monate bis Dezember 1912 auf 3 M. Da die Aufsichtsbehörde diese Aenderung für genehmigungspflichtig erklärte, aber ihr die Genehmigung versagte, so stützte der Innungsvorstand nach einer von der Aufsichtsbehörde empfangenen Anweisung sich auf das Statut und forderte für die neun Monate 7,50 M. Beitrag. Die wider ihren Willen in die Innung hineingezwungenen Mitglieder griffen zu dem Abwehrmittel der **Zahlungsverweigerung**, worauf der Vorstand **gegen die Opposition mit Zwangseintreibung** vorging. In einer Beschwerde des Innungsmitgliedes Uhrmacher Schütz gegen den Vorstand traten die Gewerbedeputation des Berliner Magistrats und der Oberpräsident der Provinz Brandenburg dem Innungsvorstand bei. Auf **Rückzahlung des zuviel erhobenen Betrages** klagte gegen den Vorstand der in Lichtenberg wohnende Uhrmacher **Hermann Ritter**, den die Freie Vereinigung der Uhrmacher beauftragt hatte, den Streit durchzufechten. Vor Gericht führte der Kläger aus, die Innungsversammlung habe gemäß § 93 der Gewerbeordnung den Haushaltsplan der Innung zu beschließen gehabt und hierbei habe sie nach dem zu erwartenden Geldbedarf auch die Beitragshöhe festgesetzt. Der Eingriff der Aufsichtsbehörde bedeute eine Zwangetatisierung, die nach einer Entscheidung der Reichstagskommission nicht mehr zulässig sei. Der Rechtsbeistand des verklagten Innungsvorstandes wandte in formeller Beziehung ein, daß nicht Klage, sondern nur Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde zulässig sei, und daß im ersteren Fall die Innung, nicht der Vorstand, hätte verklagt werden müssen. Die Klage sei aber auch materiell unbegründet, weil das Statut einen Beitrag von 10 M. festgesetzt habe und die **Aufsichtsbehörde** den als Statutenänderung anzusehenden Innungsbeschluß einer **Ermäßigung** auf 4 M. **nicht genehmigt** habe. Der Kläger verwies auf das Statut, wonach der Vorstand die Innung zu vertreten habe, also auch auf Rückerstattung des zuviel erhobenen Betrages verklagt werden könne, sowie auf die Gesetzgebung, die der Innungsversammlung die Festsetzung des Haushaltsplanes vorbehalte. Er **bestritt**, daß überhaupt **durch Statut die Beitragshöhe** festgesetzt werden dürfe. Zum Zweck schriftlicher Darlegung seiner Beweisgründe wurde die Sache **vertagt**.

97 000-M.-Unterschlagungen.

In Täbris und Konstantinopel begangene Unterschlagungen in Höhe von 97 000 M. zum Schaden der „Persischen Teppich-Gesellschaft" auf Aktien hatten gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Schulz** ein gerichtliches Nachspiel. Aus der Untersuchungshaft wurde der Korrespondent Erich **Schroeder** aus Neukölln vorgeführt, um sich wegen **Unterschlagung, Betruges und schwerer Urkundenfälschung** zu verantworten.

Der Angeklagte war mit einem fünfjährigen Vertrag von der „Persischen Teppich-A.-G." als Korrespondent für Täbris (Persien) engagiert worden und befand sich seit Oktober 1911 dort. Trotzdem er ein sehr gutes Gehalt bezog, geriet er in Schulden, da er in einem in Täbris gastierenden Varieté zarte Beziehungen zu einer erotischen Artistin angeknüpft hatte, die große Summen verschlangen. Als seine Schulden etwa 1000 M. betrugen und seine Gläubiger drohten, an seine Firma zu schreiben, fälschte er zwei an die Deutsche Bank und den Wiener Bankverein in Konstantinopel gerichtete Briefe mit der Unterschrift des Direktors Graf der Aktiengesellschaft, in denen er den Banken Anweisung gab, „unserem Herrn Schroeder", der persönlich nach Konstantinopel komme, 5000 türkische Pfund (zirka 97 000 M.) bzw. 2500 Pfund (zirka 48 000 Mark) auszuzahlen. Inzwischen rüstete er sich in Täbris zur Flucht. Da ihm jedoch jegliches Reisegeld fehlte, um nach Konstantinopel zu kommen, unterschlug er zirka 780 M., die er zur Bezahlung der Zollgebühren für gelieferten Indigo erhalten hatte. Er fuhr dann am 23. Februar d. J. über Schulnia und Tiflis an die Küste von Kleinasien und von dort mit einem Dampfer der französischen Paketfahrtgesellschaft nach Konstantinopel. Hier erhob er bei der Deutschen Bank die 97 000 M. in türkischem Gelde. Die 48 000 M. von dem Wiener Bankverein erhielt er jedoch nicht ausgezahlt, da er eine falsche Stichzahl aus dem Telegrammschlüssel der Gesellschaft angegeben hatte. Da er die Absicht hatte, über Marseille nach Paris zu fliehen und dann in irgendeinem kleinen italienischen Nest zu verschwinden, überwies er große Beträge an den „Crédit lyonnais" und an die „Banca romana" und ließ sich einen Kreditbrief ausstellen. Seine Vorliebe für das Varieté bewies er dann noch dadurch, daß er in Konstantinopel in einem Varieté eine Artistin gegen Zahlung einer Abfindung von 400 M. an den Direktor loskaufte, um mit dieser gemeinsam nach Berlin zu fahren. Hier ereilte ihn dann sein Schicksal. Er wurde verhaftet, während jene Artistin in bitterste Not geriet und schließlich per Schub nach Konstantinopel zurückbefördert werden mußte. Das **Urteil** lautete auf **1 Jahr und 1 Monat Gefängnis** unter Anrechnung von einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft.

Die Ehe von Schönebeck-Weber.

Eine unerwartete Wendung trat gestern in dem Ehescheidungsprozeß der **Frau von Schönebeck-Weber** ein, in welchem gestern wieder einmal vor der 14. Zivilkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. **Kobel** ein Termin stattfand. Der Kläger, Schriftsteller A. O. **Weber**, hatte erklären lassen, daß er nicht mehr als Kläger auftrete. Zu dem gestrigen Termin waren die dicken Bände der immer noch schwebenden Allensteiner Mordaffäre und ferner die Entmündigungsakten herangezogen worden, in denen sich die Gutachten der Aerzte Professor Dr. **Puppe**-Königsberg, Geheimrat Dr. **Leppmann**-Berlin und des Gerichtsarztes Dr. **Marx**-Berlin befanden. Die Rechtsanwälte Dr. **Pupp**e und **Rübell** beantragten als Vertreter der Frau von Schönebeck die Nichtigkeitserklärung der Ehe auszusprechen, da das Gutachten des Prof. Dr. Puppe Geisteskrankheit zur Zeit der Eheschließung festgestellt habe und die von dieser Zeit ab abgegebenen Gutachten nicht maßgebend seien. — Die Publikation des Urteils soll in acht Tagen erfolgen.

Rohe Lehrlingsschinderei

hatte die Strafkammer in Bamberg zu sühnen. Dem Bäckergehilfen Joseph Bauer war die Ausbildung von vier Lehrlingen übertragen, welche Aufgabe er durch die grausamsten Mißhandlungen der ihm ausgelieferten jungen Leute am besten erfüllen zu können glaubte. Die Lehrlinge wurden fast täglich mit den verschiedenartigsten Instrumenten jämmerlich verprügelt, so mit einem fingerdicken zusammengewundenen Strick, einem Nudelholz, dicken Stöcken, einem Ledergürtel, einem eisernen Schürhaken, einem Wassereimer usw. Dem Lehrlingsschinder war es ganz gleich, welchen Körperteil er mit diesen teilweise gefährlichen Waffen traf. Die „Sühne" fiel nicht gerade imponierend aus. Während der **Staatsanwalt 5 Monate Gefängnis** beantragte, erkannte das **Gericht nur auf drei Wochen**. Es ist schändlich, wenn Arbeiter sich zu solch roher Behandlung jugendlicher Klassengenossen hergeben. Derartige Roheiten mögen die Folgen des militärischen Systems sein.

Versammlungen.

Der Zentralverein der Bildhauer (Verwaltungsstelle Berlin) hatte am Donnerstag eine Generalversammlung, in welcher der Geschäftsbericht für das erste Vierteljahr 1913 erstattet wurde. Der Vorsitzende Bonebo1dt gab eine Uebersicht über die Tätigkeit des Vorstandes und führte unter anderem noch aus: An Notstandsunterstützung wurden im ersten Quartal 310 M. ausgegeben, an Umzugszuschuß 30 M. Die Bewegung (Streik) bei Kimbel u. Friederichsen, die im Quartal beendet wurde, hat nicht das erstrebte Ziel, die Entfernung des Werkführers Gallasch, erreicht. Verschiedene Umstände wirkten ungünstig. Auch haben sich die Kleinmeister wieder als Herausreißer erwiesen. Aus Anlaß des Streiks ist auch die Fachkommission, die aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht, zusammengetreten. Sie konnte nichts ausrichten. Die Zusammenkunft ergab die Notwendigkeit der Schaffung einer Geschäftsordnung für die Kommission. Eine solche ist letzthin auch gemeinsam durchberaten worden und man einigte sich auch über die Grundsätze. Das wesentliche ist, daß der Kommission alle Streitigkeiten zur Schlichtung unterbreitet werden sollen, die in den Werkstätten selbst nicht geschlichtet werden können und das Arbeitsverhältnis betreffen. Auch Streitigkeiten mit Zwischenmeistern und Heimarbeitern sollen der Kommission unterbreitet werden. — Aus der Steinbranche ist zu berichten, daß der neue Tarif abgeschlossen worden ist. (Die engeren Interessenten können sich über die Einzelheiten des Tarifs aus Nummer 17 der „Bildhauer-Zeitung" informieren.) Der Tarif führt in verschiedenen Punkten eine präzisere Fassung ein, z. B. in bezug auf die Zuschläge nach außerhalb usw. Der Minimallohn von 8 M. steigt nach dem Tarif am 1. April 1914 auf 8,50 M. und alle übrigen Löhne erhöhen sich dann um 50 Pf. pro Tag. — In der Alabasterbranche ist schlechter Geschäftsgang, der zu Lohndruckversuchen seitens der Firmen ausgenutzt wird. Ein eigenartiges System der „Lohnregulierung" hat die Firma Rosenthal u. Möder mit Hilfe von Sonderverträgen mit einzelnen Kollegen eingeführt. Eine Aenderung dieses Zustandes wird erstrebt und es wird die maßgebende Kommission versuchen, die Verträge zu beseitigen. Da die Verträge nun mal abgeschlossen waren, hat eine erfolgte Vorstellung bisher nichts genutzt.

Redner forderte zu lebhafter Beteiligung an der Versammlung am 1. Mai auf.

Revisor Hildesheim berichtete dann über die Kassenverhältnisse. Die Zentralkasse übernahm vom vierten Quartal 1912 ins erste Vierteljahr 1913 ein Saldo von 123,14 M. Einschließlich dieses Bestandes betrug die Quartalseinnahme insgesamt 11 342,89 Mark. Unter den Ausgaben befinden sich für Streikunterstützung 3001 M., für Arbeitslosenunterstützung 5488,75 M., für Reiseunterstützung 120,50 M., für Krankenunterstützung 766 M. — Nach Abrechnung der Gesamtausgabe verblieb für die Zentralkasse am Schlusse des ersten Quartals ein Bestand von 475,94 M. — Die Lokalkasse hatte zu Beginn des ersten Quartals einen Bestand von 19 193,37 M. Einschließlich dieses Bestandes betrug die Gesamteinnahme im ersten Quartal 23 164,5 M. Nach Abzug der Gesamtausgaben verblieb zum Quartalsschluß ein Bestand von 18 605,13 M. Daß der Bestand ein geringerer ist, wie am Schluß des vierten Quartals 1912, erklärt sich aus den Aufwendungen für den Streik.

Misbach berichtete darauf über die Gestaltung der Arbeitsvermittelung. Er rügte die Scheu der ledigen Kollegen, Stellungen nach außerhalb anzunehmen, trotz größerer Arbeitslosigkeit in Berlin. — Nach einer Diskussion über verschiedene interne Berufsangelegenheiten wurde Otto Schneider zum Schriftführer gewählt. Als Bildungsausschuß wurden die vom Vorstand vorgeschlagenen Kollegen Steinschaden, Bönig, Radke und Regner bestätigt.

Aus aller Welt.

Selbsterkenntnis.

Es geschehen doch noch Zeichen und Wunder. Da glaubte man immer, die vorsintflutliche Institution des preußischen Herrenhauses sei so mumifiziert, daß die Erlauchten und Edlen Herren unberührt vom Geiste der Neuzeit blieben. Aber es brennt auch ihnen auf den Nägeln. Die Furcht vor der Sozialdemokratie treibt sie zu Handlungen, die eigentlich den Ausschluß aus der konservativen Partei nach sich ziehen müßten. Einige der Herren sind plötzlich so kinderlieb geworden, daß sie die Schulpflicht der Volksschüler bis zum sechzehnten Lebensjahre hinaufschrauben wollen. Da wird es wohl nicht lange mehr dauern, und die Herren sind bei der sozialdemokratischen Forderung der Einheitsschule und der damit verbundenen Ausdehnung der Schulpflicht angelangt. Auf dem besten Wege dazu sind sie. So sagte Graf Haeseler in der Dienstagsitzung: „Wenn die Jungens und die Mädels mit vierzehn Jahren in die Fabrik gehen, so werden sie an Seele und Leib verdorben!" Und Graf v. d. Schulenburg machte folgendes Eingeständnis: „So geht das nicht weiter! Wenn wir, die Mitglieder dieses hohen Hauses, vom vierzehnten Jahre an unbeaufsichtigt gewesen wären, so wäre aus uns allen nichts geworden. Aus mir jedenfalls wäre sicher nichts geworden."

Ganz unsere Meinung. Der Herr Graf hätte nur noch hinzufügen sollen: „Und wenn ich hier unter Ihnen sitze, kann ich nichts dafür, denn meine Berufung in das Herrenhaus geschah infolge altertümlicher und gänzlich unberechtigter Privilegien meiner Familie".

Das Eingeständnis des Herrn Grafen, daß aus allen Mitgliedern des Herrenhauses nichts geworden wäre, wenn sie nicht das Glück gehabt hätten, reiche Eltern zu haben, ist für die Arbeiterschaft um so ehrenvoller, als trotz all der widrigen Verhältnisse aus ihren Reihen immer neue Vorkämpfer für die Sache des Volkes erstehen. Und daß der Nachwuchs noch besser werde, ist das eifrige Bestreben der proletarischen Jugendbewegung! Um diese zurückzudrängen, sind nämlich die Herren plötzlich so kinderlieb geworden!

Haarsträubende Gefängniszustände.

Wie ein Telegramm aus New York meldet, hat die offizielle Untersuchung des Gefängnisses von Auburn große Unregelmäßigkeiten und Verfehlungen zutage gefördert. Fast sämtlichen Beamten werden Unterschlagungen und Verletzung ihrer Dienstpflicht vorgeworfen. Nicht weniger als 28 Inhaftierte sind während des letzten Jahres durch vorschriftswidrige und geradezu schreckliche Behandlung zum Wahnsinn getrieben worden. Als ein typisches Beispiel gilt der Fall einer Frau, welche zum Tode verurteilt worden war und trotzdem als Schwester in der Entbindungsanstalt Anstellung gefunden hatte.

Kleine Notizen.

Ein Unglücksauto. Ein aus Bochum kommendes Automobil überfuhr am Ullrichschen Tor in Soest den vierjährigen Sohn eines Arbeiters. Die Insassen nahmen das Kind in den Wagen, um es in das Krankenhaus zu bringen. In Grandwege überfuhr dasselbe Automobil noch ein sechsjähriges Mädchen. Beide Kinder wurden ins Krankenhaus gebracht, wo der Knabe gleich nach seiner Einlieferung verschied, während das Mädchen sich in Lebensgefahr befindet.

Ein anderes schweres Automobilunglück ereignete sich Dienstag nachmittag auf der Bahnstrecke Saarbrücken-Rebach. Ein mit sechs Arbeitern besetztes Automobil geriet in voller Fahrt auf den frisch geschotterten Bahndamm und überschlug sich. Die Insassen wurden hinausgeschleudert und das Automobil vollständig zerstört. Ein Fahrgast war sofort tot, zwei wurden lebensgefährlich und die übrigen erheblich verletzt.

Schwerer Grubenunfall. Auf der Zeche „Adolf von Hansemann" in Hörde stürzten zwei Bergarbeiter in den Schacht hinab. Beide trugen schwere Knochenbrüche davon und starben auf dem Wege nach dem Hospital.

Ein schweres Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen richtete in der Nähe von Kassel und besonders im oberen Fuldatal erheblichen Schaden an. An zehn Stellen schlug der Blitz ein. In Oberelsungen wurde ein Haus und in Frankenberg zwei Bauerngehöfte durch Blitzschläge eingeäschert.

Eingegangene Druckschriften.

Handbuch für Heer und Flotte. Enzyklopädie der Kriegswissenschaften und verwandter Gebiete. Herausgegeben von G. v. Alten, fortgeführt von H. v. Albert. Lieferung 57—60. Lieferung 2 M. Bong u. Co., Berlin W. 57.

Freie Volksbühne

Vortrag des Schriftstellers Herrn Robert Breuer:

Von der Kunst der Könige zur Kunst des Volkes

in der

General-Versammlung

heute Mittwoch, den 30. April,
im Gewerkschaftshause.

T.-O.: Geschäftsbericht. **Der Kartellvertrag zwischen den beiden Volksbühnen.** Diskussion.

Nur Mitglieder
haben Zutritt zur General-Versammlung gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

244/14 **Der Vorstand.** I. Vertr.: **G. Winkler.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Linienstr. 83—85.

Verwaltung: Telephon: Amt Norden 1987. **Kassierer:** Amt Norden 185. **Arbeitsnachweis:** Amt Norden 1239, 9714.

Sonntag, den 4. Mai 1913,
von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags
finden die

Wahlen der 44 Delegierten

für den
diesjährigen Verbandstag in Breslau
sowie der

2 Revisoren für die Ortsverwaltung

in folgenden Lokalen statt:

Kaczorowskis Restaurant, Ravenéstr. 6.
Schwedlers Restaurant, Ackerstr. 123.
Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/25.
Gliesches Restaurant, Kopenhagener Str. 74.
Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 12.
Voigts Theater, Badstr. 58.
Frankes Festsäle, Badstr. 19.
Nebels Restaurant, Maxstr. 13b.
Funkes Festsäle, Triftstr. 63.
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
Patzenhofer Brauerei, Turmstr. 25/26.
Wiemers Festsäle, Bülowstr. 58.
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
Nitschkes Restaurant, Reichenberger Str. 86.
Eickes Restaurant, Schönleinstr. 6.
Schünemanns Restaurant, Alte Jakobstr. 141.
Späths Restaurant, Georgenkirchstr. 65.
Heckers Restaurant, Samariterstr. 11.
Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
Boeker, Weberstr. 17.
Rott, Straßmannstr. 29.
Neukölln, Bartsch, Hermannstr. 49.
„ **Zibell,** Elbestr. 8.
„ **Iden,** Harzer Str. 88.
„ **Rückheim,** Bergstr. 97.
Schöneberg, Vereinshaus, Hauptstr. 5.
Baumschulenweg, Boches Restaurant, Baumschulenstraße 67.
Tempelhof, Wilhelmsgarten, Berliner Str. 9.
Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Köpenick-Friedrichshagen, Lehmann, Köpenick, Bahnhofstr. 44.
Stralau-Rummelsburg, Blume, Alt-Boxhagen 56.
Lichtenberg, Ertelt, Pfarrstr. 74.
Steglitz, Albrechtshof, Albrechtstr. 1a.
Ober-Schöneweide, Warnicke, Wilhelminenhofstraße 18.
Adlershof, Restel, Friedenstr. 14.
Wildau, Kordaneck, Wildauer Hof.
Weißensee, Peukert, Berliner Allee 251.
Tegel, Heinicke, Brunowstr. 23.
Reinickendorf, Glende, Schillingstraße, Ecke Auguste-Victoria-Allee.
Spandau, Mudetzky, Bismarckstr. 8.
Pankow, Rozycki, Kreuzstr. 3/4.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.

Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.

Wahlleiter ist der Kollege **Wilhelm Siering,** Linienstr. 83/85.

117/8 **Die Ortsverwaltung.**

Oeffentliche politische Versammlungen.

8. Landtagswahlbezirk

Heute Mittwoch, den 30. April, abends 8½ Uhr:

Oeffentl. Frauenversammlungen

in den Lokalen

Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23/24 und
Königssäle, Neue Königstraße 26 (Eingang Wadzeckstraße).

Tagesordnung:

Die Frauen und die Landtagswahl.

Referenten: Frau **Regina Ruben** und Frau **Luise Zietz.**
Ansprache des Kandidaten Stadtverordneten **Wilhelm Düwell.**

Freie Aussprache.

Genossinnen, Frauen, Arbeiterinnen! Beweist durch Euer Erscheinen, daß Ihr die Bedeutung des Wahlrechtskampfes erfaßt habt und nicht gesonnen seid, noch länger Staatsbürger minderen Rechts zu sein.

200/3* **Der Einberufer: Adam Bittorf,** Fehrbelliner Straße 26.

Arbeitende Jugend Neuköllns!

Donnerstag, den 1. Mai 1913 (Himmelfahrtstag):

Ausflug nach Britz-Buckow.

Treffpunkt nachmittags 1¼ Uhr im „Karlsgarten", Karlsgartenstr. 6—10. 285/8

Reichsgarten Pichelsberg

bei **Spandau.**

Ausflüglern, Radfahrern, Herrenpartien, Kremserpartien empfehle ich mein herrlich gelegenes Lokal mit Saal und Ausspannung. Für Vereine und Versammlungen. Speisen und Getränke in bekannter Güte.

Um gütigen Zuspruch bittet 6558

Inhaber **August Thiele**
Stammgeschäft Berlin, Mittelstr. 20.
Tel. Zentrum 11 578.

Zentralverband der freien Händler, Hausierer

und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.
Sitz: **Essen-Ruhr.** Ortsverwaltung Berlin.

Die Mitglieder treffen sich am 1. Mai vormittags 9½ Uhr bei Göttling zur Kontrolle, von dort gemeinschaftlicher Abmarsch nach dem nächsten Versammlungslokal. 661b

Erscheinen eines jeden Kollegen ist unbedingt notwendig.

J. A.: **Die Ortsverwaltung.**

Wo? ist der herrlichste Naturgarten an der Nordbahn? Nur im Gasthaus **Kurfürstinbrunnen, Borgsdorf** b. Birkenwerder bei **M. Meißner.**

Eis! Eis!

offerieren frei Haus, für das laufende Jahr

den großen oder ganzen Eimer (ca. 10 Kilo) **30** Pf.
den kleinen oder halben Eimer (ca. 5 Kilo) **20** Pf.

Bestellungen erbitten nach:
Köpenicker Str. 40/41. Telephon Amt Moritzplatz 11281.
Rummelsburg, „ „ Königstadt 10110.
Plötzensee, „ „ Moabit 1344.

Norddeutsche Eiswerke.

Orts-Krankenkasse der Stellmacher.

Die Fortsetzung der 271/3

Generalversammlung

vom 28. April findet **Freitag,** den **2. Mai, abends 8½ Uhr,** im **„Rosenthaler Hof",** Rosenthaler Straße 11—12, statt.

Tagesordnung:
Beratung und Beschlußfassung der neuen Satzung nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung event. Vereinigung mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.

Der Vorstand.
Georg Gausing, Schriftführer. **Fr. Henke,** Vorsitzender.

Ortskrankenkasse für das Goldschmiedegewerbe zu Berlin.

Am **Donnerstag,** den **8.** Mai cr., abends 8 Uhr, findet im **Gewerkschaftshause,** Engel-Ufer 15, Saal 5, eine

Außerordentliche General-Versammlung

sämtlicher Delegierten statt.

Tagesordnung:
1. Beratung und Beschlußfassung der neuen Satzung nach der R.-V.-O.
2. Verschiedenes. 271/1

Der Vorstand.
J. A.: **A. Wilke,** Vorsitzender.

Fort mit Waschbrett und Bürste!

Sie schaden damit nur Ihrer Wäsche.

Viel bequemer, billiger und besser
waschen Sie mit Persil. Die Wäsche wird damit blendend weiss, frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht.

Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.

Persil
das selbsttätige
Waschmittel
Der grosse Erfolg!

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbeliebten **Henkel's Bleich-Soda.**

Orts-Krankenkasse Berlin-Weißensee.

Außerordentliche General-Versammlung der Vertreter

am **8. und 9. Mai,** abends 8 Uhr, im Restaurant **„Prälaten"** hier, Lehderstr. 122.

Tagesordnung:
1. Beratung und Beschlußfassung über das neue Statut.
2. Antrag auf Gewährung einer Witwenpension.
3. Verschiedenes.

Beschwerden gegen die Geschäftsführung müssen schriftlich erfolgen und können in der Versammlung nur beantwortet werden, sofern dieselben mindestens drei Tage vorher erhoben worden sind. 271/2

Zum Eintritt sind nur die mit Einladung versehenen Vertreter berechtigt.

Berlin-Weißensee, den 29. April 1913.

Der Vorstand.
J. A.: **Fuhrmann,** Vorsitzender.

Gemeinsame Ortskrankenkasse für Berlin-Wilmersdorf und Umgegend.

Zu einer

Außerordentlichen General-Versammlung

laden wir die Delegierten der Arbeitgeber und Kassenmitglieder zum

Donnerstag, den 8. Mai 1913,
abends 8½ Uhr,

nach dem Restaurant **„Stadtpark",** Kaiserallee 52/54 (kleiner Saal) ergebenst ein. 271/5

Tagesordnung:
1. Beratung und Beschlußfassung über die Kassensatzungen nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung.
2. Verschiedenes.

Sofern die Beratungen und Beschlußfassungen in oben benannter Generalversammlung nicht endgültig erledigt werden, findet die Fortsetzung der Generalversammlung am

Dienstag, den 13. Mai 1913,
abends 8½ Uhr,

in demselben Lokale statt.

Beschwerden und Anfragen, zu welchen Einsichtnahme in Akten erforderlich sind, können zur Besprechung nur zugelassen werden, wenn dieselben mindestens drei Tage vorher schriftlich beim Vorstande eingereicht sind. Nur Delegierte dürfen an der Generalversammlung teilnehmen.

Berlin-Wilmersdorf, 29. April 1913.

Der Vorstand.
J. A.:
Lüdsen, Vorsitzender. **Bredel,** Schriftführer.

Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin.

Donnerstag, den 8. Mai 1913,
abends 8½ Uhr,

im oberen Saal von **Kellers Festsälen** (Neue Philharmonie), Köpenicker Straße 96/97:

Außerordentl. Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Beratung und Beschlußfassung über die neuen Satzungen der Kasse.
2. Beratung über eine eventuelle Vereinigung mit anderen Krankenkassen.

Der Vorstand. 653b
Richard Nürenberg, Vorsitzender. **Jonas Stahl,** Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Schmiede.

Donnerstag, den 8. Mai 1913, abends 6½ Uhr, bei Fröhlich, Muskauer Str. 1:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
Beratung und Beschlußfassung über die neuen Satzungen nach der Reichsversicherungsordnung und über die Krankenordnung. 371/4

Der Vorstand.
J. A.: **Ad. Pilgrim.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12

Nach mehrjähriger Ausbildung in d. Chirurgie, Augenheilkunde, inneren Medizin u. Uro-Dermatologie habe ich mich hier a. Spezialarzt f. Haut-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten niedergelassen.

Dr. Robert Klokow,
Potsdamer Str. 22, a. d. Lützowstr.
Sprechzeit 12-3, 5-7, Sonntags 11-1.
Fernruf: Kurfürst 3260. 191/1*

Patzenhofer
Kottbuser Damm 8.
Empfehle m. gutgepflegten Biere
3½ Zehntel 10 Pf.
W. Kunnemann.

Stoffe deutsch-engl. Neuheiten für Herren und Damen.
Einzelverkauf zu selten billigen Preisen.
Tuch-Agentur, Yorckstr. 75, pt.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Landtagswählerversammlungen

in den Vororten.

Je näher der Wahltermin rückt, desto intensiver sind unsere Genossen auch in den großen und kleinen Vororten am Werke, die Bevölkerung über den unheilvollen Einfluß, den der auf dem Dreiklassenwahlrecht basierende Landtag auf unser gesamtes Wirtschaftsleben ausübt, den werktätigen Bevölkerungsschichten vor Augen zu führen. Der letzte von prächtigem Wetter begünstigte Sonntag war hierzu eine vortreffliche Gelegenheit. In zahlreichen Versammlungen wiesen die Redner, zum Teil Landtagskandidaten, die Zuhörer auf die unwürdige Rolle hin, die der wertschaffenden Bevölkerung Preußens durch die schnöde Rechtlosigkeit des preußischen Dreiklassenwahlrechts zugewiesen ist. Ueber den Verlauf der Versammlungen der letzten Tage orientieren in Kürze folgende uns zugesandte Berichte:

Wilmersdorf-Halensee. Ueber das Thema: „Ich bin ein Preuße“ sprach Dr. Rudolf Breitscheid in den „Prachtsälen des Westens“ in einer gut besuchten Volksversammlung, in der auch das Bürgertum stark vertreten war. In einem fast zweistündigen Referat, dem die Zuhörerschaft aufmerksam folgte, entwarf der Redner ein anschauliches Bild von dem Junkerparadies und der Entrechtung der breiten Volksmassen. Mit ganz besonderem Interesse folgte die Versammlung den trefflichen Ausführungen über den Polizei- und Militärstaat Preußen und die Stellungnahme der einzelnen Parteien in dem Befreiungskampfe. Mit einer Sympathieerklärung für das Proletariat Belgiens, das sich so diszipliniert und zielbewußt in dem beendeten Generalstreik gezeigt hat, schloß das Referat, dem stürmischer Beifall folgte. In der Diskussion bemängelte ein Fortschrittler die Stellung der Sozialdemokratie in der Ersatzwahl Teltow-Beeskow. Der Referent erwiderte schlagend, daß das Streben nach Macht und die politische Ehre es unserer Partei verbieten, den mit den Nationalliberalen verbrüderten Freisinn bedingungslos und ohne Gegenleistung überall herauszuhauen. Der Versammlungsleiter forderte zu energischer Agitation für den 16 Mai auf, damit der Wahltag zur einer wuchtigen Demonstration gegen die Dreiklassenschmach werde. Mit einem brausenden Hoch auf das freie Wahlrecht wurde die stimmungsvolle Versammlung geschlossen.

Alt-Glienicke. In einer gutbesuchten Wählerversammlung im „Terrassen-Restaurant“ referierten die beiden Kandidaten des Kreises, Gutsbesitzer Adolf Hofer und Stadtverordneter Max Groger über „Die bevorstehende Landtagswahl“. Genosse Hofer als erster Referent, konnte an der Hand langjähriger Erfahrungen auf dem Lande, ein reichhaltiges Material gegen die Junker vorbringen. Redner betonte, daß die Junker auf dem flachen Lande kein Mittel scheuen, um die unteren Volksschichten ihren Interessen gefügig zu machen. Durch recht drastische Beispiele zeigte der Referent, daß die Hunderttausende von Arbeitsbienen wohl gut genug seien, Steuern zu zahlen, sonst sich aber in Preußen minderen Rechtes erfreuten. Genosse Groger ging mit den bürgerlichen Parteien scharf ins Gericht. Besonders rechnete er mit den Freisinnigen unseres Kreises ab. Redner ersuchte die Versammelten, dafür Sorge zu tragen, daß es gar nicht zur Stichwahl kommt, sondern unsere Kandidaten gleich im ersten Wahlgang gewählt werden. Die Ausführungen der Referenten wurden mit reichem Beifall belohnt. Hierauf akzeptierte die Versammlung die zur Aufstellung vorgeschlagenen Wahlmänner.

Johannisthal. Hier sprach in einer öffentlichen Wählerversammlung im „Bürgergarten“ Genosse Redakteur Eichhorn über „Das Volk und die Landtagswahlen“. Insbesondere zeigte der Redner, daß die Landtage der Einzelstaaten immer mehr an Bedeutung gewinnen, da das Reich gewichtige Vorlagen auf die einzelnen Landtage der Bundesstaaten abschiebe. Des weiteren erinnerte er an die elenden Schulverhältnisse in Preußen. Auch das Eisenbahnwesen unterzog er einer scharfen Kritik. Reicher Beifall lohnte dem Redner am Schlusse seiner Ausführung. Im Anschluß hieran gab Genosse Steuer die ungerechte Wahleinteilung am hiesigen Orte bekannt. So sind z. B. im 1. Bezirk von 336 Wählern 6 Wahlmänner zu wählen, im 2. Bezirk hingegen wählen 423 Wähler nur 3 Wahlmänner. Zum Schluß wurde zum Beitritt in den Wahlverein und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ aufgefordert.

Bernau. Ueber den preußischen Landtag und seine Bedeutung für die Landbevölkerung referierte in Preuden, in einer gut besuchten Wählerversammlung, unter freiem Himmel, Landtagskandidat Genosse Konrad Haenisch. Der Referent führte den Versammelten die Widersinnigkeiten des Dreiklassenwahlrechts vor Augen, zeigte ihnen den großen gesetzgeberischen Einfluß des Abgeordnetenhauses und wies nach, wie wenig die bestehende Mehrheit bei der Gesetzgebung die minderbemittelten Klassen beachtet. Zum Schluß forderte der Redner die Anwesenden auf, am Tage der Wahl die Volksverräter durch Volksvertreter zu ersetzen. Lebhafter Beifall folgte den Worten des Referenten. Der Versammlungsleiter ermahnte die Versammelten zum Anschluß an die politische Organisation.

Schönwalde-Schönerlinde, Bez. Pankow. In einer gut besuchten Versammlung unter freiem Himmel am Gorinsee sprach Genosse Küter, Karlshorst, über das Tema: „An einem Königswort soll man nicht drehen und deuteln“. Redner zeichnete in kurzen Strichen den unheilvollen Einfluß des ostelbischen Junkertums auf die Geschicke Preußen-Deutschland. Dieselben Junker, die sonst vor lauter Königstreue und Patriotismus triefen, hätten es sehr gut verstanden, die Einlösung eines Königswortes zu hintertreiben. Wenn das von allerhöchster Stelle verkündete Versprechen, daß die organische Fortentwicklung des Wahlrechts die dringendste Aufgabe der Gegenwart sei, bis heut nicht eingelöst ist, so habe das Proletariat alle Ursache, aus diesem Landtagswahlkampf einen Wahlrechtskampf zu machen. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Mit der Ermahnung, am 16. Mai nach Kräften tätig zu sein, schloß Genosse Jakob die Versammlung.

Spreenhagen. Ueber die Knechtung des Volkes durch den preußischen Landtag sprach hier Genosse Neumann-Adlershof auf dem Grundstück des Herrn Friedrich Lehmann. Die Kritik des Redners an den preußischen Zuständen wurde von den Zuhörern mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Für **Alt- und Neu-Hartmannsdorf** fand auf dem Grundstück des Herrn Fischer in Alt-Hartmannsdorf eine Versammlung statt, in der gleichfalls Genosse Neumann-Adlerhof das Referat hielt. Auch hier wurde die Darlegung des Redners mit lebhaftem Interesse verfolgt.

Zühlsdorf (Bez. Rosenthal). Ueber das Thema: „Die bevorstehende Landtagswahl“ sprach hier Genosse Robert Fendel in einer gutbesuchten öffentlichten Versammlung unter freiem Himmel. Redner forderte am Schlusse seines zweistündigen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referats die Anwesenden auf, den sozialdemokratischen Kandidaten Braun, Haenisch und Hofer zum Siege zu verhelfen. Der Vorsitzende, Genosse Juncker, ermahnte die Versammelten, am Tage der Wahl für die sozialdemokratischen Wahlmänner zu stimmen und sich der sozialdemokratischen Organisation anzuschließen. Alsdann wurde ersucht, daß Lokal zum „Schützenhaus“, Inh. Herr Bruno Iden, streng zu meiden, da derselbe seinen Saal zu Versammlungen verweigert. Für den freien Verkehr komme nur das Restaurant von Piepenhagen am Bahnhof in Betracht.

Röntgental, Zepernick, Buch. Die bevorstehende Landtagswahl lautete das Thema, in welcher Landtagskandidat Genosse Otto Braun, in einer öffentlichen Wählerversammlung referierte. In seinem einstündigen Vortrag schilderte Redner die schmachvollen Zustände in Preußen, speziell auf dem Gebiete der Volksschule und übte scharfe Kritik an Polizei und Justiz. Mit lebhaftem Beifall wurden die vortrefflichen Ausführungen des Referenten von der Versammlung entgegengenommen. Der Versammlungsleiter ermahnte in seinem Schlußwort die Anwesenden, alles daranzusetzen, um mit zu einem Siege unserer Kandidaten beitragen zu helfen.

Zehlendorf, Nieder-Barnimm. Mit einer gutbesuchten Versammlung wurde in unserm rein ländlichen Ort der Landtagswahlkampf eröffnet. Da es uns bisher leider immer noch nicht möglich war, ein Lokal frei zu bekommen, mußte die Versammlung unter freiem Himmel abgehalten werden. Das Referat über Militarismus und preußische Landtagswahl hatte der Parteisekretär des Kreises, Genosse Paul Brühl übernommen. Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall. Zum Schluß forderte Genosse Brühl auf, am 16. Mai, dem Tage der Abrechnung, die Stimme für unsere Wahlmänner abzugeben.

Maiveranstaltungen

in den Vororten.

Da sowohl die von den Gewerkschaften veranstalteten Versammlungen wie auch die Nachmittagsfeierlichkeiten der Partei am 1. Mai im Inseratenteil des „Vorwärts“ angezeigt sind, möchten wir an dieser Stelle nur von wesentlichen Mitteilungen Notiz nehmen:

Ober-Schöneweide. Zur Vormittagsversammlung Treffpunkt um 10½ Uhr in den Bezirkslokalen; von dort gemeinsamer Spaziergang nach der Versammlung.

Lankwitz. Mittags 12 Uhr bei Schulz, Mühlenstr. 21: Oeffentliche Versammlung.

Marienfelde. Die Arbeiterschaft beteiligt sich an der Maifeier in Lichtenrade. Gemeinsamer Abmarsch nachmittags ½3 Uhr. Bei ungünstiger Witterung wird der nächste Zug benutzt. Treffpunkt A. Schuster, Kirchstraße.

Mariendorf. Treffpunkt ½12 Uhr, bei Häublein, Dorfstr. 1. Nach Schluß der Versammlung: Festzug mit Musik durch den Ort.

Zehlendorf (Bannseebahn). Mittags 1 Uhr in Miels Gesellschaftshaus, Karlstr. 12: Volksversammlung. Daran anschließend: Gartenkonzert sowie Volksbelustigungen aller Art.

Friedrichsfelde. Vormittags 8 Uhr treffen sich die Genossen zu einem gemeinsamen Spaziergang nach Ahrensfelde bei Gudbrink. Mittags 12 Uhr: Versammlung bei Schneider, Ahrensfelde, für sämtliche Landorte.

Mühlenbeck. Die Versammlung findet bei Meyer in Buchhorst, die Abendfeier bei A. Bärsch, Gasthof zur Sonne, statt.

Nieder-Schönhausen. An die mittags 12 Uhr, im Lokal von Manke, Charlotten-, Ecke Beuthstraße, stattfindende Versammlung schließt sich ein öffentlicher Umzug. Der Zug bewegt sich durch die Beuth-, Platanen-, Wald-, Eichhorn-, Treskowstraße über den Bismarckplatz bis Bismarckstraße, hier löst sich der Zug auf.

Tegel. Früh ½9 Uhr: Treffpunkt in den einzelnen Zahllokalen. Pünktlich 9 Uhr: Abmarsch nach dem Schützendorf (Restaurant Hubertus.)

Wannsee. Früh 7 Uhr: Treffpunkt bei Hoch zu einem Familienausflug nach Drewitz.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Nach der Mittagsversammlung: Gemeinsamer Spaziergang nach Neue Mühle, Restaurant zur Schleuse, Inhaber Thormann.

Senzig. Zum Besuch der Versammlung in Königs-Wusterhausen versammeln sich die Teilnehmer um ¾11 Uhr im Lokal von Rasemann. Abmarsch 11 Uhr. Nach der Versammlung: Gemeinsamer Ausflug nach Dannenreich. Abfahrt 2.15 ab Königs-Wusterhausen oder 2.19 ab Niederlehme bis Cablow, dann Fußtour bis Dannenreich.

Tempelhof. Treffpunkt vormittags ½12 Uhr im Wilhelmsgarten, Berliner Str. 9, von dort nach Mariendorf zur Versammlung.

Johannisthal. Treffpunkt 10¾ Uhr im „Arbeiterheim“ zum gemeinsamen Abmarsch nach der Versammlung in Ober-Schöneweide, Börners „Blumengarten“.

Neuenhagen a. Ostbahn. Ausflug nach Alt-Landsberg. Abmarsch vom Bahnhof ½9 Uhr, vom Dorf um 9 Uhr. — Nachmittags gemütliches Beisammensein bei A. Wünsche, Neuenhagen, Bahnhofstraße. Bei beiden Veranstaltungen Mitwirkung des Arbeitergesangvereins „Freie Sänger“.

Hohen-Schönhausen. Treffpunkt vormittags 10½ Uhr bei Retzher, Berliner Str. 93, zu einem Ausflug nach Ahrensfelde.

Eichwalde-Schmöckwitz. Mittags 1 Uhr Versammlung, um 3 Uhr Festzug, anschließend großes Gartenkonzert, Tanz, Volks- und Kinderbelustigungen.

Trebitz. Mittags 2 Uhr große öffentliche Versammlung im Etablissement „Zur freien Aussicht“.

Falkenhagen-Seegefeld. Treffpunkt aller Parteigenossen und Gewerkschaftler im Restaurant zum „Deutschen Kaiser“, verm. Otto Thiele, Falkenhagen; Abstempelung der Bücher. Um 8½ Uhr Abmarsch nach dem Brieselang.

Potsdam. Die Versammlung findet vormittags ½12 Uhr im Friedrichsgarten statt. Referent Dr. Karl Liebknecht.

Staaken. Der Wahlverein veranstaltet in Gnädigs Gasthof eine Maifeier mit Konzert, Gesang und turnerischen Aufführungen. Festrede, gehalten von Dr. Karl Liebknecht.

20. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Hannover, 28. April.

Die Generalversammlung tagt heute und die folgenden Tage im Parkhaus. Bei Eröffnung der Sitzung begrüßt Vorsitzender Sachse zunächst den Vorsitzenden der österreichischen Bergarbeiterunion, Jarolin-Turn. Dieser überbrachte die Grüße und besten Wünsche der österreichischen Kameraden, die die Kämpfe der deutschen Kollegen mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen würden. Aufs tiefste erschüttert habe sie der Streikbruch der Christlichen, die wiederum gezeigt hätten, daß sie eine Gruppe der Unternehmer seien. (Sehr richtig!) Redner schildert dann kurz die Entwickelung des österreichischen Verbandes; es gehe wieder vorwärts; sie würden die Aufklärungsarbeit erfolgreich fortsetzen. (Beifall.)

Zur Beratung stand nun der Punkt

Statutenänderung.

Das einleitende Referat hierzu hielt das Vorstandsmitglied Schmidt-Bochum, der betonte, entscheidend bei der Behandlung dieses Punktes sei die Frage: Sollen die Beiträge erhöht werden? Wenn ja, dann ließe sich darüber reden, ob auch — wie verlangt wird — eine Erhöhung der Unterstützungen vorgenommen werden soll. Führe man aber keine Beitragserhöhung durch, dann könne auch an keine Erhöhung der Unterstützungen gedacht werden. Der Vorstand sei der Ansicht, daß in diesem Jahre eine Beitragserhöhung nicht vorgenommen werde. Man solle die Beiträge in ihrer jetzigen Höhe belassen, ebenso die Unterstützungen. Von einschneidenden Aenderungen des Statuts solle überhaupt abgesehen und nur bestehende Mängel ausgemerzt werden. Der Referent ging dann auf die zu diesem Punkt recht zahlreich vorliegenden Anträge ein, von denen er die meisten abzulehnen bittet. Ein Antrag Bochum verlangt, daß im § 3 des Statuts über den Zweck des Verbandes der Satz eingefügt wird: „sowie Aufklärung über die Schädlichkeit des Alkohols“. Schmidt betont hierzu, der Verband sei sowieso gegen den Mißbrauch des Alkohols, man könne aber nicht alles im Statut festlegen. Redner begründet im weiteren die Vorstandsanträge. Nach diesen soll im § 23 gesagt werden, daß die vor dem 1. Oktober 1905 geleisteten Beiträge mit 10 Mk. pro Jahr in Anrechnung gebracht und in die in Frage kommende Beitragsklasse umgerechnet werden. Invalidenmarken sollen davon ausgeschlossen sein. Die Bestimmungen über die Gemaßregeltenunterstützung sollen dahin abgeändert werden, daß der Vorstand in besonderen Fällen den Gemaßregelten eine Umzugsbeihilfe gewähren kann, wenn dieselben in ein anderes Revier verziehen müssen und die Umzugskosten selbst zu tragen haben, sofern die Gemaßregeltenunterstützung noch nicht voll bezogen ist. Eine Umzugsbeihilfe soll nicht gewährt werden, wenn der Umzug nicht innerhalb eines Jahres nach der Maßregelung erfolgt. Mitgliedern, die wegen ihrer Verbandstätigkeit Freiheitsstrafen erleiden, soll der Vorstand für diese Zeit eine Unterstützung bis zur Höhe der Streik- bezw. Gemaßregeltenunterstützung bewilligen können. Die Sterbegeldsätze verlangt der Vorstand dahin abzuändern, daß diese Unterstützung in den ersten Jahren der Mitgliedschaft etwas reduziert, bei längerer Mitgliedschaft jedoch erhöht wird. Die Tätigkeit des Kontrollausschusses soll genauer präzisiert werden.

Im Streikreglement wünscht der Vorstand die Zufügung des folgenden Passusses: Ein Streik gilt nur dann als beschlossen, wenn mindestens drei Viertel der in Frage kommenden Mitglieder bezw. Delegierten sich dafür erklärten. Bei der Abstimmung über die Frage, ob ein Streik fortgesetzt werden soll, ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die Höhe der Streikunterstützung soll belassen werden. Für jedes der Schule noch nicht entwachsene Kind soll ein Zuschuß von mindestens 1 Mk. pro Woche bei einer Mitgliedschaft von 52 Wochen, und von 50 Pf. bei einer kürzeren Mitgliedschaft gewährt werden. Als neuer Paragraph soll bei diesen Bestimmungen eingefügt werden: „Solchen Mitgliedern, die infolge eines Streiks oder einer Aussperrung arbeitslos werden, kann die Streikunterstützung für die Dauer von acht Wochen weiter gezahlt werden. Ledige Mitglieder, denen anderweitig Arbeit nachgewiesen wird, müssen sofort abreisen. Ueber Ausnahmen entscheidet der Gesamtvorstand nach Anhören der zuständigen Bezirksleitung.“

Die Generalversammlung tritt gleich in die

Spezialdebatte

ein, und zwar werden die Anträge gruppenweise beraten. Die Delegierten begründen die Anträge ihrer Zahlstellen. In der ausgedehnten Debatte trat ein Teil der Redner für den Ausbau der Unterstützungseinrichtungen und für Beitragserhöhung ein, während ein anderer Teil sich dagegen wandte und den Vorstandsvorschlägen zustimmte.

Um halb 1 Uhr trat die Mittagspause ein.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung sprach die Generalversammlung den oberschlesischen Bergarbeitern ihre Sympathie aus. Sie wünscht den streikenden Kameraden in ihrem schweren Kampf den besten Erfolg.

Im weiteren Verlauf der Statutenberatung wurde von einzelnen Rednern kritisiert, daß der Vorstand keine Vorlage auf Beitragserhöhung eingebracht habe. Ueber kurz oder lang würde man doch zu einer Beitragserhöhung kommen müssen; es sei verkehrt, auf rückständige Anschauungen allzuviel Rücksicht zu nehmen. Der zweite Verbandsvorsitzende, Husemann-Bochum, verteidigte den Standpunkt des Vorstandes, er erkläre es für ausgeschlossen, daß ohne Beitragserhöhung an einen Ausbau der Unterstützungseinrichtungen zu denken sei. Bezirksleiter Krause-Lugau hält eine Beitragserhöhung für unbedingt notwendig. Er forderte die Einführung obligatorischer Lokalbeiträge, deren Höhe von den einzelnen Bezirken zu bestimmen sei. Andere Redner wandten sich gegen die Reduzierung des Sterbegeldes. Wächter-Dortmund begründete einen Antrag auf Beseitigung des Aktionsausschusses. An Stelle des Aktionsausschusses sollten die Vertrauensleute zusammengerufen werden. Diese seien eher in der Lage, den Vorstand über die örtlichen Verhältnisse und die Stimmung der Mitglieder zu unterrichten, als die Mitglieder des Aktionsausschusses. Sollte der Antrag abgelehnt werden, so möge die Generalversammlung wenigstens bestimmen, daß die Wahlen der Delegierten zum Aktionsausschuß genau so erfolgen sollten, wie die der Delegierten zur Generalversammlung. In den Sitzungen des Aktionsausschusses müßten die noch in Arbeit stehenden Delegierten stets ein Drittel der Stimmen mehr haben als die Angestellten des Verbandes. Gegen diese Dortmunder Vorschläge polemisierten verschiedene Delegierte. Sie finden es sonderbar, daß ein Antrag auf Beseitigung des Aktionsausschusses kommt, ehe man dieses System nicht ausprobiert habe. Auch Verbandsvorsitzender Sachse bedauerte die Einbringung dieses Antrages. Man habe den Aktionsausschuß geschaffen, um ein demokratisches System einzuführen. Der Aktionsausschuß habe über alle wichtigen Fragen beraten. Bei Revierangelegenheiten seien immer die Vertrauensleute gehört worden. Die Angestellten solle man nicht mundtot machen, sie könnten oft besser als die in Arbeit stehenden Kollegen die Gesamtsituation überschauen. Sachse bittet, die Dortmunder Anträge abzulehnen. Weitere Redner betonten, der Aktionsausschuß habe sich bisher ganz gut bewährt, das müßten alle zugeben, darum wäre seine Abschaffung verfehlt. Es könnten mehrere Bezirke zur Ernennung der Aktionsausschußkandidaten zusammentreten, damit alle Interessen vertreten seien.

Eine längere Debatte zeitigten die Anträge zum Streikreglement, die meist als Nutzanwendung aus dem letzten Ruhrbergarbeiterstreik gestellt sind. Die Vorstandsanträge haben wir bereits erwähnt. Von den übrigen ist hervorzuheben: Streikunterstützung soll nur an solche Kameraden gezahlt werden, die mindestens 26 Wochen Mitglied sind. Ausnahmen sollen nur bei solchen Kameraden zulässig sein, die noch kein halbes Jahr auf der Grube arbeiten. Ein anderer Antrag verlangt, daß solche Mitglieder, die nach Ausbruch eines Streikes in den Verband eintreten, keine Unterstützung erhalten. Ein Antrag Essen will dagegen, daß an die Kameraden, die sich während eines Streiks in den Verband aufnehmen lassen, Streikunterstützung gezahlt werden kann, wenn sie sich verpflichten, diese in einem bestimmten Zeitraum zurückzuzahlen oder dem Verbande so lange treu zu bleiben, bis der empfangene Betrag durch die geleisteten Beiträge gedeckt ist. — Zu diesen Anträgen bemerkte das Vorstandsmitglied Husemann, bei einem Streik werde immer verlangt, daß etwas für die Unorganisierten getan werde; hernach bekomme dann der Vorstand dafür Prügel. Man solle keine Festlegungen treffen, sondern den heutigen Zustand belassen, nach dem der Vorstand in Ausnahmefällen die Genehmigung für die Auszahlung von Streikunterstützung an Mitglieder, die noch nicht 26 Wochen Mitglieder sind, erteilen kann. — Weitere Anträge beziehen sich auf die Höhe der Unterstützung, wofür die verschiedensten Vorschläge gemacht werden.

Nach dem Schlußwort des Referenten Schmidt, der auf die Ausführungen der Diskussionsredner näher einging und nochmals die Stellung des Vorstandes präzisierte, wurden sämtliche Anträge einer 15gliedrigen Kommission überwiesen.

Die Verhandlungen wurden hierauf vertagt.

Sechster Verbandstag des Zentralverbandes der Fleischer Deutschlands.

Dresden, den 28. April 1913.

Nachdem am Sonntag der Verbandstag alle geschäftlichen Angelegenheiten erledigt, sowie alle Vorarbeiten getan hatte, konnte am Montag früh gleich in die Verhandlung, in die Berichterstattung der verflossenen Geschäftsperiode, eingetreten werden. Hensel-Berlin erhielt als erster Redner das Wort. Seine Ausführungen stützen sich auf den gedruckt vorliegenden

Geschäftsbericht,

aus dem wir bereits das Wesentliche im Vorbericht gebracht haben.

Unter anderem betont Redner, daß das Arbeitgebertum der Branche besonders die „Gelben“ als Schutztruppe gegen den Zentralverband herangezogen habe, doch alle Schikanierungen und Behinderungen durch Streikbrechereien haben ihren „löblichen“ Zweck, den Zentralverband zu schädigen, nicht erreicht. Im Gegenteil, die unorganisierten Fleischergesellen sind auf den Zentralverband aufmerksam geworden und so sind die Gelben, die Fleischer-, respektive Obermeister, recht oft die ungewollten Agitatoren für den Zentralverband gewesen. — Die Entwickelung und Steigerung der Fleisch- und Viehnot haben manche Existenzen vernichtet und manche verkrachten Kleinmeister haben den Weg zum Verband gefunden. — Durch die Entwicklung der großen Wurstfabriken und die Einstellung der vielen ungelernten, besonders weiblichen Arbeitskräfte, ist die

Einbildung vieler Fleischergesellen, daß jeder einmal selbständiger Meister werden kann, dahin. — Redner wünscht, daß in Zukunft die Statistik die größte Beachtung finden muß, damit dem reichsstatistischen Amt genaue Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit eingesandt werden können. Im weiteren wendet er sich gegen die bombastischen Einladungen zur Versammlung, die in etlichen Zahlstellen Mode geworden sind.

Zur Frage der Gründung von Produktivschlächtereien, über die mit der Zahlstelle Hamburg Unstimmigkeiten entstanden sind, verweist Redner auf den Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses, wonach die Errichtung von Produktivgenossenschaften vornehmlich Aufgabe der Konsumgenossenschaften sein muß.

Grenzstreitigkeiten sind mit den Verbänden der Bau-, Fabrikarbeiter und Handlungsgehilfen entstanden. In Leipzig hat es sich um die Verkäuferinnen des Konsumvereins, die in den Fleischereigeschäften tätig sind, gehandelt. Der Handlungsgehilfenverband hat den Fleischerverband nicht als Tarifkontrahent betrachtet, doch ist die Sache in einer Sitzung geschlichtet.

Die internationale Verbindung ist in gute Bahnen gelenkt, wie die Beschickung des Verbandstages beweist, denn außer der ausländischen Delegation sind noch schriftliche Begrüßungsschreiben aus Holland, Amerika und der Schweiz eingelaufen.

Zum

Kassenbericht

spricht Krause, Hauptkassierer. Er betont, daß durch die guten Kassenverhältnisse eine ganze Reihe von Aufgaben gelöst werden konnte. Wir berichteten auch im Vorbericht bereits über Ein- und Ausgaben. Krause rühmt die Opferwilligkeit der Mitglieder, die zum größten Teil statt des Grundbeitrages von 50 Pf. den erhöhten Beitrag von 60 Pf. bezahlen. Uebergehend zu den Anträgen, die zur Beitragsleistung gestellt sind, betont er, daß an eine Erhöhung des Grundbeitrages nicht zu denken sei, man könne höchstens einer Staffelung der Beiträge näher treten, um auch den ungelernten Arbeitskräften im Beruf die Erwerbung der Mitgliedschaft zu erleichtern. Im weiteren trat er für Pflege des Annoncenwesens im Fachorgan ein.

Für die **Presse** berichtete Hensel, Berlin. Danach ist die Auflage des Fachorgans, der „Fleischer", von 4600 seit September 1912 auf regelmäßig 10 000 Exemplare gestiegen. Diese Entwicklung, sowie die Ausbreitung des Gesamtverbandes machen nun die Anstellung einer dritten Kraft, eines Redakteurs, notwendig und hat der Verbandstag darüber zu entscheiden.

Für den **Ausschuß** berichtete Schernberger, Hamburg. Diese Ausführungen erstrecken sich nur auf ganz interne Angelegenheiten und haben deshalb für die Oeffentlichkeit kein Interesse.

Die Verhandlungen werden auf Dienstag vertagt.

Soziales.

Zur Konsumgenossenschaftsbewegung.

Genosse **Paul Göhre** hat in einer 55 Seiten starken Broschüre **„Die Genossenschaftsbewegung der deutschen Arbeiterklasse"** (Verlag Kaden u. Cie., Dresden, Preis 50 Pf.) eine kurze gemeinverständliche Darstellung der Geschichte der Arbeiter-Genossenschaftsbewegung und der Beziehungen der Genossenschaftsbewegung zur Gewerkschaft und zur Sozialdemokratie herausgegeben. Die materialreiche Schrift führt uns bis zu dem Stand und dem Charakter der Bewegung im Jahre 1912.

Der Verfasser hebt bei der historischen Wertung der Schultze-Delitzschen Vereine und ihrer Bekämpfung durch Lassalle hervor, das erste durchaus gegensätzliche Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Konsumvereinen sei darauf zurückzuführen, daß zu Lassalles Zeiten die Hauptaufgabe war, die Arbeiter zu einem eigenen Klassenbewußtsein und zum Willen zu erziehen, sich als selbständige Masse von den anderen abzusondern. Es sei zur Erreichung dieses höheren Zwecks erforderlich gewesen, die Arbeiterklasse unter allen Umständen, selbst auf Kosten der nächsten Zukunft der Konsumvereinsbewegung, aus der Bevormundung und der Umarmung durch die deutsche Fortschrittspartei zu befreien, die bei der Propagierung des Konsumvereinsgedankens allerlei parteipolitische Hintergedanken und Interessenabsichten gehabt hat. Kurz und knapp ist damit — allerdings ohne Hervorheben der Beschlüsse der Internationale 1866 und 1867 — das Verhalten der Partei zur Schultze-Delitzschen Konsumvereinsbewegung in ihrer großen Tendenz geschildert. Ob in der Tat in den 60er Jahren bis hinein in die 90er Jahre die Partei eine **feindliche** Stellung zu den Konsumvereinen eingenommen hat, läßt sich mit gutem Grunde bestreiten. Ausschlaggebend war — soweit ein Rückblick das erkennen läßt — für ihre Stellung die Erkenntnis, daß eine **entscheidende** Bedeutung für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei den Konsumvereinen nicht zukommen kann. Gegenüber der Ueberschätzung der Konsumvereine im Emanzipationskampf war eine Vorsicht, die leicht als Unterschätzung der Bedeutung der Konsumvereine gedeutet werden kann, durchaus am Platz. Die Konsumvereine verschaffen dem kämpfenden Proletariat bessere und billigere Lebensmittel und mancherlei sonstigen Nutzen und sie bilden eine treffliche Schule des Gemeinsinns und demokratischer Verwaltung, wirken also auf sozialistisches Denken und Fühlen ein. Aber das ist erst möglich, **wenn ein kämpfendes, klassenbewußtes Proletariat** vorhanden. Erst von da ab konnte die Genossenschaftsbewegung eine nicht unwichtige Stelle im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse spielen.

Es ist daher kein Zufall, daß innerhalb der Konsumvereinsbewegung eine Auseinandersetzung zwischen Bürgertum und Arbeitern kommen mußte. Die darauf hindrängenden Tendenzen sind in der kurzen, knappen Schilderung deutlich zu erkennen, die der Verfasser über die Gründung und Entwicklung der Konsumvereine insbesondere seit Anfang der 80er Jahre gibt. Den Schlußstein der Auseinandersetzung bildete die Kreuznacher Tagung 1902, „der Tag von Kreuznach", schreibt Göhre mit Recht, „ist zu einem hohen Glückstag für die Konsumvereine geworden. Ueberall seitdem ein überraschend stolzes Aufblühen, ja geradezu ein urwüchsig gesundes Vorwärtsdrängen auf allen Gebieten, über die sich die rastlose Tätigkeit der Vereine erstreckt!"

Die heutigen Arbeiterkonsumgenossenschaften spricht Göhre als **proletarisch, demokratisch** und **sozialistisch** an und führt das des Näheren aus. Ueber die durchaus **demokratische** Verfassung schreibt er:

„Nach der durch das Genossenschaftsgesetz festgelegten Verfassung ist in jedem Konsumverein die Generalversammlung der Mitglieder die oberste Instanz. Sie wählt Aufsichtsrat und Vorstand, in kleineren Vereinen auch die Angestellten der Betriebe bis herab zur letzten Verkäuferin; in größeren Vereinen besorgen das, aber als ihre Bevollmächtigte, Vorstand und Aufsichtsrat, oder auch nur ersterer allein. Demokratisch bestimmt ist auch das Arbeitsverhältnis in den Vereinen. Da die Angestellten (bis auf die minderjährigen Verkäuferinnen) selbstverständlich stets Mitglieder des Vereins sind, entsteht der interessante Zustand, daß sie, mit den übrigen Mitgliedern zusammen freilich, in den jährlichen Generalversammlungen über die Anstellung respektive Wiederwahl ihrer eigenen Vorgesetzten mit entscheiden. Das ergibt, um so mehr da diese genau wie sie derselben Klasse, eben der Arbeiterklasse entstammen, ein gegenseitiges Verhältnis bei der Arbeit, das grundsätzlich von demjenigen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen in Privatbetrieben verschieden ist. Dort fast unbedingte Subordination (wer nicht pariert, der fliegt!), hier mehr kameradschaftliches Hand in Hand arbeiten (alle sind untereinander „Genossen"). Selbstverständlich herrscht auch in konsumgenossenschaftlichen Betrieben Disziplin; aber es ist eine solche, die mehr auf Einsicht in den Zusammenhang des Betriebs, als wie auf wirtschaftlichem Zwang beruht. Selbstverständlich gibt es auch hier Vorgesetzte und Untergebene. Aber nur so lange der Betrieb geht; danach tritt sofort wieder die Gleichordnung an die Stelle. Und auch diese Tatsache wirkt in das Arbeitsverhältnis hinüber: es wird kaum je barsch befohlen, fast stets kameradschaftlich angeordnet. Und jeder Teil trägt dabei die ihm zugemessene Verantwortung."

Nach Anführung der auf dem Parteitage zu Magdeburg und auf dem internationalen Sozialistenkongreß zu Kopenhagen gefaßten Beschlüsse ruft der Verfasser die Parteigenossen und Genossinnen zum **Eintritt in die Konsumvereine** auf, um dort „jenen sozialistischen Geist zur Geltung zu bringen, der auch für die Konsumvereine schon bisher ein starkes Mittel ihres Fortschritts war und es verstärkt in Zukunft werden kann und muß."

Das Buch können wir zur Lektüre und Propaganda für die Konsumgenossenschaften dringend empfehlen. Es informiert in Kürze über den Werdegang der Konsumvereine und über ihr Verhältnis zur Partei.

Lese- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht". Heute Mittwoch, abends 9 Uhr: Sitzung im Lokal von Eichhorn, Danziger Str. 93. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Jahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

P. W. 20. Nur dann, wenn im Statut vorgesehen. — **Guben 2.** Ihre Frage ist bereits im Briefkasten des „Vorwärts" vom 9. April beantwortet und zwar dahin: Die Höhe der Invalidenrente läßt sich nicht berechnen, da Sie die genaue Anzahl der Marken und auch nicht die Lohnklassen, in der die Marken geklebt sind, mitgeteilt haben. Der Anspruch besteht für die Zeit nach Beendigung der 26 Wochen Krankheitsdauer. Die Invalidenrente unterliegt der Beschlagnahme wegen Mietsforderungen nicht. — **E. K.** Nein. — **Louis.** Wir raten von Erhebung einer Privatklage ab. — **N. Z. 66.** Ohne nähere Kenntnis des Inhalts nicht zu beantworten. In der Regel bleibt in solchen Fällen das Testament gültig. 2. Ja. Durch eigenhändige Niederschrift mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehen. — **W. T. 1883.** 1. Gewerbedeputation, Stralauer Straße 3/6. 2. Einfache Anmeldung unter Angabe der Höhe des Betriebskapitals und der Höhe des voraussichtlichen Reinverdienstes. 3. In Berlin nein. — **N. W.** Mindestens die Hälfte des Krankengeldes. Antrag ist an die Invalidenversicherungsanstalt zu richten. — **H. Z. 3.** Ein jetzt zu schließender Ehevertrag würde die Zahlungspflicht nicht beseitigen. Wenn jetzt anzuschaffende Sachen mit Mittel Ihrer Tochter beschafft werden und diese auch als Käuferin auftritt, ist sie Eigentümerin der Sachen. Sie könnte alsdann für den Fall der Pfändung intervenieren. — **A. J. 99.** Nein. — **F. J. 2.** Es besteht eintägige Kündigungsfrist. — **P. Sch. 50.** Falls sich nachweisen läßt, daß Sie bereits am Dienstag arbeitsunfähig krank waren, haben Sie auch für diesen Tag Krankengeld zu beanspruchen. — **K. P. 2.** Ja. — **W. W. 27/28.** 1. Ja. 2. Das ist möglich. — **P. R. 104.** 1. Für den Fall, daß ein Verlöbnis bestand und die Gegenseite das Verlöbnis ohne ausreichenden Grund gelöst hat oder die Lösung verschuldet hat, kann Rückgabe binnen Jahresfrist gefordert werden. 2. Ja. 3. Nach Ablauf der in der Aufforderung gesetzten Frist, die beliebig bemessen sein kann. — **E. T. 19.** An den Wirt. — **F. S. 51.** Das erste Vierteljahr. **Sch. 500.** Zu zwei Jahren, die Verjährungsfrist beginnend mit Ende des Kalenderjahres, in dem die Forderung entstanden ist. — **R. L. 11.** Die Abzahlungen für die Nähmaschine sind nicht abzugsfähig. Falls Einkommen Ihrer Frau bei der Veranlagung mitberücksichtigt ist, können die Versicherungsbeiträge gekürzt werden. — **R. P. 35.** Auch nach erfolgter Scheidung bleiben Sie für die Unterhaltskosten haftbar. — **O. L. 14.** Daß der 30. April mitten in die Woche fällt, ist unerheblich. Ob Sie sonst noch Ansprüche haben, läßt Ihr Schreiben nicht erkennen. — **A. K. 6.** Der Ehemann ist alsdann zur Zahlung gesetzlich verpflichtet.

Witterungsübersicht vom 29. April 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 8° C. = 6° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 8° C. = 6° R.
Swinemde.	766	SSO	2	heiter	18	Haparanda	770	N	4	wolkig	3
Hamburg	764	OSO	2	Dunst	17	Petersburg	773	Still		wolkenl	5
Berlin	765	S	2	heiter	19	Scilly	759	S	3	bedeckt	10
Frankf. a. M	765	Still		Dunst	15	Aberdeen	761	Still		wolkig	8
München	765	SW	2	wolkenl	15	Paris	764	NO	1	wolkenl	16
Wien	766	ONO	1	wolkenl	14						

Wetterprognose für Mittwoch, den 30. April 1913.

Vorwiegend heiter und sehr warm, bei meist schwachen südöstlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 28. 4. cm	seit 27. 4. cm [1])	Wasserstand	am 28. 4. cm	seit 27. 4. cm [1])
Memel, Tilsit	476	—21	Saale, Grochlitz	114	—2
Pregel, Insterburg	197	—17	Havel, Spandau [2])	44	0
Weichsel, Thorn	366	+8	„ Rathenow [3])	52	+2
Oder, Ratibor	205	—23	Spree, Spremberg [2])	84	—2
„ Krossen	212	0	„ Beeskow	81	+1
„ Frankfurt	197	+17	Weser, Münden	172	—11
Warthe, Schrimm	214	+18	„ Minden	260	—2
„ Landsberg	89	+7	Rhein, Maximiliansau	—	—
Netze, Vordamm	33	—5	„ Kaub	248	—3
Elbe, Leitmeritz	2	+2	„ Köln	274	—10
„ Dresden	—127	—9	Neckar, Heilbronn	92	+12
„ Barby	159	—10	Main, Hanau	156	—3
„ Magdeburg	134	—6	Mosel, Trier	—	—

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall. — [2]) Unterpegel.

Für die

Feiertage

sind die Schuhwarenläger der alten Stiller-Firma in allem, was neu, schön und elegant ist, so reichlich ausgestattet, daß jeder Wunsch erfüllt werden kann!

Ganz neue Modelle in Damen-Halbschuhen

Elegante Herren-Stiefel in ganz neuen Formen

Haupt-Geschäft: Jerusalemer Str. 32-35
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Haupt-Preislagen: **8.75 10.50 12.50 14.50 16.50 18.50** Höchste Leistungen!

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Nachruf.

Am 24. April verstarb unser Genosse, der Maurer

August Gerloff

Gleimstr. 5. — Bezirk 596.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung fand bereits am Montag auf dem Elisabeth-Kirchhof in der Prinzen-Allee statt.

227/8 **Der Vorstand.**

Am 28. April, vorm. 3/4 9 Uhr, starb nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, der Gastwirt

Albert Schulz

im 48. Lebensjahre. 149I

Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Frau Berta Schulz.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Neuköllner Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am Montag, den 28. April verstarb unser Parteigenosse, der Gastwirt

Albert Schulz

(Zietenstr. 77, 19. Bezirk).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Mai, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kutscher

Emil Borchert

am 26. d. Mts. im Alter von 48 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. d. Mts., nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes in Weißensee, Röldestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

64/12 **Die Bezirksverwaltung.**

Zentral-Verband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 27. April unser Kollege

Wilhelm Preußner

(Bezirk Neukölln)

im Alter von 40 Jahren an einem Herzschlage verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 1. Mai 1913, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

192/7 **Der Vorstand.**

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Am 28. d. Mts. verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied

Gustav Pfennig

im Alter von 44 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem Luther-Kirchhof in Lankwitz-Marienfelde statt.

27/15 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiterverband.

Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Hermann Klabe

(Allensteiner Str. 22) im Alter von 47 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute** Mittwoch, den 30. April, nachmittags 5 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshain aus auf dem St. Bartholomäus-Kirchhofe in Weißensee, Falkenberger Straße, statt.

82/11 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die rege Beteiligung an der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen, sowie für die zahlreichen Kranzspenden sagt herzlichen Dank

Berlin, den 29. April 1913. [657b

Familie Oberschmidt.

Am 27. April, 6½ Uhr, entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden im 54. Lebensjahre mein lieber herzensguter Mann, der Gießermeister

Otto Sentz.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Elise Sentz.

Nieder-Schöneweide, Sedanstr. 14.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 1. Mai, nachmittags ½4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes von Ober-Schöneweide aus statt.

Am 28. d. M. entschlief sanft unsere liebe, gute Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Witwe

Pauline Pilz

geb. **Wiltheiß**

im 73. Lebensjahre. 656b

Dies zeigen tiefbetrübt um stille Teilnahme bittend an im Namen der Hinterbliebenen

Otto Pilz und **Hans Pilz.**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags ½4 Uhr, vom Trauerhause Weißenburger Str. 68 aus nach dem Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee, statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau 40A

Martha Spaltenstein

sage ich hiermit allen Teilnehmern, insbesondere meinen Kollegen und Kolleginnen des K.-W. D., Abt. Df, Saal 12, meinen herzlichsten Dank.

Otto Spaltenstein.

Verband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

August Flicke

im Alter von 63 Jahren infolge eines Betriebsunfalls plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Weißenseer Gemeinde-Friedhofes aus statt.

22/5 **Der Vorstand.**

Am 28. d. Mts., entschlief nach langem schweren Leiden meine innigstgeliebte, unvergeßliche Frau, treusorgende Mutter, unsere Tochter und Schwester

Marie Kohl

geb. **Jähne.**

Die trauernden Hinterbliebenen

Richard Kohl und Tochter,

Familie Jähne.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Jerusalemer Kirchhofes, Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Schwarze Kleidung

Fertig am Lager:

Gehrock-Anzüge 70, 60, 50, 40, 36 M.

Smoking-Anzüge 80, 70, 60, 50, 40 M.

Cutaway u. Weste 65, 50, 40, 36, 33 M.

Beinkleider 18, 15, 12, 10, 8 M.

Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Jünglinge :: in größter Auswahl ::

Feine Maß-Anfertigung :: in ca 10 Stunden ::

Baer Sohn

Kleider-Werke

Berlin. Gegr. 1891.

Chausseestraße 29—30.
11. Brückenstraße 11.
Gr. Frankfurter Str 20.
Schöneberg, Hauptstr. 10.

Westmanns Trauermagazin

Extra-Abteilung

I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).

II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt. Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).

Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganl. Genre z. äußerst niedrigen Preisen.

Sonder-Abteilung:

Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Lieferant d. Konsumgenossenschaft Berlins u. Umgegend

Eigene Fabrikation

1, Kottbuser Straße 1 (Kottbuser Tor)

Eugen Kehr & Co.

Spezialgeschäft für Herrenhüte.

Große Auswahl. — Solide Preise. — Fachmännische Bedienung.

Filialen: Prenzlauer Allee 27 (a. d. Immanuelkirche). Am Friedrichshain 35 (Königstor).

Georg Gottmann

Frankf. Allee 118a. Gr. Frankfurter Str. 130. Frankf. Allee 162.

Hüte, Strohhüte, Panama, Schirme, Wäsche, Krawatten.

— Lieferant der Konsumgenossenschaft. —

Ziehung schon 8. Mai 1913 in Kiel.

Schleswig-Holsteinische Pferde-**Lotterie**

3261 Gewinne im Gesamtwert von Mark

80000

spez. 49 Pferde und 4 Equipagen Mark —

63500

3216 vollwertige Silbergewinne Mark —

16500

1. Hauptgewinn: ein eleganter Vierspänner Mark —

10000

Lose 1 Mk. 11 Lose aus verschiedenen Tausenden 10 Mk.

Porto und Liste 30 Pfg. extra empfiehlt und versendet

General-Debit **Gust. Pfordte, Essen-Ruhr**

sowie in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

westmann

Mohrenstr. 37a. Gr. Frankfurterstr. 115.

Grosser **Ausverkauf** von **1468** Stück

Waschkostüme sonst bis M. 46, für M. **15**

Frauenmäntel sonst bis M. 76, für M. **20**

Elegante Kostüme sonst bis M. 100, für M. **35**

Staub-Mäntel sonst bis M 46, für M. **15**

Kleider sonst bis M 100, für M. **33**

Himmelfahrt geöffnet 8—10 U. vorm. Sonntag geöffnet 8—10, 12—6 Uhr.

Alfred Krug, Hutmacher-meister. I. Gesch.: Brunnenstraße 54, II. „ Schönhaus. Allee 115

Bitte genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

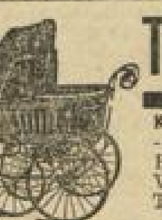
Herrenfilzhüte, nur Neuheiten in bewährten Qualitäten von Mk. **1.90, 2.40, 3.00, 3.50** und **4.50.**

Haarfilzhüte Mk. **5.00, 6.00, 6.50** und **8.00.**

Echte und imit. Panamas in allen Preislagen. Stroh- und Basthüte für Herren und Knaben, nur Neuheiten, von **90 Pfennig** an.

Größte Herrenhutspezialgeschäfte des Nordens.

Lesern dieser Zeitung **5 Proz.** Rabatt in bar!



Teilzahlung 50 Pf. an.

Klappstuhlwagen, Kinderwagen, Herren-Paletots, -Anzüge, Damen-Kostüme, -Jacketts, Röcke, Blusen, Kleiderstoffe, Betten, Tischdecken, Wäsche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Spiegel, Bilder, Uhren, Möbel, Polsterwaren, bunte Küchen, Grammophone.

F. & H. Schmidt, Petersburger Str. 23, nur 1. Etage.

Leser 5% Rabatt.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

Julius Krause

40 Kastanienallee **40**

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

zu anerkannt billigen Preisen.

Gegründet 1884.

Teilzahlung gestattet.

Ein Posten verliehen gewesener Möbel bedeutend unter Preis.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Zentrum: Albert Habnisch, Ackerstr. 174, am Koppenplatz.
2. Wahlkreis: W.: Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14, hochparterre. S. und SW.: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Richard Hackelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis. Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Fucht, Immanuelkirchstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit): Salomon Joseph, Salzwedelerstr. 8.
Wedding: F. Hönisch, Müllerstr. 34a Ecke Utrechter Str., Laden.
Rosenthaler und **Oranienburger Vorstadt:** Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 6, Laden.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Greifenhagener Str. 22.
Adlershof: Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 50.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Köpenickerstr. 6.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönow, Schönbrück und **Buch:** Heinrich Brose, Mühlenstr. 5, Laden.
Bohnsdorf, Falkenberg und **Falkenhorst:** Paul Gensch, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies".
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Sesenheimerstraße 1
Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Mahle, Stubenrauchstr. 99.
Erkner, Neu-Zittau: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Fredersdorf-Petershagen, Eggersdorf: E. Höselbarth, Petershagen.
Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: H. Bernsee, Albestr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Werkmann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Parkstr. 6.
Karlshorst: Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen, Wildau: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 8.
Köpenick: Emil Witzler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seitel, Wartenbergstraße 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: P. Hetzberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.
Marienfelde: Emil Weinert, Berliner Str. 114 II.
Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Ley, Waltersstraße.
Neukölln: W. Heinrich, Neckarstr. 2, im Laden; Neukölln, Britz: Rohr, Siegfriedstraße 28/29.
Nieder-Lehme: Karl Freitag.
Nieder-Schöneweide: Wilhelm Unruh, Brückenstr. 10, II.
Nowawes: Wilhelm Zappe, Lutherstr. 2.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17, Laden.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Ritzmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und **Schönholz:** P. Gursch, Provinzstr. 56, Laden.
Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schenkendorf b. Königs-Wusterhausen: Chr. Hantschke, Dorfstraße 10.
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seegefeld und **Falkenhagen:** Köppen, Breitestr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. **Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Mäuschstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Joh. Krohn, Borussiastr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiefholzstraße 412, Laden.
Weißensee, Heinersdorf: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, part.
Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Hüttig, Zeuthen, Miersdorfer Str. 14.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Jeder **Arbeiter,** jeder **Handwerker,** jeder praktisch arbeitende **Mann**

der für seine **Arbeit**, für seinen **Beruf**, besonders vorteilhaft geeignete **Kleidung** nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma

Kohnen & Jöring, Berlin 49. **Arbeitskleidung ◆ Berufskleidung.**

Größtes Spezialgeschäft dieser Art.

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 158 — Neukölln: Bergstr. 66.

Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Machart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Haben Sie Stoff? ich fertige davon **Anzug** od. **Paletot** nach **Maass**, schick, dauerh. Zutaten von **25 Mark** an. **Moritz Laband,** Neue Promenade 8, II. (Stadtb. Börse)

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Hamb. Messina-u. Römertrank-Kell. N 4, Bergstr. 4a, Fernsp. Kgst. 13708

Si-Si Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O, Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung

Hamburger Laden, Charl., Wallst. 69

Auto-Fahrschulen

Sanke Gr. Frankfurterstr. 44 Eintr. tägl., Teilz. gest.

Bäckereien, Konditor.

Blottner's Großbäckerei Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Friedr. Barz, Landsb. Allee 146
Paul Berger, Mirbachstr. 29
K. Biedermann, Gryphiusstr. 18.
Paul Delly, Markusstraße 15.

Brot-Fabrik „Vorwärts" Hermann Ullrich, Köpenick.

Franz Faulwetter, Manteuffelstr. 87.
E. Freyer, Rigaerstr. 72, E. Markusstr
Georg Genz, Memelerstr. 20
Göring, Hugo Greifswalderst. 225
M. Gruschke, Königsbergerst. 35

Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892.

Hoppe's Nachf. Kranzeck, Adalbertst. 66
Max Kniffert, Landsb. Allee 39.
Ernst Küster, Frankf. Allee 197.
Ladenthin, O. Grüner Weg 54.
Emil Lieske, Grüner Weg 122.
August Mante, Ebertystr. 57.
Hermann Markau, Rigaerstr. 107
Mattke, Gipsstr. 9.
E. Mertins, Reichenbergerst. 168.
Mühlstaff, Spandau, Bismarckstr. 5.
Fritz Mülle, Gräfestr. 4.
Alfred Müller, Brunnenstr. 87.
Roman Nowak, Wienerstr. 8.
Friedrich Oste, Madaistr. 10.
Herm. Proell, Nonnendamm.
Friedrich Probst, Andreasstr. 51

Bäckerei „Nordstern" Inh.: Gust. Müller Filialen i. verschied. Stadtteilen

Ranfft Reichenbergerstr. 176 Admiralstr. 38 u. 19a

F. Risleben, Samariterstr. 11.
Arthur Roemer, Kottb. Damm 101
Walter Rohr, Anklamerstr. 26.
Max Sander, Dunkerstr. 39.
Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.
Heinr. Schubert Boxh. Chauss. 5/6
Sikorski, Weißensee, Heinersdorferstr. 11
R. Schade, Pallas-St. 9 Fil. O u. NO
Paul Sorge, Proskauerstr. 21
Rich. Schenk Markusstraße 38.
P. Schinauer, Anklamerstr. 15.
Paul Schulz, Hufelandstr. 9
H. Spillmann, Grüner Weg 115.
Gustav Taupitz, Prinzen-Allee 61.
Carl Tennert, Schlesischestr. 19.
F. Tiedemann, Boxh.-R., Kantstr. 47.
Turban Filialen in allen Stadtteilen.
Josef Ullrich, Manteuffelstr. 103.
Volksbrot, E.G.m.b.H.
Otto Wagnitz, Müllerstr. 28
Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.
Fritz Wahl, Koppenstr. 46
K. Walter jr., Löwestr. 18
Hermann Wendt Chorinerstr. 85 Fil. Ackerstr. 1
Clemens Weise, Jablonskistr. 1
Wilhelma Brotfabrik Andreasstr. 82.
Otto Winkler, Nannynstr. 78.
E. Wolff, Grüner Weg 75.

Badeanstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Bad Landsbergerstr. 107 Gollnowstr. 41.
Bürgerbad Weberstr. 40b Amt Kgst. 894.
Canitz-Bad, Münzstraße 2.
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 28.
Münchener Bad Neukölln, Münchenerstr. 51
Bad Frankfurt, Gr. Frkft. Str. 136. Lieferant sämtl. Krankenkassen
Bad Friedrichshain, Landsb. Allee 153
Bad Hufeland, Hufelandstr. 45.
Kaiser-Friedrichs-Bad, Charl. a. Bh.
Original Lohtanien Bad früher Münsel, Wallstr. 70/71.
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Bad Ostend Boxhag.-Str. 17 Lief. all. Kassen
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Silesia-Bad Schlesische Str. 31.
Viktoria-Bad Kottbuser Damm 78 **Friedrich Wilhelmsbad** Chausseestr. 67.

Bandagen, Gummiw.

R. Banke, Stralauer Str. 56.
Berkholz, Köpenickerstr. 70.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
Liepe, Schöneberg, Grunewaldstr. 80.
Meyer, P., Nklln., Berlinerstr. 49—50
J. Ch. Pollmann, Lothringerstr. 60.
Reiche, A. Seydelstraße 15. Lief. aller Kassen
Zaremba Weinbergsweg 1 Drog., hyg. Artikel.

Beleucht.-Gegenst.

Büttner, A., Danzigerstr. 96.

Drogen u. Farben

Amol das Hausmittel.

Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10.
Gustav Berang, Weidenweg 80.
Brunnenstr. 108 u. 157 Apotheker H. Wieget.
A. Diepow, Tauroggenerstr. 12.
Prinz Handjeriestr. 2 Nkl. G. Wolff.
Klahn, H., Nklln. Kaiser-Friedrichst. 226
Knesebeck-Drog., Neukölln Hermannst. 119.
Krönings Adler-Drogerie, Samlerstr. 7.
P. Lehrke, Kottbuserdamm 81-82, Parfüm
Alfr. Marsch, Culmstr. 37.
Rathaus-Drogerie, Nklln. Donaustr. 34.
Hermannstr. 57 Neukölln G. R. Preusel.
Prinzenstr. 103 Alfred Hoffmann
Fr. Schlusnus, Liebauerstr. 22.
Hugo Schultz, Müllerstr. 166a.. Hyg. Gummiw., Photogr.-Artikel.
Palisadenstr. 45 Drogerie Karl Seidel.
Oberschöneweide Wilhelminenhofstr. 46 **Erich Preuß** Drogen, hyg. Gummiwar., Seifen billigst.
Werder-Drogerie, Britz Rudowerst. 5a
Zobel, Georg, N, Ackerstr 50.

Bettfedern u. Betten

G. Behrends, Neuk. Knesebeckstr. 106
Bulinski, Fehrbellinerstr. 1, E. Schönh. A.
Carl Henze, Andreasstr. 58, Reinigung
Max Schöne Landsberger Allee 149 reell und billig.

Beerdig.-Anst., Sargm.

Bredlow Eberswalderst. 16 Wörtherst. 25
Otto Büttner, Neukölln, Ringbahnst. 32.
H. Fischer Nklln., Hohenzollernpl. 11 Buckow a. Rixd. Krankenhaus.
Max Fuchs Oppelnerstr. 1 Frankfurter-Allee 170
Hanisch, Weißensee Prenzlauer Prom. 191
Hiekel, Fr., Gr. Hamburgerst. 37
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a
H. Petermeier, Strelitzerstr. 8.
Peter-Schley, Wilh., Zossenerstr. 11.

Berufskleidung

Keiner, Otto, Gerichtstraße 66.
Roter Laden, Schönh., Hauptstr. 108

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann Akt.-Brauer. Potsdam. Hg. Niederl. Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15 Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferst. 110 Spez. Potsd. Stangenbier

Bergbrauerei Weißensee T. 2, Lager- u. Malzbier

Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Tivoli Weiß- u. Malz-Bier-Brauerei, Fruchtstr. 37

Weissbier - Caramelbier Brauerei E. Willner Pankow.

Groterjans Malzbier, Schönh.-Allee 130, T. III, 1468.

C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel.

Hempel, E., Müllerstr. 128d.

Unser **Goldbier** ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges. **Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.**

Luisenbrauerei Weißensee.

Münchener Brauhaus Berlin.

Löwen-Brauerei vorzügliche Faß- und Flaschen-Biere.

Schulz, Herm., Schönleinstr. 23.
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Victoria-Brauerei Victoria-Sanzerbräu

Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 97. Tel.-A. VII, 3634.

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.
Blumen-Fischer-Zöllner Seestr. 60
E. Degar, Rixd. Kais. Friedr. St. 30, Bergst. 58
O. Hahn, Steglitz, Albrechtstr. 101
G. Laurent Brunnenstr. 63 Petersburgerstr. 11
F. Müller, Danzigerstr. 27.
Gärtner. A. & F. Meltzner, Nkll. Ringbhfst.
Ww. Rutschke Nklln. Hermannst. 62

Topfpflanzen aller Art
Britz, Rudowerstr. 92/93 Tel. Neuk. 134
Zastrow, H. Turinerstr. 34.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 35 Filialen in Berlin O.

Drei Kronen Carl Davidsohn

Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten

August Holtz 15 Detail-Geschäfte.

F. HAGEN 22 Verkaufsstellen 22

Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte

Nussbutter Margarine, täglich frisch.
Richard Reck, Neue Königstr. 19a

Wilh. Pleß, Buttergroßhdlg. Berlin C. 54, Rosenthalerst. 40 (Hackescher Hof) Fernsp. A. Nord. 3827

Schulz, Arth., Nklln., Hermannst. 65
Gust. Schultze & Sohn
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

Schröter, R. 43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen.

Cacao, Chocolade

Adler's Konditorei, Wrangelstr. 87.
Althans, Krüger-Bosh., Lindowerstr. 16.

Stollwerck Gold Silber Kupfer
Schokolade · Kakao
In drei Preislagen.
Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig und unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

Cyliax, G., Filialen i. all Stadtteilen.
Ferd. Hahn, Berlin, Petersburgerst. 73
Seiffert, R., Filial. in Berlin und Vororten

Fordern Sie **Kakao und Schokolade Wesenberg**

Cigarrenhandlungen

P. Hoefer, Kottbuser-Damm 79. Blücherst. 77, Admiralst. 9, Dresdenerst. 16.
Klein, Wilh. Müllerstr. 184, Oberbaum 1.
Krakow, Fr. NW. Wiclefstr. 47.
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 59.
G. & S. Peterke, SO. Kottbuserstr. 14.
W. Schuster Nf., Neanderstr. 28.
Alb. Werner, Ecke Elsasser u. Ackerstr

Damenkonfektion

Gallmann Neukölln, Bergstr. 133. Gelegenheitskäufe.
Dombrowsky Charl., Potsd.-St. 11 Anfertig. nach Maß
Restat, J. Kottbuserdamm 76 Brunnenstr. 33

Eisen- u. Stahlw., Waff.

Ain, O., Nklln., Kaiser-Friedrichst. 6
W. Allner, Mulackstr. 34.
Beutel, C., Boxh. Neue Bahnh. St. 36
Herm. Braun, Landsbg. Allee 149.
Otto Belig Grüner Weg 49 Wrangelstr. 50.
Emil Braun, Andreasst. 75 Ecke Bresl.
G. Brucklacher, Oranienstraße 43.
F. Beutel, Nklln. Kaiser-Friedrstr. 77
Flack, E., Spandau, Schönewalderstr. 34.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Franz Pfeiffer, O. Frankf. Allee 189.
Eugen Heum, Nklln. Walterstr. 19
Jungbluth, Hermannstr. 172.
H. Rockstroh, Berlin Gitschinerst. 25/26.
Rühlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seest.
F. Schubelt, Voigtst. 10, E. Schreinerstr.
Sellach, Th., Nklln., Hermannstr. 48
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 73
Herm. Warschade Müller-Straße 29.
Alex Weimar Alexandrinenstr. 14 Reichenbergerst. 100 (Inh. Otto Janke).

Fahrräd., Nähmasch.

Fahrrad-Leihhaus Lohmann Neue Schönhauser-Str 11.

Fahrrad-Haus „Frischauf" Brunnenstr. 35. Gründung und Eigentum der radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrrd., Schallplt. Weißenburgst. 47a
W. Malloschky, Oberbaumst. 3, Rep

Färbereien, Wäscher.

Groß-Dampfwäscherei „Spreenixe" Berlin SO., Forsterstr. 5-6 Tadellose Wäsche! Billigste Preise!

Dampfwasch-anstalt **Conkordia** Wilhelmstr. 134

D. W. A. Hansa Gerichtstraße 23 Tel. III 1309

O. Naefe Färberei u. chem. Wäscherei f. Herren- u. Damengarderobe. Läden in allen Stadtteilen Berlin, Rixdorf, Schöneberg

G. Kullick, Färb., Wäscherei Fil. Gustav Adolfst. 1, Weißenburgerst. 41 Swinemünderstr. 56, Weddingstr. 9 Müller 40a, Neukölln, Hermannstr. 37-38

Fleischer. u. Wurstw.

G. Amling, Neukölln, Elsenstr. 74
August Birnstein Dunkerstr. 78.
O. Aschenbach Schönwalder-Str. 13
August Bienert Kaiserin Augusta Allee 9.
Hans Böhm, Weidenweg 21.
A. Bentele, Thaerstr. 21.

Wilhelm Behr Wurstfabrik, Speck- und Schinkensalzerei. Berlin-Schöneberg, Kolonnenst. 57-58 Beste und billigste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.

K. Christ, Elbingerstraße 56.
Ph. Christ, Petersburgerstr. 4a.
Darge, O., Finowstr. 5.
Thilo Dorgerloh, Litthauerstr. 22
St. Dorszewski, Ebertystr. 29.
W. Dörr, Schivelbeinerstr. 27.
August Fenger, Grünauerstr. 8
Feyerherm, F., Alt-Boxhagen 11.
W. Friedmann, Nklln., Warthestr. 7.
Oskar Fröhlich, Ebelingstr. 16.
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
Albert Golz, Frankf. Allee 121.
Fr. Gerlach, Tauroggenerstr. 1a.
Gustav Girra, Waldemarstr. 21.
Rob. Gleue, Weißensee, Gust. Adolfstr. 13
Otto Grube Neue Hochst. 37.
Gusinde, Rich. Oranien-Straße 17.
Getschmann's Fleisch-u. Aufschn.-Centr., Wicherist. 158.
O. Gleich, Neukölln, Hohenzollernpl. 7
R. Grieger, Charl., Cauerstr. 19.
F. Gutschmiedt, Koloniestr. 82.
A. Herold, Ackerstr. 63
Heinrich Höhne, Skalitzerstr. 97.
Janik, C. Köpenickerstr. 5.
Fr. Jentsch, Kottb. Damm 16, Fleisch, Wurst.
B. Immig ff. Fleisch- u. Wurstw. Manteuffelstr. 102.
Heinr. Jochmann, Ziethenstr. 41.
Wilhelm Kitz, Knipprodestr. 118.
Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.
Bruno Keller Moabit Huttenstr. 11.
Otto Koch, Alte Jacobstr. 17.
Fritz Koebke, Kl. Andreasstr. 11.
Bruno Kusche, Fruchtstr. 28.
Ernst Kolbe, O. 112, Weichselstr. 15
A. Krumm, Königsbergerstr. 37. ff. Fleisch- u. Wurstwaren
M. Kops, Reinickend., Residenzstr. 144.
H. Kunert, Schönebg. Gothenst. 41
A. Lange, Reinickdf. Scharnweberstr. 113
Rob. Lindner, Neukölln, Niemetzstr. 8.
Wilhelm Liebherr Weidenweg 75.
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 45.
August Lincke, Alte Jacobstr. 36.
Emil Lindigkeit, Michaelkirchstr. 8.
Lochmann, Malplaquetstr. 32.
Luebke, Joh. Rostockerstraße 48. Fleisch u. Wurstfabr.
Aug. Maar, Schulstraße 103.
Märk. Fleischkons., Nklln., Warthest. 73
M. Mauersberger, Nklln., Kanerstr. 16
Max Metzler, Rigaerstr. 16.
R. Müller, Pankow, Wollankst. 101

A. Möbes Nchf. Fleischwaren u. Wurstfabrik Berlin N 24 Oranienburgerst. 4

Georg Naumann, Gärtnerstr. 19.
F. Neborowsky Frankfurter Allee 175.
Nord-Deutsche Fleisch-u. Wurst-Zentrale **P. Zimmermann** Seestr. 113. Anklamerst. 17
Paul Nuss Stolpische Str. 35.
Ptach Große Frankfurterstr. 13.
P. Rechel Wurstfabr., Landsbg.-Allee 130, Spz. Rollschink., Nußschink., Schlackenspeck
Rodewald, Prenzl. Allee 29 T. Kst. 2906.
Franz Rose, Frankf. Chaussee 31a.
Ottomar Rudolph, Gärtnerstr. 17
Herm. Rauchheld, Ziethenstr. 18.
A. Rehmet, Moab., Perlebergerst. 3
E. Rummelandt, Thaerstr. 60.
Hermann Schmidt, Thaerstr. 48.
Gebr. Schulz, Lithauerstr. 7.
W. Segling, Christburgerstr. 43.
Max Schlack, Langestr. 57.
Th. Scheunemann, Helmholtzst. 1.
Otto Schmalzl, Jahnstr. 1.
Schramm, Pfuelst. 23, Trept. Mpl. 11707
Otto Schleussener, Nklln. Weisestr. 8
Aug. Szczygiel, Nklln., Teupitzerst. 110
Otto Schreiber Hohenfriedbergerstr. 1.
E. Schauer, Huttenstr. 70.
E. Schersberg, Reinickendf., Hausot. 9.
Max Schubert Müllerstr. 156a.
Stargard. Fleisch-Zentrale, Stargarderst. 62
Thüring. Fleisch- u. Wurst-Fabr F. Sommermann, Boxhagenerst. 36
E. Trapp, Wurstzentrale, Waldenserstr. 16
Gust. Tschentke, Brüsselerstr. 53
Tscherbner, Straßmannstr. 8.
Max Tümmel, Christburgerstr. 34.
Karl Unte Nannystraße 17 f. Fleisch- u. Wurstw.
Uglg. Paul, Koppenstr. 25.
G. Vettin Grüner Weg 57 — 57
Warschauer Fleisch- u. Wurst-Centrale, Warschauerstr. 83
Paul Zwarg, Landsberg. Allee 136.
L. Zimmermann, Kottb. Damm 94

Fischhandlungen

C. Dittmann Neukölln Berliner Str. 42.
E. Pehling, Elbingerstr. 56.
Winkler & Bärthold, Bergst. 5 u. 57, Nkll. Münch. St. 35

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale Inh. Rich. Müller nur Kottbuser Strasse 1 Spez. Champon, Frisier-Salon Unterricht in allen Fächern Auf 4. Annonce gewähre 10%, Rabatt.

Rob. Kortmann, Schönwalderstr. 16.
H. Nixdorf, Frankfurter Al. 197, 5%, Rab.

Glas u. Porzellan

G. Kröger, Weißenburgerstr. 79.

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Chlbg., Wilmersdorferst. 127

Haus- u. Küchengeräte

Ramnick Spandau, Schönew. St. 92 Emaille, Glas, Porzellan, Lamp.

Herren-Artikel

H. Bock, Neukölln, Kaiser Friedrichst. 16.
Krause, Wilh., Nklln., Herm.-St. 168
Nordring, Brunnenstr. 84.
Ad. Mahnke Rosenthalerstr. 3 Hüte, Schirme.
A. Samuel, O. Mirbachst. 62, Schirme.
Scholz, Osw. Ri. Bergstr. 141. Ri. Hermannstr. 171.
Wrangelstr. 45 W. Sendler

Herren-u. Knabengard.

J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Besser, Julius, Nklln., Bergstr. 19
L. Mamroth Neukölln, Bergstr. 21. Mitgl. d. Wahlvereins
Laske & Slupecki, Schönh.-Allee 79 c
Marcus, S. Nklln., Bergstr. 44-45 fertige u. Maßschneiderei.
Rosner, Max Schneidermeister, Nklln., Bergst. 30/31, Lager fertig und nach Maß
Julius Salomon, Brunnenstr. 36.
J. Scholl Friedensu. Rheinst. 9 Vors. d. Bl. 5%

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Huthaus Norden Brunnenstraße 52. Badstraße 65 Chausseestraße 55. Dresdnerstraße 120

Beiße, Rud., Chausseestr. 66.
M. Grund nur Brunnenst. 177
Hut-Engr.-Lager, Boxh., Gärtnerst. 24.
A. Lemaitre, Wilmsdf., Berlinerst. 112.
Rieck, Em. Badstr. 64, Gerichtstr. 44.
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 46.
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19

Zum Hutwinkel S. Kohls, Chausseestr. 85.

Aug. Wagner, Köpenick, Grünstr. 9

Kaffee-Surrogate

Otto Goetze, Kottbuserdamm 16/17 Hof.

Kaufhäuser

Z. Alexander & Co., Badstr. 55.
Hermann Bernhard Hermann-Platz 3.
B. Hennig & Co. Landsberger-Allee 29.

Kohlen, Koks, Briketts

Siemon, A. R., Schlachthf. Wedding
Karl Werner, Neuk. Göthestr. 10

Kolonialwaren

G. Behrens, Schöneberg Akazienstr. 9
Budach, Franz, O., Goßlerstr. 23.
Georg Burow, Stromstraße 30.
Gg. Feist, Nkl., Weserstr. 4.
A. Fiedler, Köpenick, Müggelh. St. 41.

Reik Neukölln Filialen in allen Stadtteilen.

Fritz Gerull, Beusselstr. 75.
Hokenkamp & Neumann Crossenerstr. 18. Kopernikusstr. 19. Niederbarnimstr. 10.
Heinicke, Wilh., Markgrafend. 27.
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
Kohls, W., Lichtenberg, Hagenstr. 56.
Kramer, Rich., O, Kronprinzenstr. 37/38
Lips, Chamissoplatz 8
Lossier, G., Warschauer Str. 3.
Karl Mercier, Huttenst. 3
H. Müller Gebe auf War. 5% R. Tegelerst. 1 II 7002.
Müller, G. Kottbuser Damm 31 Herm. St. 155, Knesebeckst. 18
Priebe, E., Boxhag.-Chaussee 23.
A. Ramhold, Prinzen-Allee 18.
Carl Rohra, Langhansstr. 58 u. 148.
Willy Rohne Möckernstr. 84a, Kreuzbergstr. 38.
Runge, Otto, Nklln., Hermannst. 55.
A. Sägebarth, Fehrbelliner Str. 24.
Schneider, F., Nklln. Kaiser-Fried. St. 75
Scheffler, Carl, Badstr. 16.
Fritz Scheel, Schwedterstr. 47.
Schlenther, Emil, Huttenstr. 7.
Rudolf Spremberg, Wörtherstr. 1.
Wilh. Thomas, Reinickend.-Str. 54.
Otto Tück, Gubenerstr. 11.
Willi Wegener, Posenerstr. 5.

Korbwar., Kinderwag.

Metzners Filiale Beusselstr. 67.

Krankenbedarfsartik.

Fischer, Wilh., N, Swinemünd.-St. 118
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Lederwaren

Hermann Callies Grüner Weg 105
Taschen-Müller Schöneberg, Kolonnenstr. 64.

Lehranstalten

Zuschneide-Schule des Deutsch. Zuschneider-Verbandes e. V., BERLIN, Mauerstr. 86/88 T. 13401.

Mehlhandlungen

Bethke, Georg, Naunynstraße 44. Neukölln, Elbestr. 33, Kaiser-Friedr.-Str. 54, Weserstr. 199, Friedelstr. 35. Treptow, Grätz-Straße 44.

Bordasch, G. Nklln., Kais.-Frd.-St. 29
C. E. Fink, N, Pankstr. 92.
Haiff, Herm. Nklln. Hermannst. 227
Frese, Ernst 5 Geschäfte im SO.
Gaege, Otto Charlottenburg.
Paul Gaege, Spandau.
Jos. Hauke Mehl-u. Kolonialw. Bergmannstr. 95.
Heerma, H., Nklln., Hermannst. 172
Karl Hahn, Schererstr. 9.
Korn, Hugo Wrangel-Str. 117.
G. Laupichler, Turmstr. 80.
Gus. Meyer, Reinh.-St. 13, Wittst.-St. 1
C. Neugebauer Ober-Schöneweide
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
Jul. Penner Greifswalderstr. 11, vis a vis Lippehnerst.
Schleinitz, A. Mariannenstr. 14. Marktk., Marheinekest. Marktk., Dorotheenpl.
R. Wendler, Reinickendorferst. 6.

Möbelmagazine

Daehne, F., Ri., Neue Jonasstr. 36.
J. Deutmann, Gelegenheitsk. Beusselstr. 21
Wilh. Gabbert, Brunnen-Str. 162.
Geppert, Paul, Zossenerstr. 32.
Gleiser, A., Alexandrstraße 42.
O. Hacke, Wilhelmshavenerstr. 20.
König, A., Nklln., Berlinerstr. 102.
Herm. Kogel Neukölln, Hermannstr. 12.

Küchenmöbel *Berliner Küchenmöbel-Fabrik Neue Königst. 31-32, T. VII 4746*

Lange, Max Schwedter St. 26 a. d. Kast. Allee.
Misch, Siegmund Dresdner Str. 16 Schönh. Allee 6/7 Teilzahlung gestattet
Möbel-Gelegenheit Anklam, Charlottbg., Wallstr. 55.
Hugo Moh, W. 57, Potsdamerstr. 81a.

Emil Rufler Tischler-Innungsmeister Prinzenstr. 34

Schmidt, Otto Möbelfabrik Gartenst. 52.
Siebeky, W. Gneisenaustr. 18 eig. Tischl.-Tapz.-Wkst.
A. Schuster, Ob. Schöneweide, Edisonst. 59
Schwanke, Rixdf., Hermannstr. 229
Steinemann, Waldemarstraße 73 Ecke Manteuffelstr.
Ch. Tennigkeit, Elsaßerstr. 21.

Möbel-Transport

P. Enders, Gneisenaust. 7a, T. Krist 4134.
Heinr. Kaufmann, Linienst. 148.
J. Lange, Ritterst. 96. Mptz. 4195.
Paul Schur, G.m.b.H., Dirksenstr. Bg. 83.

Molkereien

Molk. Strehl Trockenf. Neukölln Hermannst. 110 E. Siegfr. St.
G. Gollsch, Fuldaerst. 29. E. Rammlerst.

Milch-Schmidt Neukölln Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96. Berlinerstr. 75 Bergstr. 157

J. Reich, Birkenstr. 33. Zwinglistr. 33

„Schweizerhof", Meierei und Milchkuranstalt. Emdener Str. 46. :: Tel. II 2565.

Musikalien

Scholz Frankfurter-Allee 73b Frankf.-Chaussee 118.

Musikinstrumente

Kirst, R. Brunnenstr. 45. Noten.
Lorenz Rahmel, Oranienstr. 182

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 26. Waschmasch.

Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.

Littauer, Vertr. Wilke, Nklln. Berlinerst. 84 Hermannst. 59/60.
Afrana-Nähmaschinen G. A. Büttner, Andreasstr. 79, Petersburgerstr. 87, Spandau, Schönwalderstr 19.

Optiker

Dase, Paul, N. Müllerstr. 174.
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Nklln. Bergstr. 148
Wienstruck, Spandau, Potsdamerstr. 19.

Papier- u. Schreibw.

O. Prochnow, Nklln. Hermannstr. 69
Seidler, Louis, Nklln. Bergstr. 42

Pfandleihen

Langer, Wrangelstr. 93, Billiger Verkauf.
A. Meusel, I. Gerichtstr. 39 Billiger Verkauf, II. Müllerstr. 168
Schmidt, Fennstr. 3

Photogr. Ateliers

W. Scharf, Rosentaler Tor, Elsasserst. 1

Photgr. Apparate

M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 3. auch Gelegenheitskf.
Hugo Schultz, *Müllerstrasse 166a Gelegenheitskäufe*
Zaremba, Weinbergsweg 1. T. Nrd. 8532.

Resterhandlungen

Luise Frömel, Greifswalderstr. 195.

Schuhwaren, Schuhm.

Damaschke, Invalidenstr. 144.
Goldmann, Spandau Schönwalderst. 54
Herm. Kärmer, Cöpenick.
Ernst Müller, Teltowerstr. 59.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 158.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Fritz Schlott, Moabit, Waldstr. 34.
Sommer, Wilh., N, Schönh.-Allee 85.

Schirme u. Stöcke

Jehnichen, Nklln., Kais. Friedr.-Str. 18
G. Schleussner, Warschauerst. 86

Seifen

Heidke, Paul, Boxysdorfstr. 13.

Stempel-u. Vereinsabzeich.

Gust. Banse, Elsasserstr. 9a.

Teppiche u. Gardinen

Gardinenh. Bernhard Schwartz Berlin, Wallstr. 13 (dreizehn).
J. A. Schulz Weinbergs-Weg 10 I.

Uhren u. Goldwaren

Arendt, H. Neukölln Bergstr. 2
Bährmann, A., Spandau, Schönw. St. 106
Otto Bickel, Charlottenburg 2. Kantstr. 144.
A. E. Deike Oranienstr. 90 Ecke Lindenstr.

Gustav Schoder Fabrik moderner Goldw. u. Uhren Hauptgesch. S. 42 Oranienst. 155/56 I. Filiale W. 80. Lützowstr. 80. II. „ Schöneberg, Hauptst. 142

Max Eisermann, Charl., Nehringstr. 16.
Max Busse Brunnenstr. 176/177.
Ellinghausen, Gebr., Grünerweg 46
Fenske, S., Kottbuserdamm 96.
P. Gädtke, Elf.-Str. 46 E. Alt Moabit.
J. Gebhardt Charlottenburg Berlinerstr. 124.
Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.
Kulebusch, W., Frft. Chaussee 61
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Nolte, K., Simon-Dachstr. 13.
Albin Pohl, Winsstr. 53.
Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112. Brunnenstr. 81
Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a.
Emil Quade Schöneberg, Hauptstr. 148.
G. Scharnow, Oranienstr. 45.
R. Schmelz, Reichenbergerstr. 142
Schünemann, G. Nklln., Berl.-St. 78
Schumacher, O., Tegel, Berl.-St. 6a.
Max Storch, Elbingerstr. 100.
A. Trenner, Wilhelmsh. Hauptstr. 12.
Wegner, R. Nkll. Bergstr. 58.

Versicherungen

„Deutschland" Berlin Arbeiterversicherung — Schützenstraße 3. Sterbekassenversicherg.

„Friedrich Wilhelm" Berlin W8, Behrenstr. 58—61 Lebens-, Sterbekassen-u. Arbeiterversicherg. Mit u. ohne ärztl. Untersuchung Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge

„Iduna" zu Halle a. S. Berlin, Charlottenstr. 82 Volks- und Lebensversicherung.

Warenhäuser

Wilh. Herm. Lesser Kolonnst. 54 Schöneberg Kolonnst. 54 Bei jedem Einkauf Rabattm.

Weine, Liköre u. Fruchtsäfte

Hugo Boling 60 Filialen in allen Stadtteilen.

Conrad Großdestillation Oranienstr. 207
Krakow, Fr. NW. Wiclefstr. 47. Einzelverk. z. Engr.-Preisen.
Hermann Meyer & Co., Act.-Ges.
Ignatz Sello Brunnenstr. 16 und Filialen. Einzelverk. z. Engr.-Preis.
Großd. „Zur Sonne", P. Freudenberg

Weiß-, Wollw., Trikot.

Max Boeldicke Chausseestr. 67.
M. Gardels Beusselstraße 76 Tauroggenerst. 10
Hoppe, E., Scharnweberstr. 53.
Julius John Lortzingstr. 9. Dunkerstr. 1.
Juncker, H. Neukölln Hermannstr. 172.
Carl Klein, Höchstestr. 16, N. O. 18.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 56.
Fr. Ollwetski, Alte Jakobstr. 127.
Schrom, Lina, Mirbachstr. 31.
Hermann Meyer, Schivelbeinerst. 21.
L. Schneider, Weberstr. 61.
Albert Vogt Urbanstr. — 31. —

Wild u. Geflügel

C. Dittmann Neukölln Berliner Str. 42.
P. Hildebrandt Brunnen-Straße 122.
Schmidt, E., Spandau, Havelst. 19
Zastrow, Landsberger-Allee 147. Fische.

Zahn-Atelier

Döby, H., Neukölln, Bergst. 48S-K. 1179
M. Gorodiski, Hüls Nachf. Brunnenst. 6
O. Hiller, Feinmeisterst. 10/11 T. N4. 7673
Herod, H., Elsasserst. 97 (Spezial Platin)
Körber, O., Mariendorf, Chausseestr. 50
H. Liedeke, Warschauerstr. 80.
H. Hasenke, Birkenstr. 33.
Witte, Max Muskauerstr. 14. Ecke Manteuffelstr.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Pichelsdorf T. B. steht uns das Lokal „Der Reichsgarten“, Inhaber August Thiele, zu allen Veranstaltungen der Partei und Gewerkschaften zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Neukölln. Heute abend 8½ Uhr findet bei Bartsch, Hermannstraße 49, die Versammlung der Jugendsektion statt. Tagesordnung: Grundsätzliche Diskussion über Luther und seine Zeit. Referenten sind die Genossen Farwig und Köppen. Verschiedenes. Wir bitten die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Schöneberg. Heute Mittwoch, den 30. April, abends 8 Uhr, findet für die Einwohner des 3. Kommunalbezirks im Gustav-Behrens-Theater, Goltzstr. 9, eine Wählerversammlung statt, in der Stadtverordneter Genosse R. Küter über die Landtagswahlen referieren wird.

Johannisthal. Die Genossen und Genossinnen treffen sich heute Mittwoch, abends ½8 Uhr, im Arbeiterheim zur Teilnahme an der Wählerversammlung in Nieder-Schöneweide im „Waldhaus“, Berliner Straße, in welcher der Kandidat des Kreises, Genosse Hofer spricht.

Adlershof. Freitag, den 2. Mai, abends 7 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung.

Mariendorf. Heute Mittwoch abend 7 Uhr: Handzettelverbreitung von den Landtagswahl-Bezirkslokalen aus.

Petershagen-Fredersdorf. Die Genossen, welche an dem Ausflug nach dem Stienitzsee teilnehmen wollen, treffen sich um ½9 Uhr im Lokal von Appel in Petershagen. Abmarsch 9 Uhr.

Wannsee. Heute Mittwoch, abends 8½ Uhr, findet im „Fürstenhof“ (O. Ackermann), eine öffentliche Landtagswählerversammlung statt. Thema: „Der Freiheitskampf in Preußen“. Referent Genosse R. H. Will-Wannsee.

Hermsdorf bei Berlin. Freitag, den 2. Mai, abends 8½ Uhr, findet im Restaurant „Bellevue“, Inh. Albert Pfeffer, eine öffentliche Versammlung statt. Vortrag des Landtagsabg. Adolf Hoffmann über: „Die preußischen Landtagswahlen“.

Berliner Nachrichten.

An unsere Abonnenten!

Nach einem Beschluß der Preßkommission und nach tariflicher Vereinbarung mit dem Transportarbeiterverband soll am ersten Sonntag im Monat das Abonnementsgeld kassiert werden, wenn derselbe nicht vor dem vierten Tag im Monat fällt. Danach werden die Botenfrauen am kommenden Sonntag, den 4. Mai, kassieren.

Wir bitten höflichst, im Interesse des Geschäfts und der Botenfrauen, zu diesem Sonntag das Abonnementsgeld bereit zu halten, da an den Feiertagen nicht kassiert werden soll, damit den Botenfrauen die Möglichkeit eines freien Sonntags gegeben ist und ihnen unnötige Wege erspart werden.

Die Hauptexpedition.

Berliner Industriebauten.

An der Alexandrinenstraße übergibt man jetzt wieder einen jener modernen Industriepaläste, wie sie in den letzten Jahren mehr und mehr erstehen, der Benutzung. „Der Messinghof“ betitelt sich das neue gewaltige Industriegebäude und deutet damit an, daß in erster Linie die Messingindustrie in seinen Riesenräumen beheimatet sein wird. Die Errichtung dieses Industriepalastes gibt Anlaß, auf die Entwickelung der Berliner Industriebauten hinzuweisen. Auf dreierlei Art wird heutzutage das großstädtische Grundstück ausgenutzt. Entweder baut man das mehr oder weniger typische Miethaus, oder der Besitzer errichtet sich als Fabrikant selbst ein industrielles Unternehmen, oder aber er stellt umfangreiche Räumlichkeiten her, die er dann an einzelne kleinere Unternehmungen der Industrie weiter vermietet. In letzterem Falle ist aus anfänglichen Versuchen im Laufe der Zeit dann der moderne Berliner Industriepalast geworden. Die Ritterstraße im Südosten, die im Laufe der letzten Jahre fast ganz zur Geschäftsstraße geworden ist, beherbergte wohl die ersten derartigen Gebäude. Aber auch an den Ufer der Spree entstanden sie, und wer heute eine Fahrt per Dampfer nach Friedrichshagen oder Grünau unternimmt, kann innerhalb des Berliner Weichbildes rechts und links der Spreeufer riesige Kolosse mit vorgestreckten Kränen und Winden erblicken. Von der Ritterstraße aus haben sich die Industriehöfe nun noch weiter hinaus placiert, so daß auch bereits am Landwehrkanal in der Gegend des Mayhachufers und des Kottbuser Ufers mächtige Industriegebäude entstanden sind. Besonders der „Erdmannshof“, der vor zwei Jahren dort errichtet wurde, bildet ein Wahrzeichen dieser industriellen Etablissements.

Günstige Vorbedingung beim Erbauen solcher Riesen ist, daß sie in eine Gegend zu stehen kommen, wo der geschäftliche Verkehr ein dankenswerter ist und hierfür ist der Südosten besonders geeignet. Anders natürlich, wenn man einen Bureaupalast errichten will. Ein solches Haus wird man besser in der City herrichten. Wir finden ja auch, daß aus dem ersten Berliner Reichstagswahlkreis das wohnbare Publikum immer mehr nach der Peripherie oder nach den Vororten gedrängt wird, während die ehemaligen Wohnhäuser selbst durch Umbauten zu Geschäfts- oder Bureauräumen ausgebaut werden. Die Industriegebäude, wie wir sie im Auge haben, legt man in der Regel so an, daß das mit einer prunkenden Fassade geschmückte Vorderhaus Wohnzwecken dient, und, um den zahlungsfähigen Elementen ein zufriedenes Wohnen zu sichern, verlegt man in das erste Hinterhaus oft Bureauräume, während dann in den weiteren Quergebäuden und den Seitenflügeln das Fabrikgetriebe mit lautem Stoßen, Schlagen, Surren und Pochen vor sich geht.

Aber auch diese Industriepaläste werden gleichzeitig wieder zu Spezialpalästen, wie das Beispiel des eben errichteten Messinghofes zeigt. Es gibt Industriegebäude mit drei, vier Quergebäuden und umfangreichen Seitenflügeln, in denen nur Tischlereien heimisch sind, wieder andere, in denen die Eisenindustrie ihre Stätte hat, und auch solche, wo einige Zeitungsdruckereien fröhlich öffentliche und private Meinung münzen. Einen sicheren, wenigstens heute sicheren Vorteil haben die Besitzer solcher Etablissements zurzeit voraus: sie setzen ihre Räume schneller ab. Als vor zwei Jahren der „Erdmannshof“, das größte bisherige Etablissement dieser Gattung, fertiggestellt war, waren auch die vielen Räume gleich vermietet. Dafür wies aber auch das mit enormen Mitteln errichtete Gebäude allen nur wünschenswerten einschlägigen Komfort auf. Fahrstühle von 3 mal 8 Quadratmeter Tragfläche und einer Tragfähigkeit von hundert Zentnern waren vorhanden und konnten auf diese Weise schwere Automobile vom Keller bis in das letzte Stockwerk gebracht werden. Da dieser Palast ganz unterkellert war, hatte man im Kellergeschoß allenthalben Schienengleise mit Drehscheiben angebracht und konnte auf solche Art die gesamte Materialbeförderung unterirdisch erledigt werden, was natürlich den Verkehr auf den Höfen kolossal verringerte. Zugute kommt diesen Unternehmungen bei der Vermietung meist die Tatsache, daß das Berliner Exportgeschäft sich bereits stark im südlichen Berlin konzentriert hat.

Jedes Jahr erstehen jetzt etwa drei bis vier solcher Industriepaläste. Man braucht aber nicht zu glauben, daß deren Herstellung billiger ist als der Wohnhausbau. Zwar sind Wände bedeutend weniger nötig und auch die Innenausbauarbeiten sind im Verhältnis zum Wohnhause minimal; aber man vergesse nicht, daß die erforderliche Stabilität solcher Gebäude Hunderttausende von Zentnern an Zement und Eisen verlangt. Die Kosten des Wohnhausbaues werden dabei in der Regel überschritten. Denn hier ist nicht die Arbeitskraft, sondern das Material ausschlaggebend. Und letzteres ist immer noch teurer auf dem Markte, als der menschliche Körper. Die modernen Industriepaläste selbst aber sind ein gewaltiges Zeichen kapitalistischer Entwickelung, und Johannes Timpe im Kretzerschen Roman würde Augen machen, könnte er einen Blick auf das heutige Berlin werfen.

Arbeitgeber oder deren Bevollmächtigte, die vom Lohne ihrer Arbeiter Beitragsteile abziehen, ohne die erforderlichen Marken zu verwenden, können durch das ordentliche Gericht zu einer Gefängnis- oder Geldstrafe verurteilt werden. Ein solcher Fall, in dem ein Geschäftsführer einer Gesellschaft mehrere Jahre hindurch den Arbeitern Lohnabzüge machte, ohne Marken für sie zu verwenden, kam erst kürzlich vor dem Landgericht I in Berlin zur Verhandlung und führte zu einer Verurteilung des Angeklagten zu 30 M. Geldstrafe. Die Verurteilung sei eine Warnung für Arbeitgeber, die ähnlich verfahren.

Der Wahre Jakob gelangt infolge des Maifesttages bereits heute Mittwoch in der Buchhandlung Vorwärts. Lindenstraße 69 zur Ausgabe.

Verbrennungstod einer Greisin.

Auf furchtbare Weise um Leben gekommen ist in der vergangenen Nacht die 85 Jahre alte Almosenempfängerin Karoline Kaklat geborene Christin aus der Posener Str. 11. Frau Kaklat, deren Mann, der Gärtner war, vor 34 Jahren starb, wohnte seit vier Monaten in einer kleinen Stube im ersten Stock des Quergebäudes in genanntem Hause. Die Greisin, die nachts schlecht schlafen konnte pflegte sich, wenn sie erwachte, auf einem Spirituskocher Kaffee zu bereiten.

In der vergangenen Nacht gegen 3 Uhr stand sie wieder auf, um sich Kaffee zu wärmen. Beim Füllen des Kochers, der auf einem Stuhl neben dem Ofen stand, explodierte die Flasche und das Feuer ergriff das Hemd der alten Frau, mit dem diese nur bekleidet war. Der Rauch, der dadurch entstand, zog zu dem offenstehenden Fenster hinaus und wurde von einem Mieter, der über ihr wohnt, sofort wahrgenommen, weil der Mann ebenfalls keinen Schlaf finden konnte. Dieser blickte daraufhin zum Fenster hinaus und sah nun den hellen Lichtschein in dem Zimmer der Greisin. Mit einem Nachbarn eilte er sofort hinunter, schlug die Füllung der Tür ein und löschte die Flammen, die inzwischen auch schon den Fußboden und den Stuhl erfaßt hatten. Die Bedauernswerte hatte aber so schwere Brandwunden erlitten, daß keine Rettung mehr möglich war. Als ein Arzt eintraf, den man sofort herbeiholte, konnte dieser nur noch den Tod der Frau feststellen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und dem Schauhaus überwiesen.

Das Märkische Museum ist am 1. und 11. Mai (Himmelfahrtstag und Pfingstsonntag) geschlossen, am Pfingstmontag dagegen (wie alltäglich, außer Sonnabends) geöffnet.

Fortzahlung des Lohnes an städtische Angestellte während Friedensübungen. Die verheirateten Arbeiter und Bediensteten der Stadtgemeinde Berlin erhielten bisher bei längeren Friedensübungen während vier Wochen die Hälfte ihres Lohnes als Familienunterstützung, wenn sie über zwei Jahre im städtischen Dienst gestanden hatten. In Zukunft soll nach einer neuen Bestimmung des Magistrats diese Unterstützung auch schon dann gezahlt werden, wenn die Beschäftigung des Reservisten bei der Stadt über ein Jahr währt.

Nebenerwerbsuchende

finden immer wieder in gewissen Inseratenblättern die verlockendsten Anerbietungen. Die Arbeit, die ihnen offeriert wird, ist fast stets Heimarbeit. Diese besteht zumeist in Adressensammelei, doch ist das fast niemals schon aus den Inseraten zu ersehen. Das Nähere hierüber erfährt der Nebenerwerbsuchende in der Regel auch nicht sogleich durch die erste Antwort, die auf seine Meldung einläuft. Der übliche Geschäftsgang ist der, daß der sich meldende Nebenerwerbsuchende zunächst mit einer Zuschrift beglückt wird, die kurz von Adressenarbeit spricht und im übrigen ihm Geld abfordert. Erst wenn er das schickt, könne man ihm die nötigen Informationen usw. zugehen lassen.

Daß die Nebenerwerbsuchenden zu allererst bar Geld hergeben sollen, darüber hat schon mancher uns seine Verwunderung ausgesprochen. Einer legt uns jetzt eine Zuschrift vor, die ihm übersandt worden ist, nachdem er auf ein „schriftliche Heimarbeit“ anbietendes Inserat des „Lokal-Anzeigers“ sich gemeldet hatte. Das Inserat ging aus von einem „Germania-Verlag“ in Friedenau, und als dessen Inhaber hat A. Lüder sich in dem Schreiben unterzeichnet. Auch A. Lüder offeriert „Adressenarbeit“ und fordert „für Spesen, Unkosten und Schreibgebühren“ zunächst Einsendung von Geld, nach dessen Empfang er (oder ist's eine Frau?) dem Nebenerwerbsuchenden „eine Information resp. Anleitung nebst Musterschema“ zugehen lassen werde. Die Frage, warum nun Näheres über die angebotene Arbeit erst nach Einsendung von Geld erfährt, wird in dem Schreiben im voraus beantwortet. A. Lüder begründet die Geldforderung damit, daß er „nur auf ernstgemeinte Reflektanten rechnet“, und daß „es in dieser Branche sehr viele Leute gibt, die nur aus Neugierde schreiben und dadurch unnütze Arbeiten und Kosten verursachen.“

Also A. Lüder kann die Neugierigen nicht leiden und will sie sich vom Leibe halten, darum fordert er zunächst mal Geld. Vielleicht kommt er noch auf die Idee, Neugierige im voraus zu warnen und sogleich in seinen Inseraten anzugeben, daß er Informationen usw. nur gegen Voreinsendung von Geld zugehen läßt.

Die Eröffnung der Teltower Kreisschiffahrt. Am Himmelfahrtstage nimmt die Teltower Kreisschiffahrt wieder ihre regelmäßigen Fahrten auf dem Teltowkanal und den Havelseen nach dem neuen Sommerfahrplan auf. An Sonn- und Festtagen ist auf allen Strecken ein halbstündiger Verkehr eingerichtet, zu dem auch die neuen Schiffe der Kreisflotte zur Verfügung stehen. Bemerkenswert ist die neu eingerichtete Dampferverbindung Neukölln-Potsdam, für die jeden Sonn- und Festtag zwei große Dampfer in den Dienst gestellt werden. Der Fahrpreis für die Strecke Neukölln-Potsdam beträgt für Erwachsene 55 Pf., für Kinder 30 Pf. Für Vereine und Gesellschaften vermietet die Geschäftsstelle Dampfer und Motorboote.

Wo mag die Leiche geblieben sein?

Eine sonderbare Beerdigungsgeschichte, die an einen Selbstmord anknüpft, harrt noch ihrer Aufklärung. Der Selbstmord liegt schon um einen vollen Monat zurück, aber auf die Beerdigung — warten die Angehörigen noch heute.

Ein Herr R., der in einem nördlichen Vorort wohnte, erhängte sich in der Nacht vom 27. zum 28. März in Berlin auf dem Stettiner Bahnhof. Die Persönlichkeit des Toten wurde rasch festgestellt, so daß die Witwe schon am 28. März benachrichtigt werden konnte und am 29. März im Schauhause die Leiche rekognoszierte. Auch die Ermittelung der Todesursache wird nicht schwer gewesen sein, so daß das ganze Ermittelungsverfahren in kürzester Zeit hätte beendet sein können. Im Leichenschauhaus wurde der Witwe am 29. März auf ihre Frage, wann etwa die Leiche zur Beerdigung freigegeben werde, geantwortet, in drei bis vier Tagen werde Bescheid kommen. Sie selbst gab auf Befragen an, daß sie den verstorbenen Gatten aus öffentlichen Mitteln beerdigen lassen müsse. Als sie nach drei Tagen, am 1. April, sich wieder im Leichenschauhause erkundigte, ob denn die Leiche nun noch nicht freigegeben sei, fragte ein Beamter: „Wollen Sie denn mitgehen?“ „Selbstverständlich!“ antwortete sie, und er sagte ihr dann, daß die Beerdigung auf dem Berliner Gemeinde-Friedhofe bei Buch stattfinden werde. Ueber die Freigabe der Leiche wußte man selber noch nichts — und Frau R. hatte weiter zu warten. Sie wartete eine Woche, sie wartete zwei Wochen, da wurde ihr die Sache zu arg, und sie ging hinaus nach dem Friedhof bei Buch. In der Befürchtung, daß die Beerdigung wohl schon längst erfolgt sei, nahm sie sogleich einen Kranz mit, um ihn auf das Grab des Mannes zu legen. Auf dem Friedhof aber wurde sie in Abwesenheit des Inspektors durch Friedhofsarbeiter belehrt, daß eine Leiche R. weder schon beerdigt noch überhaupt angemeldet sei. Frau R. geduldete sich wieder, wartete noch eine dritte Woche und darüber hinaus und fragte dann endlich am 21. April beim Berliner Polizeipräsidium schriftlich nach dem Verbleib der Leiche ihres Mannes. Am 24. April wurde sie durch die Polizei ihres Wohnortes im Auftrage der Berliner Polizei mündlich benachrichtigt, die Leiche sei freigegeben worden. Und am Abend desselben Tages kam eine am Nachmittag in Berlin zur Post gegebene vom 24. April datierte Zuschrift des Ersten Staatsanwalts am Landgericht Berlin I, die mit dem Vermerk „Sofort!“ versehen war und so lautete: „Sie erhalten zur Nachricht, daß ich die Leiche Ihres Ehemannes freigegeben habe. Im Auftrage . . .“ (Unterschrift unleserlich.) Diese Mitteilung sagt leider nicht, wann bereits die Leiche freigegeben worden war. Daß das nicht erst am 24. April, vier Wochen nach dem Tode, geschehen sein kann, ist selbstverständlich. Frau R. hat gemeint, daß ihr nun auch noch Nachricht über die Beerdigung zugehen werde, falls diese nicht längst erfolgt sei. Noch am Abend des 28. April wußte sie nichts über den Verbleib der Leiche, und sie wird wahrscheinlich noch in dem Augenblick wo wir diese Zeilen schreiben, nichts darüber wissen.

Aber die Witwe braucht wirklich nicht länger auf Nachricht zu warten. Daß die Beerdigung tatsächlich längst erfolgt sein wird, kann nicht bezweifelt werden. Man muß sogar fürchten, daß die Leiche an die Anatomie abgeliefert und zu Studienzwecken benutzt worden ist. Das darf geschehen, wenn angenommen wird, daß kein Angehöriger sich um die Leiche kümmert. Liefert die Anatomie etwaige Reste der benutzten Leiche zurück, so werden diese im Ofen der Leichensammelstelle der Stadt verbrannt und die Asche wird auf dem Gemeindefriedhof vergraben. Auch bezüglich der Leiche des Herrn R. kann, weil die Witwe ihre Absicht, an der Beerdigung teilzunehmen, nur im Schauhause sogleich mitgeteilt hatte, irrtümlich die Annahme entstanden sein, daß niemand sich um diese Leiche kümmere. Vielleicht wird die Witwe, wenn sie auf Beantwortung ihrer Frage nach dem Verbleib der Leiche dringt, den Bescheid erhalten, daß ihr auch noch die Stelle gezeigt werden kann, wo das Häuflein Asche vergraben worden ist.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Dienstag mittag am Vinetaplatz. Dort lief der 8jährige Schüler Bruno Köppen im Eifer des Spiels gegen den Vorderperron eines Motorwagens der Linie 27. Der Knabe wurde umgerissen und geriet mit dem Oberkörper unter dem Schutzrahmen. Mit Hilfe der herbeigerufenen Feuerwehr wurde das Kind, das schwere innerliche Verletzungen davongetragen hatte, tot hervorgezogen. Die Leiche wurde ins Schauhaus geschafft.

Das Kind im Müllkasten.

Durch einen Zufall ist gestern vormittag ein neugeborenes Kind, das von seiner Mutter in einen Müllkasten geworfen worden war, vom Tode des Erstickens gerettet worden. Im Hause Wandelstraße 25 in Moabit befindet sich ein großer Hof, der auch zum Nachbargrundstück hinübergeht. Gestern vormittag gegen 9½ Uhr kam einer der Berliner „Naturforscher“ auf den Hof und entfernte von dem Müllkasten die oberste Schicht Asche. Als er schon einen Teil Asche weggenommen hatte, fand er ein Paket. Als Umhüllung diente eine große Huttüte von der Firma Meyer u. Co. in der Wilsnacker Straße 51. Der Mann öffnete die Tüte und fand ein neugeborenes, aber noch lebendes Kind darin. Dieser Vorgang war von einer Krankenschwester, die in ihrer Wohnung zum Fenster hinaussah, beobachtet worden. Sie eilte sofort auf den Hof und nahm das Kind in Behandlung, klopfte, schüttelte und massierte es und brachte den Knaben, der bereits das Bewußtsein verloren hatte, auf diese Weise wieder zur Besinnung. Dann wurde die Polizei benachrichtigt, die bald die nötigen Ermittelungen nach der Mutter einleitete. Der Verdacht, den versuchten Kindesmord verübt zu haben, fällt auf eine in der Nachbarschaft wohnende Fabrikarbeiterin, die bis gestern mittag noch nicht ermittelt werden konnte. Nach den ärztlichen Feststellungen hat das Kind bereits seit Montagabend im Müllkasten gelegen, und es ist als ein Wunder zu betrachten, daß es nicht erstickt oder durch die heiße Asche, die auf ihm gelegen hat, verbrannt worden ist. Es wurde vorläufig von einer im selben Hause wohnenden Schuhmacherfamilie in Pflege genommen.

In der Säuglingsfürsorgestelle 1 findet im Mai wieder unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege statt mit praktischen Uebungen, wöchentlich einmal. Meldungen von 2—4 Uhr im Bureau des Kinderhauses, Blumenstraße 97.

Für 1500 M. Schmucksachen erbeuteten Klingelfahrer, die gestern nachmittag der Witwe eines Oberstabsarztes in der Güntzelstraße zu Wilmersdorf einen Besuch abstatteten. Während die Dame ausgegangen war und die Wohnung ohne Aufsicht stand, kantelten Diebe die Flurtür auf und stahlen aus einem Behälter im Schlafzimmer goldene Armbänder, Broschen und Ringe, alle mit Brillanten und Granaten besetzt, eine goldene Damenankeruhr und einige Münzen, darunter einen Siegestaler, einen Frankfurter Taler und einen goldenen Hochzeitstaler. Von den Spitzbuben fehlt noch jede Spur.

Wer ist der Tote? Um einen Berliner scheint es sich bei einem ungefähr 40 bis 60 Jahre alten Manne zu handeln, dessen Leiche in Frankfurt aus dem Main gelandet wurde. Der Tote trug Kleidungsstücke, die aus Berliner Geschäften stammen und zwar einen braunen Manchesteranzug einen Arbeiterkittel und eine braune wollene Unterjacke. Auf einem Taschenmesser, das man bei ihm fand, war der Name August Gablitzel eingraviert. Die Leiche, die nach dem dortigen Schauhause gebracht wurde, scheint schon längere Zeit im Wasser gelegen zu haben, denn sie war schon stark in Verwesung übergegangen und das Aeußere des Mannes kaum zu erkennen. Es kann nur gesagt werden, daß er 1,70 Meter groß ist und dunkelblondes Haar hat.

Eine öffentliche Privatangestelltenversammlung findet am Mittwoch, den 30. April, abends 8½ Uhr, im „Marinehaus", Am Köllnischen Park (großer Saal) statt. Referenten sind: Reichstagsabgeordneter Karl Giebel über „Drohender Umfall in der Konkurrenzklauselkommission", Schriftsteller Dr. Breitscheid über „Die Privatangestellten und die Politik." Alle Handlungsgehilfen, Bureauangestellten, Werkmeister, Zeichner, Techniker und alle sonstigen Privatangestellten werden dringend ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht in Geschichte (Die deutsche Politik im Zeitalter Wilhelms II.) fällt am 1. Mai aus und findet bereits heute (Mittwoch) statt.

Ueber die Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Organisation im heutigen Wirtschaftsleben referiert heute Mittwoch, den 30. April, abends 8½ Uhr, in einer öffentlichen Versammlung für Männer und Frauen im „Märkischen Hof", Admiralstr. 18c, Stadtverordneter Genosse A. Heitmann-Neukölln. Wer durch Selbsthilfe seine Lage verbessern will, erscheine in der Versammlung.

Vorort-Nachrichten.

Verbotene Maiumzüge.

Wie alljährlich so haben sich auch diesmal einige Ortsoberhäupter damit abgeplagt, Gründe für die Ablehnung von beantragten Maifestumzügen anzuführen. Die Priorität im Genialen an Ablehnungsgründen gebührt diesmal dem Spandauer Oberbürgermeister Herrn Geheimrat Kölze. Als Chef der Polizei hat Herr Kölze die vom Gewerkschaftskartell nachgesuchte Genehmigung zur Veranstaltung eines Umzuges mit folgender Begründung abgelehnt:

Die Genehmigung zur Veranstaltung des Aufzuges am 1. Mai wird aus folgenden Gründen versagt:

Der Umzug soll am 1. Mai, dem Himmelfahrtstage, stattfinden, also an einem Tage, an dem ein außerordentlich starker Verkehr sowohl von hiesigen Einwohnern als von auswärtigen Personen auf den öffentlichen Straßen der Stadt stattfindet; dazu kommt, daß die meisten Straßen, die der Zug durchziehen soll, mit Straßenbahnen befahren werden, und daß die Zahl der Motor- und Anhängewagen an diesem Tage auch noch größer ist als sonst.

Außerdem ist in dem Aufzuge eine politische Demonstration zu erblicken, der um so größere Bedeutung beizumessen ist, als sie in eine Zeit fällt, in der die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhause und die Erörterung der deutschen Wehrvorlage bevorstehen. Der Aufzug ist daher geeignet, die Veranlassung zu Reibereien mit politisch andersgesinnten Personen zu geben.

Hiernach ist aus der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten und daher die Versagung der Genehmigung gerechtfertigt. (§ 7 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908.) Kölze.

Sowohl Stil wie auch Begründung des Ablehnungsschreibens lassen vermuten, als ob Herr Kölze Schule bei dem Berliner Polizeipräsidenten gemacht hätte. Herrn Kölze scheint nicht bekannt zu sein, daß die Gewerkschaften sich die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zum Ziel gesetzt haben. Wirtschaftliche Forderungen sind es hauptsächlich, wofür sie am 1. Mai demonstrieren. Recht sonderbar muß es auch anmuten, daß Herr Kölze gerade von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Reibereien „mit andersgesinnten Personen" befürchtet, während doch sonst bei patriotischen Festlichkeiten eine solche Besorgnis nicht besteht.

Auch der Pankower Amtsvorsteher hat dem von der Gewerkschaftsunterkommission Pankow-Nieder-Schönhausen beantragten öffentlichen Aufzug die Genehmigung versagt; er hat sich allerdings in seiner Antwort etwas weniger in geistige Unkosten gestürzt wie Herr Kölze.

Das Ablehnungsschreiben lautet kurz folgendermaßen:

Die von Ihnen unterm 16. April 1913 (Himmelfahrt) nachmittags 2 Uhr nachgesuchte Genehmigung zur Veranstaltung eines öffentlichen Aufzuges durch die Spandauer Straße, Breitestraße und Berliner Straße wird hiermit versagt, weil der Aufzug zur Gefährdung der öffentlichen Sicherheit führen kann.

J. V.: Stawitz.

Beide Schriftstücke sind nur zu betrachten als Dokumente, die den reaktionären Geist unserer Zeit widerspiegeln. Sie sind nur ein Beweis dafür, daß die organisierte Arbeiterschaft sich auf dem richtigen Wege befindet.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurde der an Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Kuznitzky neu ernannte Direktor Wolff-Zitelmann eingeführt. Alsdann wurde in die Beratung der Jubiläumsvorlage eingetreten. Der Magistrat beantragte:

„1. Die Stiftung von drei Freibetten II. Klasse im Auguste-Viktoria-Krankenhause für Angehörige des Mittelstandes und zwar Schöneberger Bürger, die nicht von der Armenverwaltung unterstützt werden. Der Wert dieser Stiftung ist mit rund 8000 Mark pro Jahr zu bemessen.

2. Als Beitrag zur Beschaffung und Einrichtung des Spielplatzes im Norden des Südgeländes zwischen den Straßen 124 und 153 einerseits und der Straße 123 und dem Begräbnisplatz der Zwölf-Apostel-Kirche andererseits wird ein Betrag von 150 000 M. aus dem Kämmereifonds bewilligt. Der Spielplatz soll den Namen „Kaiser-Jubiläums-Platz" erhalten.

3. Die Gemeindeeinkommensteuer soll mit Wirkung vom Rechnungsjahre 1913 ab von den zurzeit hier wohnenden, das Bürgerrecht genießenden Veteranen der Feldzüge 1864, 1866 und 1870/71, soweit sie in den Steuerstufen bis zu 1200 M. steuerpflichtiges Einkommen sind, nicht erhoben werden."

Genosse Küter erklärte, daß man gegen Stiftungen im allgemeinen nichts einwenden könne; wenn jedoch dadurch nur eine einzelne Gruppe bevorzugt werden solle, dann könne man eine gemeinnützige Einrichtung nicht so unbesehen annehmen. Die sozialdemokratische Fraktion beantrage daher, die Worte „für Angehörige des Mittelstandes und zwar" zu streichen. Wenn etwas gegeben werde, so muß die Allgemeinheit gleichen Anteil haben. Ferner empfehle es sich, bei Benennung von Verkehrs- und Spielplätzen eine Namensvereinfachung vorzunehmen.

Stadtrat Rabnow meinte, es sei geradezu ein Bedürfnis, auch für den Mittelstand etwas zu tun. Der größte Teil der Arbeiter sei in den Krankenkassen versichert, während für den Mittelstand nichts vorhanden sei und dazu solle diese Gelegenheit benutzt werden. — Stadtrat Licht erklärte, daß, wenn für den Spielplatz ein langer Name gewählt worden, das nur ein Zeichen sei, daß der Magistrat sich wirklich in einer Notlage befunden habe. Der Name sollte die Bedeutung der Stiftung zum Ausdruck bringen, außerdem sollte mit keiner anderen Gemeinde kollidiert werden. — Hierauf wurden die Abänderungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt und die Vorlage in der unveränderten Fassung angenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgende Anfrage eingebracht:

„Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die noch immer schwebenden Arbeiterfragen zum Abschluß zu bringen?"

Genosse Mohs betonte, daß Arbeiterfragen bei dem Magistrat in keinem hohen Ansehen zu stehen scheinen. Obwohl der Oberbürgermeister vor nicht gar zu langer Zeit erklärt habe, daß der Versammlung eine besondere Vorlage binnen kurzem zugehen sollte, sei nichts geschehen. Mit dem Versichern des Wohlwollens sei nichts getan. Vor mehreren Wochen sei im Etatsausschuß vom Oberbürgermeister mitgeteilt worden, daß innerhalb 14 Tagen die Vorlage vorliegen werde. Dabei sei der finanzielle Effekt nur ein geringer; wenn die in der Deputation gefaßten Beschlüsse durchgeführt würden, dann koste die Sache 18 000 M. Von dem Arbeiterausschuß werde die Durchberatung der Arbeitsordnung innerhalb 4 Tagen verlangt, während der Magistrat über ¾ Jahre gebrauchte, um einfache Beschlüsse in Form einer Vorlage zu bringen. Es müsse die Arbeiterfrage endlich zum Abschluß kommen. Oberbürgermeister Dominicus gab zu, daß die Arbeiter mit der Beschwerde im Recht seien, er bedauert, daß die Angelegenheit noch nicht weiter gediehen sei, indessen wären die Arbeiterverhältnisse so verschieden, daß der vom Magistrat eingesetzte Unterausschuß vollauf zu tun hatte und jetzt erst zu einem Abschluß kommen konnte. Die Vorlage erscheint in den nächsten Tagen. Nachdem sich die Stadtv. Bamberg und Gen. Küter hierzu geäußert hatten, war die Debatte erledigt.

Die Rechtsauskunftsstelle soll in das alte Rathaus verlegt werden, da die vorhandenen Räumlichkeiten sich als zu klein erwiesen haben. Täglich kommen 25 bis 30 Personen um Auskunft zu verlangen; infolge der schlechten Luft gehen jedoch viele unverrichteter Sache wieder fort. Die Vorlage wurde einem Ausschuß überwiesen, dem die Genossen Küter, Mohs, Reiche angehören.

Für innere Einrichtung des neuen Rathauses wurden über 525 000 M. verlangt. Genosse Obst bemängelte, daß für die künstlerische Leitung allein 40 000 M. angesetzt sind, er hält diesen Betrag für zu hoch, jedoch werde sich im übrigen an den Summen nicht viel verändern. — Die Vorlage wurde angenommen. — An verschiedenen Straßen und Plätzen sollen Verkehrshäuschen errichtet werden, die zugleich eine Zeitungsverkaufshalle, Wartehalle, einen Getränkeverkauf und eine Fernsprechzelle enthalten sollen. Diese Vorlage gelangte ebenfalls an einen Ausschuß, dem die Genossen Bäumler, Hoffmann, Peterson angehören. Genosse Bäumler wünschte, daß auch gleichzeitig die Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf der Insel mitberaten wird.

Hierauf erfolgte geheime Sitzung.

Friedenau.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm den Bericht des Vorstandes entgegen. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Berichtsjahres 304 gegen 283 im Vorjahre. Davon sind weibliche Mitglieder 53 (48). Aufgenommen wurden 67 neue Mitglieder. Es zeigen diese Zahlen, daß die Fluktuation unter den Mitgliedern eine ganz betrachtliche ist; man verspricht sich von der am 1. April eingeführten Hauskassierung eine Wendung zum Besseren. Die Beteiligung der Genossen an den Parteiarbeiten ließ zu wünschen übrig. Desto erfreulicher ist es, konstatieren zu müssen, daß das Interesse der Genossinnen am Ort am Parteileben ein außerordentlich reges ist. Die Leseabende der Frauen, von denen jeder mit einem interessanten Vortrag ausgefüllt war, erfreuten sich durchweg eines guten Besuches und aufmerksamer Zuhörer. Von dem Bibliothekar wurde über die geringe Benutzung der Bibliothek lebhaft Klage geführt. Dieselbe befindet sich im Restaurant Winkelmann, Rheinstr. 31; Bücherausgabe ist jeden Sonnabend von 8 Uhr an. Die Neuwahl des Vorstandes zeitigte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Rich. Hagen, 2. Vorsitzender Paul Merseburger, 1. Kassierer Gustav Budraß, 2. Kassierer Ernst Förster, 1. Schriftführer Fritz Ruttke, 2. Schriftführer Fritz Götschel. Als Beisitzer wurde die Genossin Tölle gewählt. Den Bericht von der Berliner Verbandsgeneralversammlung gab der Genosse Paulus. Er bedauerte darin die Ablehnung der Landtagskandidatur des Genossen Cohen, während Genosse Richter seine Freude hierüber zum Ausdruck brachte.

Ein Vorschlag des Vorstandes, bei der Gemeindevertreterersatzwahl in der dritten Klasse, bei der ein Hausbesitzer zu wählen ist, wegen Mangel eines geeigneten Kandidaten Wahlenthaltung zu üben, fand die Zustimmung der Versammlung.

Steglitz.

Bei der Gewerbegerichtswahl der Arbeitgeber wurde die Liste der Gegner gewählt.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevertretersitzung. Die Vertretung war am Freitag zu einer außerordentlichen Sitzung berufen worden, um endgültig Stellung zu nehmen zu dem mit der Stadtgemeinde Berlin-Lichtenberg abzuschließenden Vertrage betreffs Wasserlieferung und Aufnahme der Kanalisationsabwässer in die Lichtenberger Druckrohrleitung. Die Verhandlungen hierüber sind nun endlich bis zum Abschluß gediehen. Die bisherige Kanalisationsanlage, welche auf dem Kohlebrei-Klärverfahren basiert und anscheinend nicht für die eingetretene Entwickelung des Ortes berechnet war, ist am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, ebenso das ursprünglich nur für den Ortsteil Ostend angelegte Gemeindewasserwerk. Der für den alten Ortsteil noch bis 1932 geltende mit Rummelsburg abgeschlossene Wasservertrag erfährt wesentliche Erleichterungen für die Einzelabnehmer, während für das übrige Gebiet die Gemeinde der Stadt Lichtenberg gegenüber als Großabnehmer auftritt und ihrerseits den Wasserpreis für die Abnehmer festsetzt. Das Wasserwerk im Ortsteil Ostend wird stillgelegt. Die Vertretung nahm den Entwurf gegen 1 Stimme an, er bedarf jetzt nur noch der Zustimmung der Lichtenberger Stadtverordneten. In gewissem Zusammenhange mit diesen Verhandlungen stand eine Erklärung des Gemeindevorstehers, der Verwahrung einlegte gegen die in einer Vereinsversammlung gemachten Ausführungen des Gemeindeschöffen Herwig; derselbe hat dort einer Eingemeindung nach Lichtenberg das Wort geredet und behauptet, die Gemeinde stände vor dem Ruin und der Haushaltsetat sei mit Lug und Trug aufgestellt. Genosse Muth erklärte für unsere Vertreter, daß, wenn schon von einer Eingemeindung zu reden wäre, doch nur eine solche nach Berlin in Frage käme; eigentümlich sei es, so vom Etat zu sprechen, wenn man wie der Schöffe Herwig selbst in der Kommission daran mitgearbeitet habe. Auch müsse dagegen Verwahrung eingelegt werden, wenn Herr Herwig den Ruin der Gemeinde im Hinblick auf die von den Sozialdemokraten beantragte Volksbadeanstalt und die Arbeitslosenversicherung kommen sehe. Herr Rollenberg warf dem Schöffen Herwig vor, diese Ausführungen nur gemacht zu haben, um seine Person in den Vordergrund zu stellen, vielleicht fiele dabei auch fürs Knopfloch noch etwas ab. Eine Aeußerung des Schöffen Kabelitz, daß das Gerede über die Eingemeindung schon das Gerücht von einer Abfindung des Gemeindevorstehers gezeitigt hätte, gab diesem noch Gelegenheit, seiner Entrüstung über eine solche Verunglimpfung seiner Person Ausdruck zu verleihen. In geheimer Sitzung beschäftigte sich die Vertretung noch mit dem Projekt des Ankaufes des gesamten Terrains zwischen der Kuhnheim- und Spreestraße durch die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft. Eine in diesem Terrain befindliche Gemeindestraße soll kassiert und dafür von der Käuferin Grundbesitz zur Verbreiterung der Ostendstraße hergegeben werden. Dieser Abmachung wurde zugestimmt mit der Bedingung, daß später eine Spreebrücke im Ortsteil Ostend errichtet werde.

Mit der Friedhofsordnung für den Gemeindefriedhof wird sich auf Antrag der sozialdemokratischen Gemeindevertreter die nächste Gemeindevertretersitzung beschäftigen, da grundlegende Abänderungen beantragt sind. So ist beantragt, die Bestimmung zu streichen, daß in der Verwaltungskommission die beiden Ortsgeistlichen auf alle Fälle Sitz und Stimme haben; der Gemeindevertretung soll es frei stehen, zwei Mitglieder aus der Bürgerschaft zu wählen. Ferner sollen Laienreden auf dem Friedhof nicht mehr wie bisher einer besonderen Genehmigung durch die Polizei bedürfen. Für Einwohner, welche nicht mehr als 1500 M. Jahreseinkommen haben, soll vollständige Gebührenfreiheit eintreten, während bisher (auch einem Antrage unserer Genossen entsprungen) nur bei 900 M. der Erlaß der Gebühren für Grabstelle und Grufterrichtung eintrat. Beantragt ist ferner die vollständige Streichung der Gebühren für die Genehmigung von Grabausstattungen. Was die Gemeinde berechtigt, eine solche Gebühr, die bei gewöhnlichen Grabstellen im einzelnen bis 6 M. beträgt, überhaupt zu erheben, ist nicht einzusehen. Sodann sollen sämtliche Gebühren, auch solche für die Belegung der Hügel mit Efeu usw. in die Gemeindekasse fließen, und die angemessene Ausschmückung der Halle Sache der Gemeinde sein. In dieser Beziehung ist schon früher auf Anregung unserer Genossen mit dem Friedhofswärter ein Abkommen getroffen, wonach derselbe anerkennt, auf diese Einnahmen keinen Anspruch zu haben. Es sei bei dieser Gelegenheit noch darauf hingewiesen, daß die evangelische Kirchengemeinde auch für solche Beerdigungen, bei denen ein Geistlicher nicht mitwirkt, eine Gebühr erhebt. Mit der Zahlung der Gebühren in die Gemeindekasse sollte die Angelegenheit als erledigt betrachtet werden, denn die Berechtigung der Kirchengemeinde zu diesem Vorgehen muß bestritten werden.

Wannsee.

Die seit längerer Zeit abgerissene Badeanstalt am Stölpchensee, um deren Neuerrichtung sich auch unsere Genossen in einer öffentlichen Versammlung bemühten, ist jetzt im Neubau ziemlich fertiggestellt und zwar mit einem Kostenaufwand von zirka 10 000 M. Die Gemeinde zahlt in den ersten zwei Jahren einen jährlichen Zuschuß von 400 M.

Pankow.

Die hiesige öffentliche Rechtsauskunftsstelle hat im Berichtsjahre 1912 im ganzen 1196 Auskünfte an insgesamt 1167 Ratsuchende erteilt. Von den Auskünften entfielen auf die Krankenversicherung 9, die Unfallversicherung 40, die Invalidenversicherung 34, die Gewerbeordnung 19, Strafsachen 51, Steuersachen 18, Unterstützungssachen 16, das Handelsgesetzbuch 9, die Gesindeordnung 41, Mietsachen 216, Familien- und Ehesachen 130, Vormundschaftssachen 41, Erbschaftssachen 57, sonstige Sachen des B. G. B. 446, das Mahnverfahren 8 und Verschiedenes 61. Die Rechtsauskunftsstelle wurde überwiegend von gelernten und ungelernten Arbeitern, Handwerkern, Kaufleuten und Beamten beiderlei Geschlechts in Anspruch genommen. Von den 1167 Ratsuchenden waren 52 Unternehmer bzw. selbständige Personen, 617 Beamte, Angestellte und Arbeiter und 498 weibliche Personen. Nach Berufen geordnet suchten und erhielten Auskunft (männlich und weiblich zusammen): 483 Arbeiter, 172 Handwerker, 149 Kaufleute und Gastwirte, 109 Beamte, 76 Eigentümer und Rentiers, 45 Ingenieure und Techniker, 24 Lehrer, 5 Künstler, 51 Rührerinnen, Wirtschafterinnen und Dienstmädchen, 53 gehörten verschiedenen Berufen an. Unter den Ratsuchenden befanden sich 44 von auswärts, und zwar aus Berlin, Niederschönhausen, Französisch-Buchholz, Heinersdorf und Wilhelmsruh-Rosenthal. Die Auskünfte wurden nur mündlich erteilt. Schriftsätze sind im ganzen 74, und zwar ausnahmslos für Unbemittelte angefertigt worden, davon 12 gegen Schreibgebühr, die übrigen unentgeltlich. Auch wurden für Unbemittelte eine Anzahl von Streitigkeiten durch Vermittelung der Rechtsauskunftsstelle außergerichtlich beigelegt. Bemittelte Ratsuchende in Rechtsstreitigkeiten sind im Berichtsjahre ohne weiteres an Rechtsanwälte verwiesen worden. — Die Sprechstunden der hiesigen Rechtsauskunftsstelle sind nach wie vor am Montag, Mittwoch und Freitag von 6—8 Uhr abends im Rathaus.

Staaken.

Die Abteilungslisten für die Landtagswahl liegen noch heute, am 30. April, im Gemeindebureau öffentlich aus.

Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetensitzung bewilligte die erforderlichen Mittel zu einer Enteisenungsanlage auf Wasserwerk II im Betrage von 210 000 M. Während für die Lieferung der Enteisenungsanlage bereits eine Firma ausersehen ist, sollen die Beton- und sonstigen Bauarbeiten ausgeschrieben werden. Der Stadtv. Neubert beantragte, eine schärfere Aufsicht bei den Betonarbeiten auszuüben, damit die Unternehmer bei der Mischung nicht zu viel mogeln können. In der Teltower Vorstadt soll der Wochenmarkt am Dienstag und Freitag stattfinden. Der Fleischverkauf ist jedoch vom Polizeipräsidenten untersagt worden. — Für die Wasserrohrverlegung in der Neuen Luisenstraße wurden 4200 M. bewilligt. — Bei den nationalen Gedenkfeiern sollen Prämien an Schüler und an die Mitglieder der Jugendpflege verteilt werden. 800 M. wurden für diesen Zweck bewilligt. Während nach der Magistratsvorlage patriotische Bücher verteilt werden sollen, wünscht der Pädagoge Dr. Krämer, daß man der Jugend Uniformen bei ihren Jugendspielen kaufen solle. (Warum nicht auch Seitengewehr oder Revolver!) Die Straße zwischen Hasengraben und Metzstraße, die bisher unbebaut ist, soll reguliert werden. Zu diesem Zweck wurden 60 500 M. bewilligt, welche Summe durch die späteren Anlieger wieder aufgebracht werden wird. Der Potsdamer Männergesangverein will zum Sängerwettstreit nach Frankfurt a. M. fahren, wozu ihm jedoch das nötige Kleingeld fehlt. Trotzdem es nicht zu den kommunalen Aufgaben gehört, private Geselligkeitsvereine zu unterstützen, bewilligten die Stadtverordneten aus dem Beutel der Steuerzahler 500 M. zu dieser Reise, weil der Männergesangverein, wie selbst ein Vorstandsmitglied des Vereins erklärte, auch sonst „langt, wie der Magistrat pfeift".

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg. Morgen Donnerstag, den 1. Mai, veranstaltet die Arbeiterjugend eine Halbtagespartie nach Sadowa. Treffpunkt: Früh Punkt 7 Uhr auf dem Bahnhof Strausberg-Rummelsburg. Rückfahrt mittags 12 Uhr. Die Eltern werden gebeten, ihre erwachsenen Kinder ganz besonders darauf aufmerksam zu machen.

Gleichzeitig verweisen wir auf unsere beiden Pfingstpartien, eintägige Tour nach Tiefensee, und zweitägige nach Werbellinsee—Bernau. Nähere Angaben im Jugendheim, Dottestr. 22.

Marktpreise von Berlin am 28. April 1913, nach Ermittelungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,68 bis 20,80, mittel 20,44—20,56, geringe 20,20—20,32. Roggen, gute Sorte 00,00—16,30, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,70, mittel 15,60—16,10, geringe 15,00—15,50. Hafer, gute Sorte 17,80—19,80, mittel 16,90—17,70 (frei Wagen und ab Bahn). Mais (mixed), gute Sorte 15,10—15,30. Mais (runder), gute Sorte 15,60—15,70. Richtstroh 0,00—0,00. Heu 0,00—0,00.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 2,80—4,80. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,80—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,40—2,60. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Kreble 1,60—45,00.

W. Zapel
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filzhüte.
Lager in Schirmen und Mützen.
Morgen, 1. Mai, vormittags von 8—10 Uhr geöffnet.

Großer Pflanzen-Verkauf.
Wegen Auflösung einer deutschen Baumschule: Rosen, Schlingpflanzen, Obstbäume, Beerensträucher, Ziersträucher, Nadelhölzer, Blumenstauden usw. — Gesunde Ware, fabelhaft billig! **Am Bahnhof Alexanderplatz**, Gontardstraße, vis-a-vis Panoramastraße. Zentralmarkthalle.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"
Berlin C. A. Habnisch, Ackerstr. 174.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. R. Hackelbusch, Petersburger Platz 4. **Gustav Vogel**, Koppenstraße 62. **R. Wengels**, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. L. Jucht, Immanuelkirchstr. 12. **J. Reul**, Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 67. **H. Fischer**, Bastianstr. 6. Karl Marx, Greifenhagener Str. 22. **J. Hönisch**, Müllerstr. 34a. H. Vogel, Lortzingstr. 37. **A. Tietz**, Invalidenstr. 124. L. Dechand, Rubeplatzstr. 24.
NW. Salomon Joseph, Salzwedelerstr. 8.
SW. H. Werner, Gneisenaustr. 72. **Dachn**, Hagelberger Str. 27.
S. St. Fritz, Prinzenstr. 31. **H. Lehmann**, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. **P. Horsch**, Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 50.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 18, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Gonschur, Parkstr. 8.
Karlshorst. Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wihler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifel, Wartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Wilh. Unruh, Brückenstr. 10.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Lutherstr. 2.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17, Laden.
Pankow. Otto Rißmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gurich, Provinzstr. 56, Laden.
Neukölln. M. Heinrich, Neckarstr. 2. **Conrad**, Hermannstr. 50. C. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 60 im Laden.
Spandau. Köppen, Breitestr. 64.
Steglitz. H. Bernsee, Alsenstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Borussiastr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. **Schillert**, Berliner Allee 253.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.

Vera Gold
Qualitäts 3-ß Cigarette
Josetti

Arminius-Hallen
Bremer Straße 72-73.
Himmelfahrtstag:
Großer Extra-Volksball
Anf. 5 Uhr. — Groß. Saal m. Bühne Sonnabends frei. Max Schölzel.

Tom Billys Rancher Show
„Stadtpark"
Schivelbeiner und Behmstr.-Ecke.
Das Leben und Treiben auf einer
Farm Wildwest-Amerikas
täglich von 4 Uhr an.
6962 Manager Georg Süßmilch.

Am 1. Mai
bleibt auch in diesem Jahre mein Geschäft **geschlossen.**
Arbeits-Anzüge
Wilhelm Pahr, Brunnenstr. 116.

Maifeier!
i. **Restaurant zur freien Aussicht**, am Bahnhof Drewitz, 10 Minuten v. Bahnhof Neubabelsberg, herrlicher Waldweg, großer schattiger Garten, Kegelbahn, **gr. Ball**, empfiehlt allen Genossen **Bruno Herms.**

Stoffe
für elegante **Maßanzüge, Ulster, Paletots** Mtr. 4.—, 6.—, 8.— M. etc. **Damen-Kostümstoffe, Damentuche „Neuheiten"** Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M. etc. **Loden f. Pelerinen** Mtr. 1.50, 2,50 M. etc. **Schneidermeister**, welche unsere Stoffe tadellos u. schick verarbeiten, weisen wir nach, Arbeitslohn nebst Zutaten zirka 25,—, 30,— M. etc.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 30. April 1913.

Anfang 4 Uhr.

Urania. „Hohenzollern"-Fahrten.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Königl. Schauspielhaus. Goldfische.
Deutsches. Der lebende Leichnam.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Die Urania seit 25 Jahren.
Kammerspiele. Die Einnahme von Berg-op-Zoom.
Lessing. Das Prinzip.
Deutsches Schauspielhaus. Der König.
Theater des Westens. Wiener Blut.
Berliner. Filmzauber.
Kleines. Professor Bernhardi.
Deutsches Opernhaus. Tiefland.
Schiller O. Die Lokalbahn. Die Medaille.
Charlottenburg. Zwei Wappen.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Komödienhaus. Hochherrschaftliche Wohnungen.
Kurfürsten-Oper. Das Farmermädchen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Trianon. Madame X.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppchen.
Montis Operetten. Der Zigeunerprimas.
Luisen. Zaza.
Rose. Zopf und Schwert.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Herrnfeld. Die Schonzeitjäger. Liebesprobe.
Casino. Arturs Flitterwochen.

Anfang 8¼ Uhr.

Theater am Nollendorfplatz. Extrazug nach Nizza.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Geigel.
Lustspielhaus. Majolika.
Folies Caprice. Die Bank. Sein letzter Wille. Der Cowboy.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Helden.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.

Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.

Theater am Nollendorfplatz
An allen Tagen der Woche 8¼ Uhr:
Extrazug nach Nizza.
Sonnab., 3. 5., nchm. 3½ Uhr: 5. Auff. der Opernschule d. Sternschen Konserv.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Lokalbahn. — Die Medaille.
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Geographie und Liebe.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr:
König Lear.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Klein Dorrit.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.

Theater des Westens.
8 Uhr („Volkstümliche Preise"):
Wiener Blut.
Donnerst. u. Sonntag 3½ Uhr: **Der liebe Augustin.**

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
Abends 8 Uhr:
Der Zigeunerprimas.

Residenz-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.

Luisen-Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zaza.

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Zopf und Schwert.
Lustspiel in 5 Akten von K. Gutzkow
Donnerstag: Gastspiel **Alfr. Dedek: Napoleon Bonaparte und seine Frauen.** Eröffnung des Gartens: Gr. Militärkonzert, ausgeführt von der vollst. Kap. des Garde-Kürassier-Regiments. Anfang 5 Uhr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Neu!
„Café Größenwahn"
Burleske von Meysel.
Anfang **8**, Sonntags 7½ Uhr.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: **Der König.**
(Der König . . . Harry Walden.)

Passage-Panoptikum
DER SKELETTMENSCH
Das Wunder atavistischen Verscheidens. **LEBEND!**
FUSSKÜNSTLER SARTON
Der armlose PAGANINI
Alles lebend!
Alles ohne Extra-Entree!

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Okonkowski.
Musik von **Jean Gilbert.**
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schultz.
Karl Bachmann — J. Giampietro
G. Thielscher — V. Norbert
H. Ballot — J. Russka — Ly Winter

Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr: **Madame X.**
Sonntag 3 Uhr: **Der selige Toupinel.**

Geöffnet 10—8 Uhr

Das Kind
Ausstellung in der Ausstellungshalle am Zoo
Berlin, 12. April–14. Mai
1913

Eintritt 50 Pf.
Kinder 20 Pf.

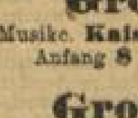
Urania
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
„Hohenzollern"-Fahrten.
3. Festvortrag zum 25jähr. Jubiläum der Urania (28. 4. bis 4. 5.): 8 Uhr: Vortrag des Herrn Prof. Dr. **B. Donath**: „Erinnerungen an die experimentelle Tätigkeit der Urania in den 25 Jahren ihres Bestehens."

Folies Caprice.
Die Novitäten:
● **Die Bank.** ●
● **Sein letzter Wille.** ●
● **Der Cowboy.** ●
Anfang 8¼ Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Montag, den 5. Mai:
Der urkomische Possenschlager:
Arturs Flitterwochen
u. das glänzende erstklass. Programm.
Sonntagnachm.: **Die Hochstaplerin.**
Schluß der Saison: Montag, 5. Mai.

Herrnfeld Theater
Heute:
Schluß der diesjährig. Spielsaison.
Schonzeit-Jäger.
Liebesprobe.
Vorverkauf 11—2 (Theaterkasse)
Wiedereröffnung:
Sonnabend, den 2. August cr.

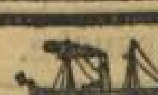
Voigt-Theater.
Badstraße 58.
Mittwoch, 30. April:
Abschiedsvorstellung für die Mittwochsabonnenten:
Die Näherin.
Posse m. Ges. i. 4 A. v. Held u. Jacobson.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8¼ Uhr.



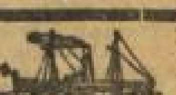
„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Extra-Konzert!
Musikc. **Kaiser-Franz-Regiments**, Dirig.: Oberm. **Becker.**
Anfang **8** Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang **8** Uhr.
Am 1. Mai (Himmelfahrt):
Großes Doppel-Konzert.
Der „Clou" bleibt bis auf weiteres geöffnet.

Admiralspalast Eis-Arena
Abends 9 Uhr:
Das sensationelle Eisballett
Flirt in St. Moritz.
Die kleine Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10½ Uhr **halbe Kassenpreise.**
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Luna Park
Eröffnung heute!
Saison-Abonnements alle Tage gültig **3.—**
Wochentags Eintritt **frei** bis **5** Uhr.



Vereinigung der Inhaber von Sommerlokalen an den märkischen Wasserstraßen



Zum Himmelfahrts-Tage und den Pfingst-Feiertagen
empfehlen wir uns allen Ausflüglern. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, unsere werten Gäste reell und gut zu bedienen.

Friedrich, Wendenschloß	Klein, Krampenmühle, (Große Krampe)	Wiechert, Müggelschlößchen
Wolter, Waldesruh (vis-a-vis Sportdenkmal Grünau)	Troppens, Müggelheim (Große Krampe)	Möller, Strandschloß (Müggelsee)
	Beitzsch, Albrechtshof (Zeuthen)	Prinz, Prinzengarten (Müggelsee)
Reck, Richtershorn	Heinrich, Hankels Ablage	Waldschlößchen, Rahnsdorf (Rahnsdorf. Mühle)
Noack, Wald-Idyll (bei Schmöckwitz)	Rutkowsky, Rauchfangswerder	Waltinger, Neuer Krug (Wilhelmshagen)
Voigts, Krampenburg	Thormann, Zur Schleuse (Neue Mühle)	Gulich, Gesellschaftshaus (Hessenwinkel)
Voigts, Insel Seddin-Wall	Leiste, Waldschlösschen (Neue Mühle)	Karolewski (am Werlsee)
Voigts, Bergschänke (Gosener Berge)	Schwedler, Zum Oder-Spree-Kanal (Wernsdorf)	Schwedersky, Deutsches Haus (am Kalksee)

Insbesondere verweisen wir auf die überall aushängenden Plakate unserer Vereinigung mit Situationsplan.

Garbáty
Cigaretten

Qualität

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Illustr. Preisliste über andere Sprech-Apparate, sowie über Violinen, Celli, Mandolinen, Guitarren, Zithern, selbstspielende Musikwerke gratis.

Spielt ohne Nadelwechsel mit einem unzerstörbaren Saphirstift. Keine Plattenabnutzung mehr!

Sie brauchen kein Geld dazu
Wir senden denselben kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. — Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? **Pathé-Platten will man immer wieder hören,** da sie im Gegensatz zu den veralteten Nadelplatten **noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen,** als beim ersten Spiel. — — —

Die Lieferung erfolgt sofort!

Der Preis dieses herrlichen **Luxus-Modells** in echt Eiche, einschließlich der neuen **großen** Pathé-**Konzert**-Schallbose, die alle bisherigen weit in den Schatten stellt, beträgt nur 60 Mark, der einer Pathé-Doppelplatte 3,30 Mark. Behalten Sie unsere Sendung, so haben Sie für Apparat und Platten **monatlich nur 5 Mark,** bei Nichtgefallen nur die ganz minimalen Transportspesen zu zahlen. **Verlangen Sie sofort Probesendung per Postkarte.** —

BIAL & FREUND
Breslau, Postfach 120/522

Auf Teilzahlung, ohne Anzahlung.
Kein Kassierer.
Teppiche, Gardinen, Store, Portieren, Plüsch-, Stepp- und andere Decken.
Matzner, Hufelandstraße 41, Bilderladen. *

Kufeke
-Kindernahrung
-Krankenkost

Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Ohne Geld 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen. Besuch oder Postkarte. Meisels (selbst), Andreasstraße 4 (Schlesischer Bahnhof). *

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gebrockanzüge. Herrenpaletots. Herrenhosen. Allerbilligster Bettenverkauf. Wäscheverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Plüschdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Handuhren. Handbilder. Warenverkauf ausnahmsweise Sonntags. *

Teppiche (Farbenfehler) enorm billig. Mauerhoff, nur Große Frankfurter Straße 9, parterre. Kein Laden „Vorwärts"leser zehn Prozent!

Steppdecken, direkt Fabrik, nur Große Frankfurter Straße 9. 2478*

Gardinen. Tüllbettdecken, Plüschportieren. Fabrik Mauerhoff, nur Große Frankfurter Straße 9, Flureingang! „Vorwärts"leser zehn Prozent!

Pfandleihhaus, Wilmersdorf, Augustastraße 66. Spottbilliger Bettenverkauf, Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Herrengarderobe, Goldsachen. Sonntags geöffnet. 1175R*

Es lohnt nur bei Max Weiß 88, Große Frankfurterstraße 88, altbekannte Firma, zu kaufen. Man wird reell und billig bedient. Wenig getragene, teilweise auf Seide, von Kavalieren nur kurze Zeit getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Gebrockanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Ulster, Hosen, einzelne Fracks und Smokings werden zu billigsten Preisen verkauft. Die elegantesten Sachen sind auch leihweise sehr billig zu haben. 88, Große Frankfurterstraße 88. Bitte im eigenen Interesse auf die Firma zu achten, 2 große Fenster. 81/2*

Monatsanzüge, Paletots, großes Lager, jede Figur, kauft man am billigsten beim Fachmann; jede Renderung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsleser. Fürstenzelt, Schneidermeister, Rosenthalerstraße 10. *

Betten! Neue Betten, rosarote Inlette 6,90, 9,75, 12,75. Brautbetten 15,75, 18,75. Daunenbetten 19,75, 22,50. Reue Ausstiegerwäsche spottbillig. Pfandleihe, Brunnenstraße 47. *

Teppiche! Prachtvolle Persermuster 6,75, 9,75. Salonteppiche 12,75, 15,75, 22,50. Plüschdecken 4,90, 6,75. Steppdecken, Seidenatin 3,90, 5,75, 8,75. Läuferstoffe, Vorleger. Alles spottbillig. Pfandleihe, Brunnenstraße 47.

Leinenportieren! Prachtvolle, 3,75, 5,75. Plüschportieren 5,85, 6,75. Stoffportieren, Persermuster, 6,75, 8,75. Spottbillig. Pfandleihe, Brunnenstraße 47.

Gardinen! Prachtvolle Muster, 1,95, 2,50, 3,75, 5,75. Tüllstores 1,25, 1,75, 2,50. Tüllbettdecken 1,95, 2,50. Erbstüllstores mit Volant 2,45, 2,90, 3,50. Bettdecken mit Volant 3,65, 5,75. Künstlergardinen, Madras, Erbstüll, spottbillig. Pfandleihe, Brunnenstraße 47. 371R*

Auktionspfänder! Wanduhren, Taschenuhren, Ringe, Ketten, Anzüge, Sommerpaletots 3,75. Hosen spottbillig. Pfandleihe, Brunnenstr. 47.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Sonntag von 8—10 und 2—6 geöffnet. *

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtsleser.

Gardinenreste, Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,75 usw. E. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik an der Koppenstraße.

Teppiche mit Webefehlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Restbestände. 1—3 Fenster Tuchportieren, Plüschportieren, Madrasportieren, neueste Muster, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,00 usw. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken, Leinendecken, Plüschdecken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.

Steppdecken, Similiseide, vornehme Ausführung 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 5719*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Gestickte Erbstüllstores mit Volant 3,35. Echt Spachtelstores 7,25. Sezessionstüllstores 1,85. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Reichgestickte Tischdecken in Filztuch 1,45, Viktoriatuch 2,35, Plüsch 4,35, Kochelleinen 2,65. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Kinderwagen, Teilzahlung, Woche 1,—. Klappwagen! Riesenauswahl! spottbillig. Meisels Nachf., Warschauerstraße 80. 369R*

Leihhaus „Brunnen". Betten spottbillig Brunnenstraße 118, Ecke Liesdomstraße. 288*

Gaskronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager! Louis Böttcher (selbst!), Kronleuchter-Spezialhäuser. Betriebsleitung: Borbagenerstraße 32 (kein Laden). (Fahrverbindung Warschauerstraße.) Filiale: Neukölln, Kottbuser Damm 41, Eingang Hermannplatz. 2841R*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gebrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Natz, Mulackstraße 14. *

Betten, Stand 11,00, hochfeine 21,00. Brautbetten, Steppdecken, Anzüge, Hosen, Uhren spottbillig. Leihhaus Osten, Königsbergerstraße 19.

Brunnen 6 Mark an. Filter, Gasrohr billigst. Bergstraße 39, Neukölln. 433*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Ohne Anzahlung. 50 Pfennig Wochenrate an, liefere Bilder, Wanduhren, Teppiche, Gardinen, Portieren, Tischdecken, Steppdecken. Strengste Diskretion zugesichert. Auf Wunsch Auswahlsendung. Bestellungen erbitte „Postlagerkarte 9", Postamt 192.

Monatsgarderobe, staunend billig Klaumann, Rosenthalerstraße 59, kein Laden! 81/6*

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig. Bilder, Spiegel, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Portieren, Gardinen, Bezüge, Uhren. Ferner Möbel, Polsterwaren liefert Weber, Neue Königstraße 34. Besuch oder Postkarte. 1488R*

Geschäftsverkäufe.

Restaurant. SW., über 20 Jahre bestehend (Fabrik im Hause), sofort preiswert zu verkaufen. Näheres in der Vorwärtsausgabestelle Gneisenaustraße 72. †38*

Restaurant, Berlin Norden, umständehalber zu verkaufen, Umsatz 25 Halbe. Zu erfragen Vorwärtsausgabestelle Rheinsbergerstraße 67. †87.

Lokal, Parteiverkehr, Fabrikbelieferung und Vereine, billige Miete, preiswert zu verkaufen Demminerstraße 35. †87*

Kinderwagen billig zu verkaufen. Neukölln, Schierkestraße 23, Anton.

Jeaklappkamera! 35,—. Ernst, Brückenstraße 6. 216/2

Milchgeschäft, Familienexistenz, nachweislich 60 Mark Tageskasse. Schöne Wohnung. Wegen Verzug nach außerhalb sofort billig verkäuflich. Walter, Neukölln, Hermannstraße 176 I. †65

Möbel.

Wer Möbel reell und dabei billig kaufen will! Mein Spezialgeschäft für Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen bietet Ihnen Vorteile. Geschmackvolle Musterwohnungen, auch gute gebrauchte sowie zurückgesetzte Möbel, Bequeme Zahlweise gestattet. Kassapreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung. Bekannte Rücksichtnahme bei Krankheit, Aussperrung usw. Tischlermeister Gabbert, Ackerstraße 54. 245/20*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Prachtvolle Nußbaum-Wirtschaft, alles noch neu, verkauft (Spottpreis), Rosenthalerstraße 57, vorn III, Glas. 80/11*

Metallbetten, zwei, modern, Kinderbett spottbillig verkäuflich Jessenerstraße 10, Hutgeschäft. 74/5*

Tischlermeister gibt Möbel auf Teilzahlung bei beliebiger Anzahlung zum Kassenpreis. Stets Gelegenheitskäufe in gebrauchten und zurückgesetzten Möbeln, auch auf Teilzahlung. Nachweis von Kunden wird gut honoriert. Offerten Postamt 90 „Postlagerkarte 44"

Teilzahlung. Möbel bei kleinster Anzahlung. Ich nehme ältere Möbel in Zahlung. Offerten Lagerkarte 130 Postamt 102. 509R*

Möbel-Cohn. 1. Geschäft: Große Frankfurterstraße 58, 2. Geschäft: Grüner Weg 109. Wohnungseinrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Kichen riesengroße Auswahl. Liefere auch nach auswärts. Abzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag 8—10 geöffnet. 2360R*

Möbelkredit. Ich bin billig und gebe langen Kredit. Stube und Küche mit 15 Mark, einzelne Stücke 4 Mark Anzahlung, kleinste Raten. Taunenzapf, Blumenstraße 2. 510R*

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen jeder Preislage in großer Auswahl. Fünf Etagen. Einfach, gediegen und konkurrenzlos billig. Stube und Küche 195,00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Geringe Anzahlung. Trotzdem streng reelle Kassapreise und Zinsvergütung. Kein Abzahlungsgeschäft. Tischlermeister Rejewske, Badstraße 66, zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen.

Am allerbilligsten kaufen Brautleute Wohnzimmer, Schlafzimmer, hübsche Küchen, Bettstellen, Mahagonibüfetts, Schreibtische. Andreasstraße 30, geradeüber Markthalle, Dwinatzki. 342R*

Plüschsofa, Spiegel, Sofatisch mit Decke, alles sehr gut erhalten, wegen Platzmangel sofort billig Brunnenstraße 153, vorn II rechts. 650b

Sofa, Feldbettstelle, Kuckuksuhr Köpenickerstraße 140, I rechts. 658b

Paneelsofa, piekfein, 49,00, Chausseestraße 74 I, Schäfer. 81/8

Privatleuten verkaufe Nußbaumwirtschaft, Stube, herrliche Küche, noch neu, für jeden annehmbaren Preis. Avram, Neue Schönhauserstr. 11 II. *

Nußbaumwirtschaft, moderne herrliche Kücheneinrichtung, passend Brautleuten, billig verkäuflich. Kindermann, Adalbertstraße 3, II. 81/14*

Herrenzimmer! Speisezimmer, eiche, Schlafzimmer, birke, riesig preiswert an Private! Möbelfabrik Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn.

Zweihundert Bettstellen, wichtig für Laubenkolonisten, Tische, Spiegel 3,—, Plüschsofas, Trumeaus 30,—, Kleiderschränke, Vertikos, Kommoden 12,— an usw. Neue Einrichtungen billig. Teilzahlung. Kulante Bedingungen. Möbelspeicher Prinzenstraße 71/72. 81/16

Wirtschaft, modern, Brautleuten passend, auch einzeln, verkäuflich Fornbarterstraße 4 I, Liese. 81/17

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248R

Bilder, billigste Bezugsquelle, solide Preise für Einrahmungen Große Frankfurterstraße 64. †8*

Fahrräder.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I, Etage. 798R*

Nur Fahrradvertrieb „Groß-Berlin" hat kolossal billige Preise, in Ihrem eigenen Interesse decken Sie Ihren Bedarf dortselbst. Neue Fahrräder, ohne Gummi 29,—, mit Gummi 35,—, 42,—, 48,—, 55,—. Gebrauchte 10,— an. Sämtliches Zubehör unbedingt reell, billig und gut. Achten Sie auf unsere Verkaufsstellen: Müllerstraße 13, Turmstraße 25, Badstraße 9, Brunnenstraße 145, Neue Schönhauserstraße 9, Charlottenburg, Spandauer Berg 29. 309R*

Torpedoaabe gratis als Pfingstpräsent erhält von heute ab jeder Käufer eines „Rund um Berlin"-Rades einmontiert. „Rund um Berlin"-Räder sind tonangebend und als durchaus erstklassig jahrelang bekannt und besonders von Rennfahrern bevorzugt. Preisliste 1913 kostenlos. Spezialräder, neueste Modelle, für Händler mit Pneumatiks von Mark 45,— an; Zubehörteile zu Engrospreisen. Spezialabteilung Pneumatik-Großlager, konkurrenzlose Preise und Qualitäten. Fahrradgroßhaus Phonographen-Katz, Beimmeisterstraße nur Nr. 2, Chausseestraße 92, Große Frankfurterstraße 144, Neukölln, Hermannplatz 6 und Bergfunke 4 (Ecke Zietenstraße). 261/14*

Herrenfahrrad verkauft Witwe Dümel, Neukölln, Friedelstraße 47.

Freilaufrad, Herrenrad, neuerhalten, 30,—. Krans, Andreasstraße 54. 81/10

Teilzahlungen, eventuell ohne Anzahlung. Hetzke, Reinickendorferstraße 121, I. 567R*

1000 Fahrräder, darunter viele Markenfahrräder, Damenfahrräder, Freilaufräder, Jugendräder, Preislagen 15,—, 20,— aufwärts. Pfandleihhaus Rosenthalerstraße 32 (neben Wertheim). 660b

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,70, Altgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Augustastraße 19 III. †3*

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend, Schmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 59/1*

Fahrräderankauf, allerhöchste Preiserzielung. Weberstraße 42. *

Zahngebisse, Platinabfälle, Goldeinkauf, Silber, Quecksilber, Stanniol höchstzahlend Schmelzerei Müller, Tettowerstraße 10. 5315*

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Goldankauf, höchstzahlend „Geldkantor", Alte Jakobstraße 140. 202/8

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle 5,75, Goldsachen, Silbersachen, Rehrgold, Goldwatten, gold-, silberhaltige Rückstände, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn 3,80, Kupfer 1,20, alle Metalle höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31. 470R*

Goldschmelze kauft Silber, Platinabfälle, Zahngebisse, Quecksilber, Stanniol, alle Metalle, höchstzahlend Witwe Marie Rieper. Nur Köpenickerstraße 157. 479R*

Höchstzahlend Zahngebisse, Goldsachen kauft Stankiewicz, Berlin, Kirchstraße 14. 81/12

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Rehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Broß, Edelmetallschmelze, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 3476. 580R*

Unterricht.

Auto-Fachschule (Ingenieur Schapiro), staatlich konzessioniert, mit großer Reparatur-Werkstätte, Berlin-Wilmersdorf, Berlinerstraße 16. Tag- und Abendkurse. Honorar 100 Mark. 137K*

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 442*

Klavierkursus. Erwachsenen Schnellmethode. Monatspreis 3,00. Klaviersüben frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147, Moritzplatz, Uniontheater. 81/15

Verschiedenes.

Nähmaschinenreparaturen fachgemäß, schnell, billigst, in eigener Werkstatt, auch außer dem Hause. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 292R*

Aufpolsterung, Sofa, Matratzen, billig, im, außerm Hause Chausseestraße 74. Schäfer. 81/9

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Patentanwalt Sessel, Gitschinerstraße 94a.

Elsholz, Komiker, Gropiusstraße 6. 612b*

Vermietungen.

Zimmer.

Flurzimmer, möbliert, Manteuffelstraße 84, vorn II links, Ecke Skalitzerstraße. Hochbahnstation. †6

Möbliertes Zimmer Manteuffelstraße 49, vorn II. 81/7

Parterrezimmer, gut möbliert, separat, auch zwei, Hollmannstraße 36. 654b

Schlafstellen.

Möblierte, freundliche Schlafstelle vermietet Dresdenerstraße 107/8, vorn II links. 80/16*

Schlafstelle für Herren Wasserstraße 63, Hof II rechts. †30*

Möblierte Schlafstelle, Herrn, separat, ruhig. Rüdersdorferstraße 7, vorn I links. †42

Möblierte Schlafstelle zum Ersten, 13,00 mit Kaffee, Langestraße 82, vorn II links, Nähe Schlesischer Bahnhof. †42

Schlafstelle zu vermieten. Bleiweiß, Waldemarstraße 16, vorn IV links. †6

Alleinige Schlafstelle Langestraße 69, vorn 3 Treppen, Wollschläger. †42

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren Schmidstraße 23, Hof parterre rechts. 663b

Möblierte Schlafstelle Rügenerstraße 7, vorn eine Treppe, Witwe Genheck. †87

Angenehme Schlafstelle, allein, Schelbel, Zeughofstraße 5, am Görlitzerbahnhof. †38

Schlafstelle, 10,00, Lahmann, Skalitzerstraße 30, Quergebäude IV.

Möblierte Schlafstelle, Frau Kessler, Flureingang Hof I, Reichenbergerstraße 142. †7

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Schlosserlehrling sucht Lehrstelle per sofort, erfragen bei Glumm, Pallisadenstraße 41, Seitenflügel 3 Treppen. †42

Stellenangebote.

Glasbläser auf schwierigere Apparate und Röntgenröhren für dauernde Beschäftigung bei hohem Verdienst für Hamburg gesucht. Meldungen Luisenstraße 21, Berlin NW 6. 512R*

Tüchtigen Schrifthauer und Steinmetz (Bildhauer) verlangt Christiansen, Reinickendorf-West, Berlinerstraße 21.

Gesellen auf Scheffelkörbe, Reichert, Marzahn. 664b*

Blusenstepper, in, außerm Hause, hoher Verdienst. Fessel, Neukölln, Pannierstraße 17. †33

Steinmetz auf Marmorkamine verlangt Manteuffelstraße 60. †6

Krauserinnen sucht bei hohem Gehalt Adolf Roser, Straußfedernfabrik, Wallstraße 16. 641b*

Für die Reichstagswahlkreise
Danzig-Stadt und -Land
wird ein 285/10
Parteisekretär
gesucht. Die Stelle soll vom **1. Juli 1913 ab** besetzt werden. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis zum **15. Mai** zu senden an **Julius Gehl, Danzig, Schüsseldamm 56.**

Steinarbeiter!
Um die Kollegen vor Schaden zu bewahren, werden sie ersucht, bei folgenden Firmen nicht in Arbeit zu treten: 172/11
Marmorwerk Fink, Dennewitzstraße 19.
Grabsteingeschäft Christiansen, Reinickendorf, Berliner Straße.
In beiden Geschäften herrschen ständig Differenzen wegen nichttariflicher Bezahlung und anderer Mißstände.
Zentralverband der Steinarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

Der Original-Hackepeter Martin
Inhaber: **Martin,**
Münzstraße, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße,
ist wegen Nichtanerkennung der Organisation für organisierte Gastwirtsgehilfen **gesperrt.** — Die zurzeit da beschäftigten Kellner gehören gelben Organisationen an.
Verband der Gastwirtsgehilfen.
Ortsverwaltung Berlin.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.